

Menschenwürde, Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt]

LAND

BRANDENBURG zu



Ministerium des Innern

- 1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.
- 2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- 3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.



Verfassungsschutzbericht 1996

Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit]

- 1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- 2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- 3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Verfassungsschutz durch Aufklärung

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam

2. Auflage: 2 000

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei und
Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Redaktion und Layout: Abteilung Verfassungsschutz, Referat V/2
Telefon: (0331) 866 2567
Den Text finden Sie im Internet unter www.brandenburg.de/land/mi

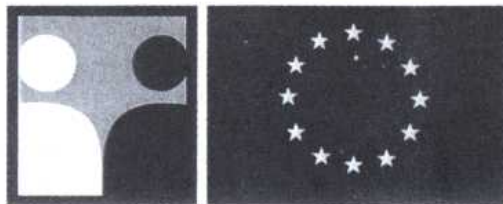
November 1997

Verfassungsschutz durch Aufklärung

1996

Verfassungsschutzbericht
Land Brandenburg

1997 Europäisches Jahr



gegen Rassismus

Das Ministerium des Innern ist die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg. In Erfüllung des gesetzlichen Auftrages wird mit dem vorliegenden Jahresbericht 1996 die Öffentlichkeit über die Arbeitsergebnisse unterrichtet.

VORWORT

Der jährliche Verfassungsschutzbericht ist ein wichtiger Beitrag zur Information der Bürger und damit auch ein Bestandteil praktizierter wehrhafter Demokratie. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg legt mit dem Jahresbericht 1996 zum vierten Mal eine Bilanz ihrer Arbeit vor. Sie erfüllt damit einen Teil ihres gesetzlichen Auftrags, nämlich die Öffentlichkeit über politische extremistische Bestrebungen und Organisationen sowie Spionageaktivitäten zu informieren, und legt zugleich Rechenschaft über ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr ab.



Die Beobachtung des Rechtsextremismus war auch 1996 ein Arbeitsschwerpunkt der Verfassungsschutzbehörde.

Seit dem Spätsommer 1996 hat rechtsextremistisch motivierte Gewalt wieder zugenommen. Größte Sorge bereiteten mir dabei die militanten Angehörigen rechtsextremistischer Cliques. Ihre Zahl stieg um 10 Prozent auf etwa 550 Personen. Im letzten Jahr entlud sich die Brutalität solcher Jugendcliques in besonders erschreckender Weise. Zwar hatte es in den Jahren 1993 und 1994 noch mehr solcher Gewalttaten gegeben, doch kann dies das Entsetzen über die Häufigkeit schwerster Gewaltverbrechen keineswegs mindern. Ist der zahlenmäßige Anstieg gegenüber 1995 schon beunruhigend genug, so erfüllt mich noch mit weitaus größerer Sorge die ungeheure Brutalität, mit der verschiedene dieser Straftaten begangen wurden. Da tun sich gesellschaftliche Defizite auf, denen wir ganz entschieden entgegentreten müssen.

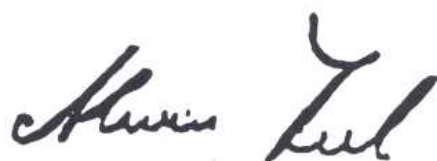
Vor allem die brutalen Angriffe auf ausländische Staatsbürger, die daran zum Teil lebenslang leiden werden, müssen uns betroffen machen. Die Ereignisse in Mahlow und Trebbin haben gezeigt, in welcher menschenverachtender Weise sich rechtsextremistische Gewalt entladen kann. Das schädigt überdies das Ansehen Brandenburgs und Deutschlands in der Welt.

Es bleibt festzustellen, daß wir es nach wie vor mit einem beachtlichen rechtsextremistischen Gefährdungspotential zu tun haben. Der Verfassungsschutz wird deshalb die Beobachtung des Rechtsextremismus weiterhin als seine vorrangige Aufgabe ansehen. Wir müssen den Tätern deutlich machen, daß sie sich nicht etwa auf schweigende Mehrheiten berufen können. Und wir müssen demagogische Parolen rechter Rattenfänger, wie die Losung "Arbeit zuerst für Deutsche", entlarven und dem offensiv entgegenreten.

Das schließt eine vielfältige Aufklärungsarbeit ein, die gerade auch der Verfassungsschutz zu leisten herausgefordert ist. Diese Behörde kann und muß mit dazu beitragen, daß sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage extremistischen Auswüchsen und demokratiefeindlichen Bestrebungen entgegenstellen. Gegen fremdenfeindliche und überhaupt extremistisch motivierte Taten muß ein allgemeiner Konsens der Ablehnung und Verachtung existieren. Denn nicht erst die Tat, bereits der Beifall oder auch nur die heimliche Akzeptanz bildet einen Nährboden für Extremisten.

Die Betonung der rechtsextremistischen Gefahren darf aber nicht dazu führen, die Gefährdung durch Linksextremisten, insbesondere Autonome, zu übersehen. Gewaltanwendung – egal ob von rechts oder links – muß auf allgemeine Ächtung stoßen.

Der brandenburgische Verfassungsschutz hat auch im vergangenen Jahr seinen Beitrag zur Sicherung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung geleistet. Für die engagierte Arbeit aller seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bin ich dankbar.



Alwin ZIEL

Minister des Innern des Landes Brandenburg

Potsdam, im März 1997

Verfassungsschutz und Demokratie	7
Das Grundgesetz – eine wehrhafte Verfassung	7
Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – Auftrag, Aufgaben und Befugnisse	8
Die Kontrolle über die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde	9
Organisationsstruktur und Haushaltsmittel der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde	10
Verfassungsschutz durch Aufklärung	11
Öffentlichkeitsarbeit	11
Aufklärungsarbeit	12
Kommunale Projekte der Jugendsozialarbeit	14
Broschüren und Vorträge	15
Politischer Extremismus	16
1. Rechtsextremismus	16
Rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland	16
Rechtsextremistisch orientierte Jugendcliquen	16
Neonazis	19
Rechtsextremistische Parteien und ihre Nebenorganisationen	24
Weltanschauungsgemeinschaften, Verlage und Vertriebsdienste, "Neue Rechte"	25
Neuere Trends in der rechtsextremistischen Agitation und Propaganda	28
Rechtsextremismus im Land Brandenburg	30
Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene	34
Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten	41
Neonazis	46
Personengruppen aus verbotenen neonazistischen Vereinigungen	46
Gefangenenhilfsorganisationen	49
Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	49
Internationales Hilfskomitee für nationale politi- sche Verfolgte und deren Angehörige e.V. (IHV)	50
Die Nationalen e.V.	52
Nationales Pressearchiv (N.P.A.)	59

Rechtsextremistische Parteien und ihre Nebenorganisationen	61
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	61
Junge Nationaldemokraten (JN)	63
Deutsche Volksunion (DVU)	66
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	68
Die Republikaner (REP)	71
Nutzung moderner Kommunikationstechniken durch Rechtsextremisten im Land Brandenburg	74
Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten	74
Ausblick	78
Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen	80
Rechtsextremistisch motivierte Straftaten	81
2. Linksextremismus	82
Linksextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland	82
Linksextremismus im Land Brandenburg	89
Linksextremistisch orientierte Jugendszene	90
Linksextremistisch motivierte Gewalttaten	93
Linksextremistischer Terrorismus	101
Antiimperialistische Zelle (AIZ)	101
Rote Armee Fraktion (RAF)	102
Weitere terroristische Vereinigungen	104
Marxistisch-leninistische Parteien und ihre Nebenorganisationen	105
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	105
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	106
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	107
Anarchisten	108
Trotzkisten	109
Ausblick	110
Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen	112
Linksextremistisch motivierte Straftaten	113
3. Ausländerextremismus	114
Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland	114
Sicherheitslage im Land Brandenburg	117
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	117
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	117
Ausblick	118
Geheimchutz	120
Spionageabwehr	122
Arbeitsweise fremder Geheimdienste	123
Nachrichtendienste aus dem Bereich der GUS	124
Andere östliche Nachrichtendienste	124
Nachrichtendienste des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens	125
Ausblick	125

VERFASSUNGSSCHUTZ UND DEMOKRATIE

Das Grundgesetz – eine wehrhafte Verfassung

Die erste demokratische Verfassung in Deutschland, die Weimarer Reichsverfassung von 1919, stand den Angriffen ihrer Gegner von rechts und links ohne verfassungsrechtlichen Schutz gegenüber; sie wurde von den Nationalsozialisten schließlich ausgeschaltet. Unter dem Eindruck dieser Erfahrungen wurde 1949 in die neue Verfassung, das Grundgesetz (GG), ein komplexes Schutzsystem zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – der obersten Wertprinzipien unserer Verfassung – eingefügt:

*komplexes
Schutzsystem*

- die Unabänderbarkeit wesentlicher Grundsätze der Verfassung (zum Beispiel Schutz der Menschenwürde und der anderen Grundrechte) selbst durch den Gesetzgeber (Art. 79 Abs. 3 GG);
- die Verwirkung bestimmter Grundrechte (zum Beispiel Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), wenn diese zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht werden (Art. 18 GG);
- das Recht, Parteien und sonstige Vereinigungen zu verbieten, wenn sie darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen (Art. 9 Abs. 2, 21 Abs. 2 GG).

Darüber hinaus ermächtigt das Grundgesetz den Bund zur Einrichtung einer Zentralstelle zur Sammlung von Unterlagen über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Sicherheit von Bund und Ländern (Art. 73 Nr. 10 b, 87 Abs. 1 S. 2 GG). 1950 wurde das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erlassen, das den Bund und jedes Land zur Errichtung von Verfassungsschutzbehörden verpflichtet; dieses Gesetz wurde 1990 durch ein neues Bundesverfassungsschutzgesetz abgelöst. Am 5. April 1993 hat der Landtag das Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz – BbgVerfSchG) beschlossen.

*Bundes-
verfassungsschutz-
gesetz*

Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – Auftrag, Aufgaben und Befugnisse

Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist das Ministerium des Innern. Ihr Auftrag ist nach § 1 Abs. 2 BbgVerfSchG die Unterrichtung der Landesregierung und anderer zuständiger Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren zu ergreifen.

Gemäß § 3 BbgVerfSchG sammelt die Verfassungsschutzbehörde zur Erfüllung dieses gesetzlichen Auftrags Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen, über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben;
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht;
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden.

Solche Informationen wertet die Verfassungsschutzbehörde aus. Sie darf jedoch nur dann tätig werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine der genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten vorliegen.

Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde auf Ersuchen der zuständigen Stellen beim personellen und materiellen Geheimschutz mit; es handelt sich dabei um die Sicherheitsüberprüfung von bestimmten Personen und um technische Sicherheitsmaßnahmen.

Grundlegendes Prinzip der Verfassungsschutz­tätigkeit ist die Bindung an Recht und Gesetz gemäß § 6 Abs. 1 BbgVerfSchG, womit der bereits nach Art. 20 Abs. 3 GG für alles staatliche Handeln geltende Grundsatz bekräftigt wird. Daraus folgt unter anderem, daß im Rahmen der Verfassungsschutzarbeit keine Straftaten begangen werden dürfen.

Den ganz überwiegenden Teil seiner Informationen erhält der Verfassungsschutz aus offenen, oft jedermann zugänglichen Quellen, wie Zeitungen und weiteren Medien, Büchern, Flugblättern und anderen Publikationen sowie aus öffentlichen Veranstaltungen, ferner durch Mitteilungen von Behörden.

Da jedoch eine offene Informationserhebung nicht immer möglich oder effektiv ist, darf die Verfassungsschutzbehörde in bestimmten Fällen die in § 6 Abs. 3 BbgVerfSchG abschließend aufgezählten sogenannten nachrichtendienstlichen Mittel einsetzen. Hierzu gehören unter anderem der Einsatz von geheimen Informanten und verdeckten Ermittlern, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen außerhalb des Schutzbereichs der Wohnung im Sinne des Art. 13 GG sowie die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG und des dazu ergangenen Ausführungsgesetzes für das Land Brandenburg (G 10 AG Bbg).

nachrichtendienstliche Mittel

Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel stellt einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Deshalb ist er gemäß § 7 BbgVerfSchG nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig und wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise unmöglich ist. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel muß immer dem Verhältnismäßigkeitsgebot genügen.

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu; er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist (Art. 11 Abs. 3 Verfassung des Landes Brandenburg).

Die Kontrolle über die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde

Die Brandenburger Verfassungsschutzbehörde unterliegt einer mehrfachen Kontrolle.

mehrfache Kontrolle

Zum einen besteht die besondere parlamentarische Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtages. Sie hat einen Anspruch darauf, von der Landesregierung unter anderem umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung sowie auf Verlangen auch über Einzelfälle unterrichtet zu werden (§§ 23, 25 BbgVerfSchG). Unbeschadet dieser besonderen Kontrolle besteht noch die allgemeine Kontrolle der Landesregierung durch den Landtag.

Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG werden durch eine vom Landtag gewählte unabhängige Kommission (G 10-Kommission) auf Zulässigkeit und Notwendigkeit überprüft, und zwar grundsätzlich vor dem Vollzug (§§ 2, 3 G 10 AG Bbg).

Auch einzelne Bürgerinnen und Bürger können eine mittelbare Kontrolle des Verfassungsschutzes ausüben, indem sie sich an die Parlamentarische Kontrollkommission wenden. Darüber hinaus hat jeder das Recht, Auskunft und Akteneinsicht von der Verfassungsschutzbehörde zu verlangen (§ 12 BbgVerfSchG). Sie erteilt grundsätzlich jedem unentgeltlich Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage ihrer Speicherung; auf Antrag kann auch Akteneinsicht gewährt werden. Auskunftserteilung und Akteneinsicht dürfen nur dann versagt werden, wenn das öffentliche Interesse an der Geheimhaltung der Erkenntnisse sowie der nachrichtendienstlichen Arbeitsmethoden und Mittel der Verfassungsschutzbehörde gegenüber dem Interesse der Person überwiegt. Im Jahre 1996 haben 32 Bürger Auskunft erhalten.

Selbstverständlich unterliegen die Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde auch der gerichtlichen Kontrolle.

Eine Kontrollfunktion hat auch der Landesbeauftragte für den Datenschutz. Er hat Zugang zu allen Unterlagen, die personenbezogene Daten enthalten. Seine Kontrolle kann auch von einem Bürger ausgelöst werden. Der Datenschutzbeauftragte überprüft auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Datenschutzgesetzes die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung durch die Verfassungsschutzbehörde.

Organisationsstruktur und Haushaltsmittel der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde

Das Ministerium des Innern unterhält für seine Aufgabe als Verfassungsschutzbehörde des Landes eine besondere Abteilung. Diese gliedert sich in sieben Referate (Zentrale Dienste, Rechts- und Grundsatzangelegenheiten; Verfassungsschutz durch Aufklärung; Auswertung politischer Extremismus; Beschaffung politischer Extremismus; Spionageabwehr; Geheimschutz; Observation und nachrichtendienstliche Technik).

Im Haushaltsjahr 1996 waren für die Verfassungsschutzabteilung 99 Planstellen vorgesehen; am 31. Dezember 1996 waren 90 besetzt.

Die Personalkosten, errechnet unter Zugrundelegung von Durchschnittswerten, beliefen sich auf rund 4.820.000 DM.

An Haushaltssachmitteln standen 1.525.000 DM zur Verfügung; davon wurden 1.502.624,34 DM ausgegeben.

VERFASSUNGSSCHUTZ DURCH AUFKLÄRUNG

Die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfordert eine intensive Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über Art und Umfang der Gefahren, die durch politischen Extremismus drohen.

*intensive
Aufklärung*

Nur aufgeklärte Bürger sind in der Lage, die wahren Absichten extremistischer Bestrebungen zu erkennen, sie kritisch zu bewerten und ihnen letztlich nicht zu unterliegen.

Obwohl die Verfassungsschutzbehörden Nachrichtendienste sind, nimmt die Aufgabe "Verfassungsschutz durch Aufklärung" einen breiten Raum ein. Der brandenburgische Verfassungsschutz bekennt sich zum offenen gesellschaftlichen Dialog. Im Widerspruch zu manchem Vorurteil sucht er bewußt und braucht er die Öffentlichkeit. Er benötigt die Hilfe der Bürger, sich demokratiefeindlichen Bestrebungen engagiert entgegenzustellen. Fremdenfeindlich und überhaupt extremistisch motivierte Straftaten müssen auf allgemeine gesellschaftliche Ächtung stoßen.

*offener
gesellschaftlicher
Dialog*

Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde fühlt sich in besonderem Maße dem Grundsatz der Bürgernähe und auch der Präventionsarbeit verpflichtet.

*Bürgernähe und
Präventionsarbeit*

Öffentlichkeitsarbeit

Die Kontakte mit der Presse bestimmten erneut die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes und haben im Jahr 1996 deutlich zugenommen. Fachleute der Behörde gaben zahlreiche Interviews und standen für telefonische Auskünfte zur Verfügung. Der Verfassungsschutzbericht 1995 wurde in einer Auflagenhöhe von

5000 Exemplaren gedruckt. Wie in den Jahren zuvor wurde er an Behörden, Schulen, Verbände und Parteien sowie an interessierte Bürger versandt, wobei die Nachfrage von privaten Abnehmern von Jahr zu Jahr steigt.

Neben dem Jahresbericht verteilte die Behörde umfangreiches Material über Rechts-, Links- und Ausländerextremismus. Unter dem Titel "Aufklären – Vorbeugen – Schützen" legte sie das erste Faltblatt der Reihe "Verfassungsschutz geht alle an" vor.

Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes waren 1996 erneut bei der "Woche des ausländischen Mitbürgers" vertreten, deren Auftakt diesmal in Fürstenwalde stattfand.

Aufklärungsarbeit

Die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes wendet sich an die Bürger des Landes, um Wesen und Inhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verdeutlichen sowie über das komplexe Schutzsystem unserer Verfassung zur Bewahrung dieser Wertordnung und über Aufgaben und Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden zu informieren. In besonderer Weise wird dabei die geistig-politische Auseinandersetzung mit Themen insbesondere des politischen Extremismus gefördert.

Hauptzielgruppe der Aufklärungsarbeit ist die Jugend unseres Bundeslandes, die durch Vorträge an Schulen, in Vereinen und durch andere Veranstaltungen erreicht wird. Darüber hinaus wendet sich der Verfassungsschutz an Multiplikatoren, zum Beispiel Pädagogen, in der Sozialarbeit tätige, engagierte Bürger in Vereinen und anderen demokratischen Organisationen, um die gesellschaftlichen Probleme in der Auseinandersetzung mit Verfassungsfeinden deutlich zu machen und die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Seit Ende 1994 ist dabei die gemeinsame Wanderausstellung der Verfassungsschutzbehörden aller neuen Bundesländer "Demokratie – aber sicher!" zentrales Mittel dieser Aufklärungsarbeit. Die ständig von Mitarbeitern begleitete Ausstellung, in der ausgewählte Grundrechte erläutert, die politischen Bedrohungspotentiale der demokratischen Ordnung durch verfassungsfeindliche Aktivitäten benannt und auch die damit verbundenen Aufgaben des Verfassungsschutzes erklärt werden, richtet sich gerade an Jugendliche. Um sie zu erreichen, wird die Ausstellung bei ihrem Umlauf in Brandenburg überwiegend in Schulen der Sekundarstufe I und II gezeigt. Eine Beteiligung der Ausstellungsbetreuer am Unterrichtsfach Politische Bildung ergänzt das Angebot.

*Vorträge
an Schulen*

*"Demokratie –
aber sicher!"*

HALT!
Keine Gewalt

Gewalt ist die falsche Wahl!



**GEMEINSAM
FÜR
AUSLÄNDER**

Du hast die Wahl. Du mußt Dich entscheiden. Denn Probleme kann man auf Dauer nicht durch Schläge lösen. Gewalt gegen Schwächere, Minderheiten, Ausländer und Randgruppen sind kein Zeichen von Stärke. Gewalt bringt Dich nicht weiter - Gewalt

hinterläßt Wunden und führt wieder zu Gewalt. Verständigung ist Deine Stärke. Denn Worte sind stärker als die Gewalt. Und echte Freundschaft gibt Dir mehr als sogenannte Kameradschaft. Verständnis und Fairneß müssen die Wahl sein.

FAIRSTÄNDNIS
Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß

Die Innenminister von Bund und Ländern

Weiteres Info-Material kann beim Bundesministerium des Innern, Postfach 17 02 90, 53108 Bonn, angefordert werden.



Bis Ende 1996 wurde die Ausstellung in zwölf Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg gezeigt; etwa 5500 Besucher, überwiegend im Alter zwischen 14 und 20 Jahren, informierten sich. Zur Ausstellung gehören seit ihrer Eröffnung immer wieder aktualisierte Computerspiele, Videos, Faltblätter, Broschüren sowie ein die Jugendlichen direkt ansprechendes Begleitheft.

Die Ausstellung macht die jugendlichen Besucher auch mit der bundesweiten Aufklärungskampagne "FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß" bekannt.

Kommunale Projekte der Jugendsozialarbeit

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wozu auch die Befassung mit den Ursachen des politischen Extremismus einschließlich der Gewaltbereitschaft insbesondere Jugendlicher gehört. Dafür steht die – stets öffentlich gemachte – Mitwirkung an gezielten Projekten der kommunalen Jugendsozialarbeit.

So wurden aus Mitteln der Lotto-Konzessionsabgabe folgende Präventionsprojekte gefördert:

- dem Verein "Senftenberger Regenbogen e.V." wurden 69.000 DM für den Aufbau einer Fahrrad- und Kleingerätewerkstatt in einem dichtbesiedelten Wohngebiet zur Verfügung gestellt; auf dieses langfristige Projekt wurde bereits im Verfassungsschutzbericht 1995 hingewiesen;
- die Projektarbeit in Guben hat ebenfalls Tradition, zu den im vorjährigen Verfassungsschutzbericht genannten Projekten des Jahres 1995 kamen 1996 vier weitere hinzu:
 - für die Inneneinrichtung eines multikulturellen Cafés wurden 5.000 DM zur Verfügung gestellt;
 - "Grenzüberschreitende Jugendarbeit" mit dem Ziel, Kontakte zwischen polnischen und deutschen Jugendlichen zu vertiefen, wurde mit 19.500 DM zur Anschaffung einer Computeranlage, eines Videoprojektors und einer Kamera gefördert;
 - für integrierende Freizeitveranstaltungen unter dem Stichwort "Selbstbestimmende Freizeitangebote für Cliquen und Gruppen" wurden 7.000 DM bereitgestellt;

- die technische Ausstattung eines "Studios" als Übungsraum für Jugendbands wurde mit 15.000 DM unterstützt.

Darüber hinaus wurden im Jahr 1996 die im Vorjahr begonnenen deutsch-polnischen Jugendtreffen fortgesetzt. Sie fanden erneut in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte der Stiftung Kreisau statt. Diese Begegnungen sollen bei den Jugendlichen beider Länder Verständnis und Aussöhnung fördern.

Broschüren und Vorträge

Die von der Verfassungsschutzbehörde herausgegebenen Broschüren, natürlich auch die Jahresberichte, können kostenlos bestellt werden. Außerdem werden Fachleute des Verfassungsschutzes zu Vorträgen und Diskussionen vermittelt.

Interessenten wenden sich an:

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Referat V/2
Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13
14467 Potsdam
Telefon: (0331) 866 2567
Fax: (0331) 866 2585



POLITISCHER EXTREMISMUS

1. Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland

Die meisten Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich einer der folgenden vier Kategorien zuordnen:

- Angehörige rechtsextremistisch orientierter Jugendcliquen mit oft hoher Gewaltbereitschaft;
- Anhänger eines "erneuerten" Nationalsozialismus (Neonazis);
- Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Vereinigungen;
- Mitglieder rechtsextremistischer Weltanschauungsgemeinschaften, Inhaber und Betreiber einschlägiger Verlage und Vertriebsdienste, einzelne Ideologen der sogenannten "Neuen Rechten" und deren Anhänger.

Zwischen diesen einzelnen Trägergruppen des Rechtsextremismus gibt es selbstverständlich vielfache Berührungspunkte und Überschneidungen.

Rechtsextremistisch orientierte Jugendcliquen

Die meisten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten werden von Angehörigen diffuser Jugendcliquen, insbesondere aus der Skinheadszene, begangen.

Die Ausdrucksformen und Wertorientierungen der Skinheadszene haben inzwischen andere Jugendmilieus so sehr beeinflusst, daß die für sie typischen Attribute und Attitüden auch bei nicht wenigen anderen Jugendlichen "in" sind. Andererseits legen manche Skinheads, um sich äußerlich an die Konventionen anzupassen, ihr "Outfit" ab, ohne sich von der Szene zu lösen. Es ist darauf hinzuweisen, daß es neben den "rechts" bis rechtsextremistisch orientierten Skinheadgruppen auch "linke" Redskins sowie unpolitische Skinheads gibt. Der größere Teil der Skinheads ist allerdings der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene zuzurechnen. Freilich wäre es verfehlt, umgekehrt die gesamte rechtsextremistisch orientierte Jugendszene ohne weiteres mit dem Etikett "Skinheads" zu versehen.

Skinheads

Charakteristisch für die – in andere Milieus ausstrahlende – Skinheadsubkultur ist eine eigene “Ästhetik der Gewalt”. Sie spiegelt sich in der Skinhead-Mode (Glatze, Doc-Martens-Stiefel, Bomberjacke), in der Skinheadmusik – die Bands heißen zum Beispiel “No Remorse” (Keine Gnade), “Landser”, “Oithanasie” – , in gewaltverherrlichenden Liedstrophen und in eigenen Publikationen, den sogenannten “Fanzines” (kurz: “Zines”). Letztere bieten Interviews mit Bandmitgliedern, Konzert- und Szeneberichte, CD-Präsentationen sowie andere Neuigkeiten. Solche Hefte – meist gefaltete Kopien im DIN-A5-Format – werden in unregelmäßigen Abständen von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen überall in Deutschland hergestellt und verbreitet. Die Texte der Songs und Fanzines dokumentieren ein grobes, klischeeverhaftetes rechtsextremistisches Weltbild, das durch übersteigertes aggressives Nationalbewußtsein, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gekennzeichnet ist.

Die Skinheadbewegung befindet sich seit 1995 wieder im Auftrieb. Größere Skinheadkonzerte – die auch erheblichen Zulauf durch sonstige rechtsextremistisch orientierte Jugendliche finden – werden in zunehmender Zahl konspirativ im In- und Ausland vorbereitet und durchgeführt.

International strukturieren sich Teile der Skinheadszene, vor allem in den miteinander konkurrierenden Zusammenschlüssen “Blood & Honour” (“Blut und Ehre”) und “Hammerskins”. Sie sind untergliedert in nationale “Divisionen” und regionale “Sektionen” (s. dazu S. 32, 36). Die Organisation von Skinheadkonzerten und die Herausgabe der Fanzines wird zu einem nicht unwesentlichen Teil von ihnen getragen. Mit ihren Angeboten transportieren sie kruden Rassismus und Neonazismus in die Szene. Beide Bewegungen erheben allerdings einen elitären Anspruch, der von den übrigen Skinheads weithin abgelehnt wird.

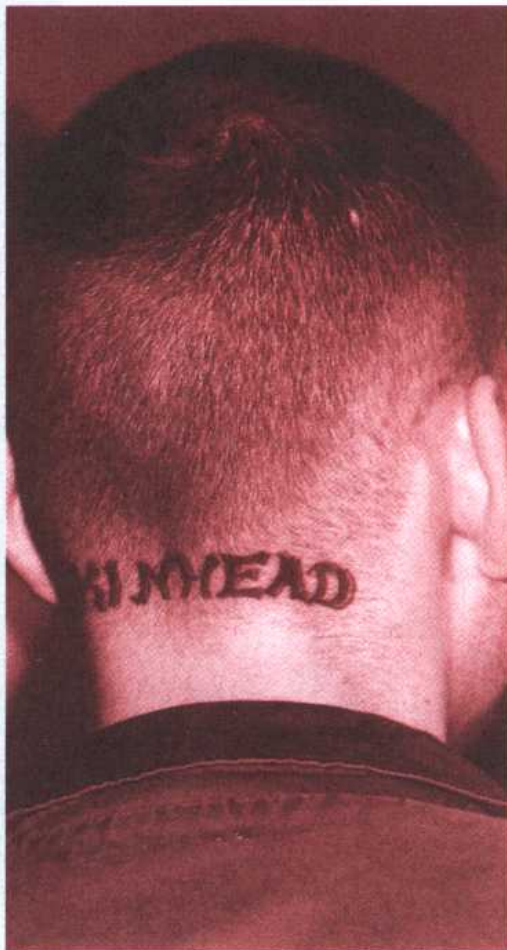
*CDs und
Kassetten von
Skinhead-Bands.
Die Titel stehen
sämtlich
auf dem Index.*



Neonazistische Aktivisten finden nur vereinzelt Anklang in der Skinheadszene, vor allem insoweit, als sie Skinheadkonzerte organisieren, typische Fanzines (wie den "Hamburger Sturm") mit Konzertberichten, Skinbandinterviews usw. produzieren oder zum Teil indizierte Tonträger vertreiben. Dabei hält sich ihre Absicht, die Szene politisch-ideologisch zu beeinflussen und in ihr neue Kader zu rekrutieren, mit rein kommerziellen Interessen die Waage.

Die rechtsextremistisch orientierte Jugendszene – die, wie erwähnt, nicht nur Skinheads umfaßt – setzt sich aus diffus strukturierten Gruppen zusammen.

Die Fluktuation in den Cliques ist hoch. Sie zerfallen häufig, wenn dominante Personen aufgrund veränderter persönlicher Lebensumstände – Familiengründung, Wohnortwechsel oder auch Haft – die jeweilige lokale Szene verlassen. Ebenso rasch können sich an fast beliebigen Treffpunkten (Clubs, Discos, Gaststätten, Bahnhöfen, Straßenecken) neue Cliques bilden. Die innere Konsistenz und



Identität der Clique ist demnach meist labil und muß immer wieder aufs neue durch Aktionen bestätigt werden. Konformitäts- und Solidaritätsdruck zusammen mit der Enthemmung, die ein exzessiver Alkoholkonsum bewirkt, lösen eine Gruppendynamik aus, die zu spontanen und hemmungslosen Gewaltausbrüchen führen kann. Gewalt dient der Selbstdarstellung und Selbstbehauptung in der Clique. Als Gruppengewalt verschafft sie ein Gefühl der Gemeinschaft, der Stärke und sogar Lustgewinn.

Solche Cliques greifen diskriminierende, menschenverachtende und gewaltverherrlichende Parolen und Klischees aus dem ideologischen Reservoir des Rechtsextremismus auf und machen sie sich zu eigen, um ihrer Aggressivität vor sich und anderen den Anschein einer Rechtfertigung zu verleihen. Ausländer oder Deutsche, die auf Grund ihrer Hautfarbe oder Kleidung dafür gehalten werden, "Zecken" (linksorientierte Jugendliche), Behinderte, Obdachlose, Homosexu-

elle und Prostituierte, sind in der Vorstellungswelt dieser rechtsextremistisch orientierten Jugendcliquen "minderwertig" und werden deshalb bevorzugt zu Opfern ihrer Gewalttaten. Bisweilen geht den tätlichen Angriffen psychologischer Terror voraus: Er reicht von Schmierereien an Wohnungen und Geschäften beispielsweise von Ausländern über Gewaltandrohungen für den Fall, daß der Betroffene nicht verschwindet, bis zu fingierten Exekutionen.

Im Vergleich zum Vorjahr waren bundesweit 1996 etwas weniger Gewalttaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund zu verzeichnen. Der seit 1994 insgesamt rückläufige Trend hielt also an. Dennoch liegt das jetzige statistische Niveau noch weit über dem der 70er und 80er Jahre. Nach wie vor hat über die Hälfte aller rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten eine fremdenfeindliche Zielrichtung.

Unter den Tatarten stehen in der Häufigkeit Körperverletzungen weiterhin an erster Stelle, obwohl gerade bei ihnen der zahlenmäßige Rückgang besonders deutlich ausfiel. Insgesamt läßt sich eine Tendenz weg von personenbezogener zu mehr sachbezogener Gewaltanwendung feststellen.

In Brandenburg – wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern – sind diese bundesweiten Trends nicht ohne weiteres durchgeschlagen (s. dazu S. 30 ff.).

Neonazis

Neonazis knüpfen ideologisch und programmatisch mehr oder minder direkt an den Nationalsozialismus an. Einige von ihnen berufen sich weiterhin auf die Person, die Politik und das Regime Hitlers, andere orientieren sich eher an der sozialrevolutionären SA-Tradition, wieder andere bemühen sich um eine "Modernisierung" nationalsozialistischer Vorstellungen. Kontroverse Diskussionen hierüber hindern die verschiedenen Fraktionen der Neonazis jedoch nicht daran, zu bestimmten Anlässen miteinander zu kooperieren.

Die Neonaziszene steht insbesondere seit 1992 bundesweit unter massivem staatlichem Druck. Die zahlreichen Organisationsverbote in den vergangenen Jahren haben ihre Wirkung nicht verfehlt: Etliche neonazistische Strukturen sind zerschlagen, die noch nicht verbotenen Gruppierungen sind erheblich verunsichert. Die Fortführung verbotener Vereinigungen in Nachfolge- und Ersatzorganisationen steht unter Strafe; dieser Fall kann auch gegeben

*rechts-
extremistisch
motiviert
Gewalttaten*

*Organisations-
verbote*

sein, wenn ehemalige Mitglieder einer verbotenen Gruppierung eine legale Organisation zu unterwandern versuchen.

Die Fortführung verbotener Organisationen ist jedoch im Einzelfall oft nur schwer vor Gericht zu belegen. In dem Strafprozeß wegen des Verdachts der Zuwiderhandlung gegen das Verbot der "Deutschen Alternative" (DA) entschied das Landgericht Koblenz am 30. Oktober bei zehn Angeklagten mangels Beweisen auf Freispruch, einer wurde mit einer Geldbuße belegt; das Verfahren gegen die restlichen drei Angeklagten wurde abgetrennt. Der Strafprozeß vor dem Landgericht Potsdam gegen fünf Angeklagte, gegen die sich der gleiche Vorwurf richtete, wurde am 26. November eingestellt.

Die Neonaziszene sah sich durch die erwähnten Verbote genötigt, neuartige Aktions- und Organisationsformen zu entwickeln. Ihre Wortführer orientierten sich in ihren Konzepten am Vorbild der Zellenstruktur, die für linksextremistische Autonome charakteristisch ist. Die von der "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) herausgegebene neonazistische Zeitschrift "Nachrichten der HNG" bringt dieses strategische Ziel auf den Punkt: "Wir müssen aus den alten und verkrusteten Strukturen der Szene eine Art Volksfront (ähnlich APO: alle machen mit, keiner ist verantwortlich) bilden. – Wo keine erkennbare Organisation vorhanden ist, kann man diese auch nicht zerschlagen!" (Nr. 159 vom März/April 1994). An die Stelle von Vereinigungen mit formeller Mitgliedschaft sollen autonome, konspirativ agierende Kameradschaften treten, die durch informelle Kontakte zwischen den regionalen Führungspersonen, aber auch durch gemeinsame Kampagnen und punktuelle Aktionsbündnisse unter Zuhilfenahme moderner Informationstechnik miteinander vernetzt sind. Solche Aktionsbündnisse und Kampagnen zielen darauf ab, öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen, aber auch das Zusammengehörigkeitsgefühl der dezentral agierenden Kameradschaften zu stärken.

Die "Anti-Antifa"-Kampagne ist dafür ein Beispiel: Ohne zentrale Steuerung gehen einzelne Neonazis an verschiedenen Orten daran, bestimmte als "Feinde" erachtete Personen, das heißt Politiker, Sicherheitsbeamte, Journalisten, Antifa-Aktivisten und andere, auszuspähen, entsprechende Datensammlungen anzulegen und zu verbreiten. Damit will man nicht nur die Betroffenen einschüchtern und bedrohen, sondern auch für die eigenen Gesinnungskameraden ein faßbares Feindbild liefern.

Im Jahr 1996 entsandten verschiedene Neonazi-Gruppen und die "Jungen Nationaldemokraten" (JN), der Jugendverband der



“Nationaldemokratischen Partei Deutschlands” (NPD), ihre Vertreter in das sog. “Aktionskomitee Rudolf Heß”. Den gesamten Monat August über sollte dieses Komitee, zumindest nach den Vorstellungen der JN, spektakuläre Aktionen zum Gedenken an Rudolf Heß veranstalten oder lenken. Es vermochte jedoch nicht genügend Anhänger zu mobilisieren, um tatsächlich einen Monat mit Aktionen zu füllen. Wieviele Neonazis dennoch an einem Tag auf die Beine gebracht werden können, zeigte sich am 17. August: Zahlreiche Veranstaltungsverbote in anderen Städten der Bundesrepublik umgehend, trafen sich etwa 200 Personen zu einem konspirativ vorbereiteten Aufmarsch in Worms. Zugleich versammelten sich in Merseburg etwa 120 Neonazis, um unangemeldet zu demonstrieren. Im schwedischen Trollhättan kamen 300 Neonazis, darunter etwa 50 deutsche, zusammen. Ein zentraler Aufmarsch aller deutschen Neonazis kam aber weder am Todestag von Heß noch überhaupt im Jahr 1996 zustande.

Denn auch am Volkstrauertag, den Rechtsextremisten als “Heldengedenktag” begehen, scheiterte ihr Bemühen, legal oder illegal eine Großveranstaltung abzuhalten. Für den hierfür bevorzugten Aufmarschplatz, den Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe, hatten “Die Nationalen e.V.” zwar eine zentrale Veranstaltung

*Trotz
Veranstaltungs-
verbots finden
immer wieder
Aufmärsche
statt.*

Rivalitäten

“Nationale Info-Telefone” (NIT)

angemeldet, sie war aber, wie in den Vorjahren, polizeilich verboten worden, und die von den Organisatoren angerufenen Gerichtsinstanzen bestätigten dieses Verbot. Lediglich unauffällige Kleingruppen versuchten, an verschiedenen Soldatenfriedhöfen und Kriegerdenkmälern Kränze abzulegen; hiergegen schritt die Polizei ein.

Die Hoffnung der Neonazis, daß unabhängige, lose miteinander verbundene Kleingruppen zum einen sich staatlichem Druck leicht entziehen könnten, zum andern aber zu gemeinsamen, erfolgreichen Großaktionen fähig wären, hat sich also nicht erfüllt. Auch ihr Zusammenwirken mit den JN – damit soll eine Brücke zum parteiförmig organisierten Rechtsextremismus geschlagen werden – blieb nicht frei von Spannungen. Zwar schließt die NPD, innerhalb derer der Einfluß der JN wächst, eine partielle Zusammenarbeit mit Neonazis nicht mehr aus. Aber andererseits befürchten die Neonazis nun doch selber, von der NPD beziehungsweise den JN vereinnahmt zu werden. Schließlich machen Rivalitäten und Animositäten zwischen den Mächtigen-Führern der Neonazis wie eh und je Ansätze organisationsübergreifender Kooperation zunichte.

Dennoch ist es den autonomen Kameradschaften und ähnlich strukturierten Neonazi-Gruppen gelungen, mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel Ansätze für ein Netzwerk zu schaffen.

Die “Nationalen Info-Telefone” (NIT) sind halböffentliche Nachrichtenbörsen der Neonazis, in einzelnen Fällen auch anderer Rechtsextremisten. NIT berichten über politische Ereignisse und Entwicklungen aus rechtsextremistischer Sicht und kommentieren sie, aber sie rufen auch zur Teilnahme an rechtsextremistischen Veranstaltungen auf. Auf der technischen Basis eines Anrufbeantworters werden in der Regel wöchentlich ein- bis zweimal aktuelle Ansagetexte zusammengestellt; zu besonderen Anlässen, wie zum “Rudolf-Heß-” und zum “Heldengedenktag”, erfolgen meist Sonderansagen.

Ende 1996 waren das neu eingerichtete “NIT Berlin-Brandenburg” sowie die “Nationalen Info-Telefone” “Hamburg”, “Schleswig-Holstein”, “Rheinland”, “Franken” und “Mitteldeutschland” in Betrieb. Auch “Die Republikaner” (REP) machen sich z. B. in Berlin den Anrufbeantworter als Informationsmedium zunutze.

Zu den technischen Kommunikationsmitteln, derer sich die Neonazis bedienen, gehören Mailboxen (über das Telefonnetz miteinander verbundene Computer, die ein eigenes Netzwerk innerhalb großer kommerzieller Netze bilden).

Das "THULE-Netz" ging im März 1993 in Betrieb; Ende 1996 umfaßte es 15 Mailboxen, darunter vier im Ausland (Kanada, Niederlande, Norwegen und Österreich). Die Zahl der per Computer an diese Mailboxen angeschlossenen User ist um ein Vielfaches höher. Dieser Mailboxverbund fungiert als Multiplikator rechtsextremistischer Publikationen und als elektronisches Diskussionsforum für Neonazis. Der Streit um Meinungen artet dabei nicht selten in wüste Beschimpfungen gegeneinander aus. Wohl auch wegen solcher Zerwürfnisse hat sich die "SoRevo"-Mailbox – bei der Bezüge zu Neonazis in Brandenburg erkennbar sind (s. dazu S. 48) – 1996 aus dem "THULE-Netz" ausgeklinkt.

"THULE-Netz"

Immer zahlreicher nutzen auch in Deutschland rechtsextremistisch gesonnene Einzelpersonen und Organisationen (z. B. NPD, JN, REP, "THULE-Mailboxen") die Vorteile, die das "World Wide Web" (WWW) im Internet bietet: Verbindungen zum Telefon-Ortstarif, Übertragungsmöglichkeiten für Graphiken, Töne und bewegte Bilder, die Einrichtung von homepages, also eigenen Internet-Adressen. Unter der kaum noch überschaubaren Zahl der newsgroups, d. h. der Diskussionsgruppen im Internet, sind etliche extremistischen Charakters.

"World Wide Web"

Das Internet ermöglicht den unkontrollierten Zugriff auf nach deutschem Recht verfassungswidriges Propagandamaterial, das im Ausland, weil es dort bislang keinen staatlichen Restriktionen unterliegt, ungehindert eingespeist werden kann. Im größeren Umfang tun dies der deutsch-kanadische Neonazi Ernst ZÜNDEL und die in den USA ansässige "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP/AO). In Deutschland wird derzeit geprüft, inwieweit Netzanbieter dafür verantwortlich gemacht werden können, daß keine rechtswidrigen Texte ins Netz eingespeist werden.

Mobiltelefone werden von Neonazis und sonstigen Rechtsextremisten unter anderem verwendet, um größere Aktionen konspirativ vorzubereiten: Einzelne Gruppen aufmarschbereiter Rechtsextremisten werden per Handy zu einem bis zuletzt geheimgehaltenen Ort dirigiert, damit staatliche Ordnungskräfte nicht mehr rechtzeitig reagieren können. Auf diese Weise wurden beispielsweise die Teilnehmer des "Rudolf-Heß-Gedenkmarsches" am 17. August 1996 nach Worms gelenkt.

*"Radio
Germania"*

Mit dem "Radio Germania", vormals "Radio Deutschland", nutzte die Berliner "Kameradschaft Beusselkiez" den "Offenen Kanal" in Berlin, um völkische Lieder und Skinheadmusik sowie "Nachricht-

ten” aus dem rechtsextremistischen Spektrum auszustrahlen. Die Sendungen konnten bislang nur ein schmales Publikum erreichen. Deshalb werden Mitschnitte von Vertriebsdiensten feilgeboten.

Neben den NIT und “Radio Germania” dienen aber auch Zeitungen und Zeitschriften, vor allem der bundesweite Zeitungsverband um die etwa zweimonatlich erscheinende “Berlin-Brandenburger Zeitung” (BBZ), dem Zweck, eine “nationale Gegenöffentlichkeit” zu schaffen.

Attentate und terroristische Anschläge im engeren Sinne haben Rechtsextremisten 1996 in Deutschland nicht verübt. Die Schreckensvision einer rechtsterroristischen “Braunen Armee Fraktion”, die im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den Chef der NSDAP/AO, Gary Rex LAUCK, beschworen wurde, ist auch 1996 nicht eingetroffen. In Österreich explodierte allerdings erneut eine Briefbombe der österreichischen “Bajuwarischen Befreiungsarmee” (BBA); anders als im Vorjahr wurde jedoch keine nach Deutschland verschickt.

Rechtsextremistische Parteien und ihre Nebenorganisationen

Nach wie vor ist der zahlenmäßig überwiegende Anteil der Rechtsextremisten in Parteien organisiert, und zwar entweder bei den sich als “sozial-patriotisch” verstehenden “Republikanern” (REP), in der “national-freiheitlichen” Partei “Deutsche Volksunion” (DVU) oder in der “Nationaldemokratischen Partei Deutschlands” (NPD).

Am 24. März 1996 fanden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein Landtagswahlen statt. Die REP konnten bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit 9,1 Prozent der abgegebenen Stimmen einen auch für viele Wahlexperten überraschenden Erfolg verbuchen. Sie schafften es, als erste rechtsextremistische Partei zweimal hintereinander in einen Landtag einzuziehen. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz gelang ihnen mit 3,5 Prozent Stimmenanteil ein Achtungserfolg.

Dagegen scheiterte die DVU, die angetreten war, in Schleswig-Holstein ihren Wahlerfolg von 1991 zu wiederholen, mit 4,3 Prozent klar an der Fünfprozenthürde und verlor somit ihre ursprünglich sechs Landtagsmandate. Die NPD hatte sich in Rheinland-Pfalz zur Wahl gestellt, konnte aber nur 0,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, die “Deutsche Liga für Volk und Heimat” (DLVH) in Schleswig-Holstein gar nur 0,2 Prozent.

Bei den Kommunalwahlen am 10. März in Bayern und am 15. September in Niedersachsen konnten rechtsextremistische Parteien und Listenverbindungen vereinzelt Sitze in den Kommunalparlamenten erringen.

Die REP büßten in ihrem bayerischen Stammland rund zwei Drittel ihres bei der Kommunalwahl von 1990 erzielten Stimmenanteils ein und kamen nur noch auf 1,8 Prozent der Wählerstimmen.

Die Strategiedebatte um etwaige Wahlbündnisse mit anderen rechtsextremistischen Parteien, die die REP nach der verlorenen Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 noch zu zerreißen drohte, wurde im für die REP relativ erfolgreichen Wahljahr 1996 eindeutig im Sinne der fortdauernden Abgrenzung gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien entschieden. Die Partei hat denn auch den Abgrenzungskurs ihres Parteivorsitzenden Rolf SCHLIERER mit dessen Wiederwahl auf dem letzten Bundesparteitag vom 4. bis 6. Oktober 1996 in Hannover bestätigt.

Abgrenzungskurs

Die DLVH, die an ihrem selbstgesteckten Ziel, die "Sammlung der nationalen Rechten" zu bewerkstelligen, gescheitert war, hat sich auf ihrem letzten Bundesparteitag am 19. Oktober 1996 im württembergischen Pfofeld in einen Verein umgewandelt. Sie versucht damit, Berührungspunkte insbesondere bei den REP abzubauen, ihren Mitgliedern den Eintritt in andere rechtsextremistische Parteien zu erleichtern und ihrer Initiative der parteiübergreifenden "Runden Tische", die bislang keine konkreten Ergebnisse gezeitigt hatte, neuen Auftrieb zu geben.

*partei-
übergreifende
"Runde Tische"*

Der Mitgliederbestand der rechtsextremistischen Parteien hat sich nach einer Periode starken Rückganges von 1993 bis 1996 inzwischen auf vergleichsweise niedrigem Niveau konsolidiert.

Weltanschauungsgemeinschaften, Verlage und Vertriebsdienste, "Neue Rechte"

Bei den Weltanschauungs- und Kulturgemeinschaften handelt es sich um rechtsextremistische Kleinstgruppen. Einige sehen ihr Ziel darin, eine bornierte deutschtümelnde Tradition zu bewahren. Anderen, wie dem Verein "Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.", geht es darum, heidnische Kulte oder die "nordischen" Traditionen und Bräuche der Germanen zu revitalisieren. Manche Ideologen in wieder anderen dieser Gruppen verstehen sich als Vordenker in der Theorie- und Strategiediskussion von Rechtsextremisten.

“Konservative Revolution”

Der Begriff “Neue Rechte” entstand als Selbstbezeichnung von Rechtsintellektuellen in Anlehnung an die antimodernistische Bewegung der “Nouvelle Droite”, die sich Ende der 60er Jahre in Frankreich als Gegenbewegung zur “Neuen Linken” herausgebildet hatte. Viele ihrer Anhänger in Deutschland sehen sich in der Tradition der “Konservativen Revolution”. Diese geistige Strömung in der Weimarer Republik hatte dazu beigetragen, daß die erste deutsche Demokratie dem Nationalsozialismus erlag.

“Neue Rechte”

Intellektuelle der “Neuen Rechten” haben von dem italienischen Kommunisten Gramsci die Theorie übernommen, daß vor einem politischen Umbruch zunächst die kulturelle Hegemonie errungen werden müsse. Entsprechend verstehen sich die Anhänger der “Neuen Rechten” nicht als Politiker oder gar aktionsorientierte Widerstandskämpfer, sondern als Vordenker. Sofern sie Solidarität mit rechtsextremistischen Parteien oder gar neonazistischen Vereinen üben, beschränkt sich diese zumeist auf Spendengelder. Neurechte Diskussionszirkel sind häufig im Umkreis von studentischen Korporationen, weltanschaulichen Vereinen und Stiftungen sowie landsmannschaftlichen Verbänden zu finden.

*Theorie- und
Strategieorgan
Nation & Europa”*

Bei weitem nicht alle Anhänger der “Neuen Rechten” sind zweifelsfrei als Rechtsextremisten zu bezeichnen. Vielmehr siedelt das Phänomen “Neue Rechte” in der Grauzone zwischen deutschnationalem Konservativismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus.



Manche hier situierte Intellektuelle meinen, fraglos auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Andere verwischen absichtsvoll und mit Bedacht die Grenze, die den demokratischen Grundkonsensus der Bundesrepublik Deutschland von antidemokratischen Ordnungsvorstellungen scheidet. Schließlich gibt es Organisationsgebilde und Medien in diesem Bereich, die ganz unverhohlen verfassungsfeindliche Ideen propagieren. Zu letzteren zählen beispielsweise Verlage wie “Nation Europa Verlag” mit dem Theorie- und Strategieorgan “Nation & Europa” und “Verlag der Freunde” mit der Zeitschrift

“Sleipnir” oder unabhängige Publikationen wie “Staatsbriefe” und “Europa vorn”.

Obwohl die “Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.” (BKP) und das “Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V.” (HvFBW) jeweils nicht mehr als zwei Dutzend Mitglieder zählen, kommt ihnen als rechtsextremistische Sammlungsbecken regional eine größere Bedeutung zu. Während die BKP Vortragsveranstaltungen mit scenebekannten Rednern organisiert und bis einschließlich 1996 “Heldengedenkfeiern” in Halbe angemeldet hat (für 1996 zog sie ihre Anmeldung aber zurück), favorisiert das HvFBW die von der DLVH getragenen “Runden Tische”.

Von den zahlreichen weniger bedeutenden Zusammenschlüssen der “Neuen Rechten” heben sich die “Gesellschaft für freie Publizistik” (GFP) und das “Deutsche Kolleg” (DK) ab.

Die GFP ist mit 400 Mitgliedern der größte rechtsextremistische Kulturverein. Sie propagiert den Revisionismus und polemisiert gegen die fortwirkende “Umerziehung” der Deutschen durch die Siegermächte. Jährlich hält sie einen “Gesamtdeutschen Kongreß” ab, auf dem ein “verdienter” Rechtsextremist mit dem “Ulrich-von-Hutten-Preis” ausgezeichnet wird.

Das DK will durch eine anspruchsvolle weltanschaulich-theoretische Schulung eine “Elite” heranbilden, die zunächst in der Öffentlichkeit das Wort und später auch die Macht ergreifen soll, um ein “Viertes Reich” zu errichten. Schulungsthemen sind zum Beispiel der “Reichsverfassungsentwurf” und der “Entwurf eines Hundert-Tage-Programms der nationalen Notstandsregierung in Deutschland” für das Interim zwischen dem Untergang des bestehenden Systems und dem “Vierten Reich”.

Unter den unabhängigen rechtsextremistischen Verlagen und Vertriebsdiensten wollen nur einige wenige einem intellektuellen Anspruch genügen. Viele verfolgen hauptsächlich kommerzielle Interessen. Manche haben sich auf Schriften, Erinnerungstücke und “Devotionalien” aus der Zeit des nationalsozialistischen Regimes spezialisiert. Andere bieten ihre bevorzugten Produkte – Tonträger mit Skinmusik, Fahnen, Poster, szenetypische Kleidung, Aufnäher und andere einschlägige Accessoires – gerade auch im unorganisierten rechtsextremistisch orientierten Jugendmilieu an.



**Wir
schämen uns
NICHT,
deutsch
zu sein!**

NATION & EUROPA
Die Monatszeitschrift für Patrioten
PF. 2554 · 96414 COBURG

*Poster aus dem
“Nation Europa
Verlag”*

Neuere Trends in der rechtsextremistischen Agitation und Propaganda

Rechtsextremistische Agitation und Propaganda, ob in Parteiprogrammen, Strategiepapieren, Zeitungen oder auf Werbe- und Vortragsveranstaltungen verbreitet, greift in jüngerer Zeit verstärkt wirtschafts- und sozialpolitische Themen auf. Das "NIT Rheinland" umreißt diese neue Strategie in seiner Ansage vom 5. April 1996 folgendermaßen: "Jetzt gilt es, die sozialen Probleme, mit denen die Arbeitnehmer in immer stärkerem Maße tagtäglich zu kämpfen haben, in den Mittelpunkt nationalistischer Politik zu stellen. Gerade unter dem Gesichtspunkt, daß diese Entwicklung in den nächsten Jahren noch zunehmen wird, ist die soziale Frage der Dreh- und Angelpunkt zukünftiger politischer Entwicklungen und Veränderungen in der BRD."

Ganz im Sinne dieser Zielsetzung kündigten die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) zum Jahreswechsel 1996/97 über das erst seit Dezember 1996 betriebene "Nationale Info-Telefon für Berlin und Brandenburg" an, daß das Jahr 1997 unter dem Kampagnen-Motto "Arbeit zuerst für Deutsche" stehen werde.

Bereits am 1. Mai 1996 hatten "Junge Nationaldemokraten" gemeinsam mit Neonazis in Berlin unter dem Motto demonstriert: "Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national. Sozialabbau stoppen – Massenarbeitslosigkeit bekämpfen". Die Demonstranten skandierten die Parole "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche".

Damit wird eine thematische Tendenzwende ersichtlich: weg von vergangenheitsbezogenen Argumentationsmustern wie etwa der Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus hin zu aktuellen politischen Problemen. Dadurch, daß sie wirtschaftliche und soziale Themen besetzen, meinen Rechtsextremisten, aus der gesellschaftlichen Isolation ausbrechen und diskursfähig werden zu können.

Dieser Strategie folgen – auch ohne Absprache untereinander – fast alle Rechtsextremisten, von der neonazistischen Szene über die populistischen Parteien im rechtsextremistischen Spektrum bis zu den Diskussionszirkeln der sog. "Neuen Rechten".

Rechtsextremisten machen die Globalisierung des kapitalistischen Wirtschaftsystems für die wirtschaftlichen Probleme vor Ort in Deutschland verantwortlich; als Heilmittel propagieren sie eine protektionistisch abgeschottete nationale Volkswirtschaft. Auf diese Weise könne auch die soziale Frage – die im Mittelpunkt national-

wirtschafts- und
sozialpolitische
Themen

"Arbeit zuerst
für Deutsche"

stischer Politik stehen müsse – gelöst werden. Knappe Güter wie Arbeit und Wohnraum sollen künftig den Deutschen vorbehalten bleiben bzw. anderen erst dann zugänglich gemacht werden, wenn die Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung befriedigt sind.

Wirtschaftliche Themen werden häufig mit Stereotypen des traditionellen Antisemitismus verknüpft, soziale mit Ausländerfeindlichkeit. Besonders Neonazis bemühen Klischees wie die Unterschei-



dung von “raffendem” und “schaffendem” Kapital, die “jüdische Zinsknechtschaft“ und so weiter. Rechtsextremisten behaupten, Ausländer nähmen den Deutschen Wohnraum, Arbeits- und Ausbildungsplätze weg, belasteten die leeren sozialen Kassen und lebten auf Kosten der Deutschen. Es wird vorgegaukelt, daß sich alle sozialen Probleme, auch Kriminalität und Drogensucht, mit der Lösung der “Ausländerfrage” von selbst erledigten. Daran wird offenbar: Das eigentliche Interesse der Rechtsextremisten gilt nur vordergründig der sozialen Frage. Tatsächlich suchen sie nach Argumenten, mit denen sie ihrer antisemitischen und ausländerfeindlichen Propaganda Widerhall verschaffen können.

*Lösung der
“Ausländerfrage”*

Die Maßnahmen des Staates gegen Neonazis – Vereinigungs- und Versammlungsverbote, Wohnungsdurchsuchungen, Verurteilungen wegen Staatsschutzdelikten wie auch die Verschärfung des sog. “Auschwitzparagraphen” (§ 130 Abs. 3 StGB) – haben den Trend in der rechtsextremistischen Propaganda verstärkt, den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat als Unrechtsstaat zu diffamieren. Rechtsextremisten gerieren sich als die eigentlichen Hüter der grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte und stellen den von ihnen aufgebauten Popanz von Zensur, Polizeistaat und Gesinnungsjustiz an den Pranger.

Diese Agitation gipfelt in der Androhung eines gewaltsamen Kampfes gegen das verhaßte “Unrechtssystem”, wobei man sich mißbräuchlich auf das grundgesetzlich verankerte Widerstandsrecht beruft.

Rechtsextremismus im Land Brandenburg

Die bemerkenswertesten Erscheinungsbilder des Rechtsextremismus traten 1996 auch in Brandenburg zutage: unorganisierte rechtsextremistische Jugendcliquen, Neonazis, rechtsextremistische Parteien, Verlage und Vertriebsdienste. Zusammenschlüsse oder Wortführer der "Neuen Rechten" gibt es in Brandenburg derzeit nicht; jedoch werden ihre Publikationen auch in Brandenburg gelesen.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalt hat seit dem Spätsommer 1996 in Brandenburg zugenommen. Mehr noch als der zahlenmäßige Anstieg muß aber die ungeheure Brutalität beunruhigen, mit der verschiedene dieser Delikte begangen wurden. Einige dieser Verbrechen haben deshalb über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus traurige Beachtung gefunden.

Darunter befanden sich drei Fälle mit besonders schwerwiegenden Folgen: Der 23jährige Sven Beuter wurde am 15. Februar in Brandenburg a. d. Havel von einem Rechtsextremisten so brutal geschlagen und getreten, daß er wenige Tage darauf an den Folgen verstarb (s. dazu S. 43); der Steinwurf eines Ausländerfeindes verursachte am 16. Juni in Mahlow einen Autounfall, durch den der Engländer Noel Martin für den Rest seines Lebens querschnittsgelähmt bleiben wird (s. dazu S. 41); seit dem fremdenfeindlich motivierten Überfall auf drei Italiener am 30. September in Trebbin lag Orazio Giambianco monatelang im Koma (s. dazu S. 42).

*Zunahme
rechtsextremistisch
motivierter Gewalt*

*verwüstete
italienische
Gaststätte
in Trebbin*



Das Entsetzen über diese Häufung schwerster Gewaltverbrechen gerade in der zweiten Jahreshälfte (vor allem in den Zeiträumen Juli und September/Okttober) kann nicht durch die Feststellung gemindert werden, daß die 1996 im Verhältnis zum Vorjahr angestiegene Gesamtzahl einschlägiger Gewalttaten gegen Personen jedenfalls bei weitem nicht an die Zahlen von 1993 und 1994 heranreicht. Auffällig ist, daß die Zahl der gewaltsam ausgetragenen Konflikte zwischen rechts- und linksextremistisch orientierten Personen zurückging. Die Summe aller rechtsextremistisch motivierten Straftaten ist 1996 etwas größer als 1995. Am weitest häufigsten kamen wiederum die sog. Propagandadelikte vor (Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen [§§ 86, 86a StGB], Volksverhetzung [§ 130 StGB]). Der Anstieg 1996 ist durch einen Zuwachs von zwei Dritteln im zweiten Halbjahr gegenüber dem ersten verursacht worden. Die zahlreichen Propagandadelikte im August im Zusammenhang mit dem "Rudolf-Heß-Gedenken" markierten den quantitativen Höhepunkt.

*Propaganda-
delikte*

In Brandenburg hat sich also, wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern, eine gegenläufige Tendenz zur Abnahme rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten im Bundesgebiet insgesamt entwickelt.

Warum hat Gewaltbereitschaft rechtsextremistisch ausgerichteter Jugendcliquen in Ostdeutschland und gerade auch in Brandenburg zugenommen? Eine allgemeingültige Antwort auf diese Frage vermag niemand zu geben. Von den zahlreichen Ursachen und Faktoren, die hier ins Gewicht fallen, seien nur einige erwähnt: Jugendliche, die sich den Anforderungen in einer von Konkurrenz bestimmten Leistungsgesellschaft nicht gewachsen fühlen und für die eigene Zukunft keine Perspektiven sehen oder die sich in ihrem Lebenskreis nicht hinreichend beachtet und geschätzt fühlen, kompensieren Angst und Frustration nicht selten durch Aggressivität. Gewalt vertreibt den Leidensdruck, die Langeweile und kann sogar eine Art Lustgewinn bereiten. Die Folgen der Gewalt werden ausgeblendet. Jugendliche, die sich selbst als gleichgültig und wertlos erfahren, sind um so gleichgültiger gegenüber ihren Mitmenschen und deren Gefühlen und behandeln sie als "unwert" – das Empfinden für die eigene Roheit und mehr noch für deren Auswirkungen auf andere ist abgestumpft.

Die entsetzliche Brutalität einiger der 1996 verübten Gewalttaten ist ein äußerst bedenkliches Anzeichen für eine tiefgreifende Störung des menschlichen Miteinanders. Diese hat eine ihrer Ursachen

selbstverständlich auch in Defiziten der familiären Erziehung und der unmittelbaren sozialen Kontakte. Das sind Signale für einen Werteverlust und einen Mangel an zivilen Umgangsformen und menschlichem Mitgefühl, die erschrecken machen. Zu kurz griffe dagegen eine simple Herleitung nach dem Muster, das Fehlen von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erzeuge Gewaltbereitschaft. Die sozial-psychologische Komplexität des Problems erlaubt weder einfache Erklärungen, noch wird man ihr mit einfachen Rezepten gerecht.

Skinheadkonzerte haben in Brandenburg 1996 nur vereinzelt stattgefunden. Stets wurden sie konspirativ organisiert und blieben unauffällig, auch weil die Beteiligten darauf verzichteten, ihre rechtsextremistische Gesinnung provokativ zur Schau zu stellen. Im übrigen wichen Brandenburger Fans von Skinkonzerten häufig in andere Bundesländer aus, vor allem nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Der europaweite Trend zu Organisationsansätzen in der rechtsextremistischen Skinheadszene war 1996 auch in Brandenburg zu beobachten. Sowohl "Blood & Honour"-Gruppen als auch "Hammerskins" verfügen in Brandenburg über regionale "Sektionen". Sie entfalteten bisher jedoch kaum Außenwirkung.

Das Verbot der "Direkten Aktion/Mitteldeutschland" (JF) im Mai 1995 zeigt fortdauernde Wirkung. Die Aktivisten aus dieser Gruppierung, die sich weiterhin betätigen wollen, sind an öffentlichkeitswirksamen Propagandaaktionen offenbar weniger interessiert als am Vertrieb indizierter Tonträger.

Die sogenannten "Knast- und Kerkerkameradschaften" waren vor allem publizistisch aktiv. In ihrem Rundbrief "Der weiße Wolf", der 1996 erstmalig erschien, kamen sowohl inhaftierte wie nicht einsitzende Rechtsextremisten zu Wort.

"Die Nationalen e.V." sind nach wie vor die aktivste rechtsextremistische Organisation im Land Brandenburg. Der Vereinsvorstand setzt sich aus Neonazis zusammen.

Staatliche Maßnahmen haben den Wirkungsradius der "Nationalen" 1996 erheblich eingeschränkt. So gelang es dem Vereinsvorsitzenden nicht, das von ihm herausgegebene Zeitungsprojekt um die "Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ), das seit dem Frühjahr 1996 bundesweit sechs Ableger umfaßt, weiter expandieren zu lassen. Auch konnte der etwa zweimonatliche Erscheinungsrhythmus nicht verkürzt werden.

regionale
"Sektionen"

"Knast- und
Kerker-
kameradschaften"

“Die Nationalen e.V.” waren aber mit ihrer Strategie der Dezentralisierung und Vernetzung von Untergliederungen und sogenannten unabhängigen Kameradschaften im Land Brandenburg erfolgreich. Auf ihrer Jahreshauptversammlung am 13. Dezember 1996 in Guben sahen sie sich veranlaßt, ihre Jugendorganisation umzubenennen. Das vormalige “Junge Nationale Spektrum” (JNS) heißt nunmehr “Jungnationale” (JNA).

*“Die
Nationalen e.V.”*

Anläßlich der neunten Wiederkehr des Todestages von Rudolf Heß am 17. August 1996, der von Neonazis als Märtyrer verehrt wird, haben sich in Brandenburg sowohl “Die Nationalen e. V.” und weitere Neonazis als auch die “Jungen Nationaldemokraten” (JN) propagandistisch betätigt. “Die Nationalen e. V.”, deren Vereinsspitze im “Aktionskomitee Rudolf Heß” mitarbeitete, produzierten und verteilten große Mengen von Propagandamaterial. Insgesamt wurden in Brandenburg aus diesem Anlaß 16 Demonstrationen angemeldet, die allesamt verboten wurden. Am 10. August veranstalteten die JN in Fürstenwalde einen nicht genehmigten Autokorso.

Das Vorgehen der “Nationalen” am 17. August war unkoordiniert. Während ein Teil auf der zentralen Veranstaltung in Worms aufmarschierte, nahm der Vereinsvorsitzende mit einigen Anhängern an der alternativen Veranstaltung in Merseburg teil.

“Die Nationalen e.V.” meldeten auch zum sog. Heldengedenktag am 17. November eine zentrale Gedenkveranstaltung im brandenburgischen Halbe an. Das vom zuständigen Polizeipräsidenten ausgesprochene Verbot wurde vom Verwaltungsgericht Pötsdam und vom Obergericht Frankfurt (Oder) bestätigt. Die Rechtsextremisten mußten sich mit einer Reihe unspektakulärer, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachteter Kranzniederlegungen in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Elsterwerda, Guben, Blossin und Schwedt zufrieden geben. Gedenkveranstaltungen wurden von Teilstrukturen der “Nationalen”, von den JN und der DLVH unter konspirativen Umständen organisiert, jedoch von polizeilichen Einsatzkräften rasch unterbunden.

*Gedenk-
veranstaltungen*

Die Zahl der Brandenburger, die sich in rechtsextremistischen Parteien organisiert haben, ist leicht gesunken. Diese Parteien mußten sich 1996 in Brandenburg keiner Wahl stellen.

Dem Landesverband der “Republikaner” (REP) gelingt es kaum, seine Anhänger zu motivieren und zu mobilisieren; nicht wenige von ihnen haben der Partei den Rücken gekehrt.

Die “Deutsche Volkunion” (DVU) in Brandenburg stagniert. Das

trifft auch für die “Nationaldemokratische Partei Deutschlands” (NPD) zu. Die wenigen brandenburgischen Aktivisten ihrer Jugendorganisation “Junge Nationaldemokraten” entfaltet, zumeist gemeinsam mit der wesentlich stärkeren Berliner JN-Gruppe, einige Aktivitäten.

Die “Deutsche Liga für Volk und Heimat” (DLVH) konnte 1996 ihre Strukturen im Nordosten Brandenburgs etwas ausbauen, in Fürstenwalde dagegen hat sie an Terrain verloren. Der DLVH-Landesverband Berlin-Brandenburg hat seit der Zurückverwandlung der DLVH in einen Verein seinen Parteienstatus eingebüßt. Bis auf Ausflugsveranstaltungen zusammen mit anderen Rechtsextremisten gelang der DLVH jedoch auch in Brandenburg bislang nicht die angepeilte “Sammlung der rechten Kräfte”. Die jüngste Einigungsbestrebung war die vom DLVH-Landesverband Berlin-Brandenburg gestartete “Initiative Pro Deutschland”.

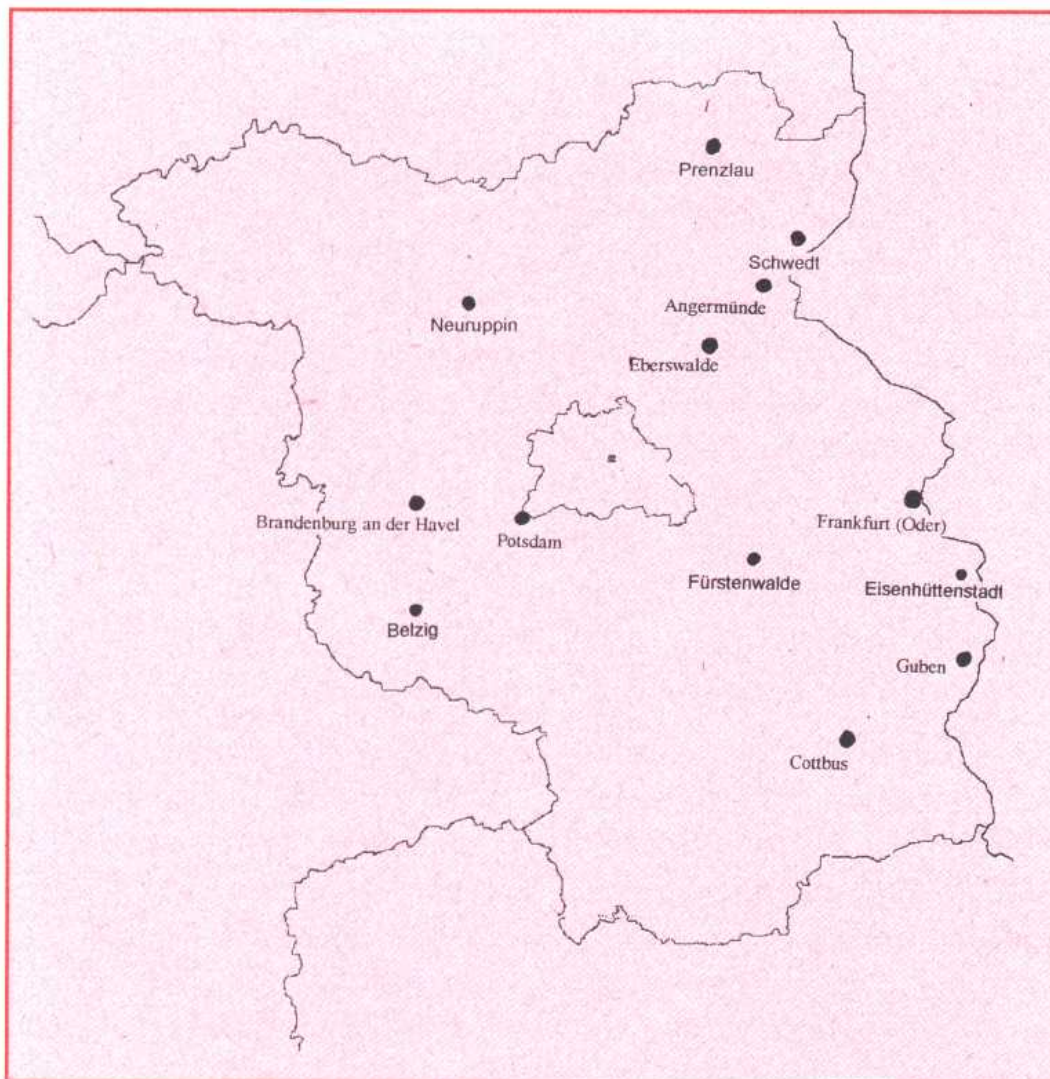
Die informationstechnische Vernetzung von Rechtsextremisten in Brandenburg steckt noch in den Anfängen. Nachdem das NIT Berlin im April 1996 eingestellt worden war, gibt es seit Mitte Dezember 1996 ein von einem JN-Aktivisten aus Berlin betriebenes neues “Nationales Info-Telefon für Berlin und Brandenburg”. Schon der Name weist darauf hin, daß Berliner Rechtsextremisten versuchen, Gesinnungskameraden im brandenburgischen Umland anzusprechen und verstärkt in die politisch-ideologische Arbeit zu integrieren.

Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene

In den meisten Städten Brandenburgs existieren Jugendcliquen, deren Mitglieder sich zu einer rechtsextremistischen Gesinnung bekennen und, wenn sich ihnen eine Gelegenheit bietet, in provozierender Absicht neonazistische Symbole verwenden. Die Zahl der tatsächlichen Gewalttäter oder manifest Gewaltbereiten unter ihnen (letztere werden seit 1995 bundesweit in die Statistik einbezogen) ist 1996 um ein Zehntel auf etwa 550 Personen angewachsen. Allerdings ist dieser Personenkreis einer hohen Fluktuation ausgesetzt.

Zu den Orten, in denen gewaltbereite Cliques mit rechtsextremistischer Orientierung agieren und einschlägige Straftaten begangen haben, zählen beispielsweise Angermünde, Belzig, Brandenburg a. d. Havel, Cottbus, Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Guben, Neuruppin, Potsdam, Prenzlau und Schwedt.

Seltener noch als vor einigen Jahren treten Angehörige rechtsextremistisch orientierter Jugendgruppen äußerlich als Skinheads in Erscheinung. Die meisten von ihnen wollen nicht sofort auffallen. Manche bewegt die Angst, von militanten "Antifa"-Anhängern schon äußerlich als Rechtsextremisten erkannt und angegriffen zu werden. Die Grenze zwischen den "eigentlichen" Skinheads und sonstigen rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen ist durchaus fließend.



*Schwerpunkte
rechts-
extremistischer
Jugendcliquen
im Land
Brandenburg*

Rechtsextremistisch orientierte Jugendcliquen haben in der Vergangenheit nur selten versucht, sich selbst eine verbindlichere Organisationsform zu geben.

Während es noch 1995 Bemühungen gab, militante Jugendcliquen in Prenzlau, Schwedt und Templin zu einer überregionalen Gruppierung "Oderwacht" zusammenzuführen, wurden solche Versuche 1996 nicht mehr festgestellt. Bisweilen belegen selbstgebastelte Flug- oder Programmzettel, daß Aktivisten in einzelnen Orten ihrer eigenen Clique einen – möglichst martialisch klingenden – Namen

“Hammerskins”

*Blood & Honour”-
Bewegung*

*Skinhead-
Konzerte*

und eine härtere Kontur aufprägen wollen. In der Regel geraten solche Initiativen rasch in Vergessenheit.

Ein Teil dieser Szene ist aber für Versuche empfänglich, im Ausland entstandene Organisationsansätze der Skinheadbewegung auch hier zu erproben. Seit etwa Ende 1993/Anfang 1994 existiert in Brandenburg a. d. Havel eine “Hammerskin-Division”. Die “Hammerskins” betreiben, von den USA ausgehend, die “Vereinigung aller weißen NS-Skins”. Ihre “Divisionen” findet man mittlerweile in zahlreichen Ländern. Die Brandenburger Division ist über das Postfach der “Nationalen” in Berlin zu erreichen. Kontakte laufen zu den “Hammerskins” in Berlin und Sachsen.

Seit etwa 1994 gibt es im Land Brandenburg außerdem eine Sektion der “Blood & Honour”-Bewegung. Diese ist erstmals Ende der 80er Jahre in Großbritannien in Erscheinung getreten. Sie versucht, mit neonazistischen Musiktiteln die Skinhead-Szene zu indoktrinieren. Daher sind “Blood & Honour”-Aktivisten hauptsächlich damit befaßt, Konzerte rechtsextremistischer Bands unter dem Motto “Rock against Communism” zu organisieren. Die Brandenburger Sektion hat solche Aktivitäten im Lande allerdings noch nicht entwickelt. Auch sie pflegt Kontakte zu den entsprechenden Sektionen in Sachsen und Berlin.

“Hammerskins” und “Blood & Honour”-Anhänger haben auch in Brandenburg gelegentlich Rivalitäten untereinander ausgetragen.

Zwar versuchen neonazistische Kleingruppen, in der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene Anhänger zu werben, doch haben sie dabei nur geringen Erfolg, da überregionale Vereinsstrukturen, Leitungshierarchien und Schulungsabende in dieser Szene kaum Anklang finden. Die meisten Mitglieder lokaler Jugendcliquen wehren sich gegen jede Disziplinierung; ihre “Interessen” reduzieren sich mehr oder minder auf ausschweifenden Alkoholgenuß und Randalen.

Dagegen lassen sich auch diese Jugendlichen sehr wohl für die Teilnahme an Skinhead-Konzerten oder anderen spektakulären Aktionen begeistern. Skinhead-Konzerte bieten unter anderem die Gelegenheit, daß Cliquen aus verschiedenen Regionen sich treffen und Neonazis nach ansprechbaren Interessenten Ausschau halten. Man tauscht Informations- und Propagandamaterialien aus und verabredet künftige Aktionen.

Im Zusammenhang mit Skinhead-Konzerten kam es in der Vergangenheit nicht selten zu Propagandadelikten und anderen strafbaren Handlungen. Die Sicherheits- und Ordnungsbehörden des Landes

Brandenburg sind darum bemüht, Skinheadkonzerte, auf denen rechtsextremistische, insbesondere neonazistisch orientierte Bands auftreten sollen, im Vorfeld zu unterbinden. Daher werden derartige Vorhaben von den Organisatoren häufig als Geburtstagsfeier oder ähnlich getarnt und meist konspirativ vorbereitet.

Eine musikalische Veranstaltung am 24. August in Lütte (Kreis Potsdam-Mittelmark) wurde als Konzert einer Band mit dem irreführenden Namen "Soul and Steel" angemeldet. Tatsächlich traten allerdings die einschlägig bekannten Skinbands "Idee Z." (Berlin) sowie "Sturmtrupp" und "Aufmarsch" (beide Bayern, Besetzung teilweise identisch) auf. Bei Kontrollen im Vorfeld des Konzertes wurden gegen zwei Personen Anzeigen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen aufgenommen. In verschiedenen PKWs fand die Polizei Baseballschläger, Schlagketten, Äxte und einen Schlagstock. Das Konzert selbst verlief ohne Zwischenfälle. Bereits 1993 war eine Langspielplatte der Band "Sturmtrupp" indiziert worden. Gegen Mitglieder der Band "Aufmarsch" waren seit Beginn der 90er Jahre zum Teil mehrfach Ermittlungsverfahren wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder Volksverhetzung anhängig.

Gelegentlich gelingt es den Organisatoren von Skinhead-Konzerten, ihre konspirativen Vorbereitungen vor den Sicherheitsbehörden ganz oder teilweise zu verheimlichen.

In Brandenburg haben sich mehrere Bands gebildet, die bei ihren Auftritten rechtsextremistische Texte verbreiten. Dazu zählen etwa "Thorshammer" aus Brandenburg a. d. Havel, "Proißenheds" aus Potsdam, "Volkstroi" (früher "Querschläger") aus Fürstenwalde und "Senfheads" aus Senftenberg. Sie spielten 1996 mehrfach in verschiedenen Bundesländern, hauptsächlich in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Bei diesen Bands haben sich rechtsextremistische Haltungen in jeweils unterschiedlicher Weise ausgeprägt. So unterstützt "Thorshammer" die Bewegung "Blood & Honour", die "Proißenheds" spielen unter anderem Titel wie "White Power, white Pride" (eine Glorifizierung der weißen Rasse), "Volkstroi" grüßt beispielsweise in einem Fanzine "alle deutschen Kameraden und alle, die in dieser heutigen schweren Zeit noch national denken und handeln".

Die Produktion von Fanzines ist in Brandenburg, verglichen mit anderen Bundesländern, zurückgegangen.

*Skinhead-
Bands aus
Brandenburg*

In Potsdam erschien 1996 die vierte und vorläufig letzte Ausgabe des Fanzines "Donnerbalken". Darin wird zum Beispiel mit dem Abdruck eines Textes der schwedischen Band "Storm" die Vorherrschaft der weißen Rasse propagiert :

"Einheit ist Sieg"

Brüder und Schwestern, Verteidiger unserer Rasse,
vereint euch gegen die Feinde unserer großen Rasse,
vereint sind wir stark, nur die Stärksten überleben.
So vereint euch im Kampf, bevor unsere weiße Rasse stirbt!

Der Feind ist stark, aber vereint sind wir stärker.
Ihr Gold schützt ihr Leben nicht länger.
Wahrer Rassenstolz, den kann man mit Geld nicht kaufen.
Schließt euch unserer Sache an, laßt flattern unsere Fahnen
hoch in den Himmel!

Einheit ist Sieg – Einheit ist Sieg,
Einheit ist Sieg – weiße Einheit gibt weißen Sieg.
Einheit ist Sieg – Einheit ist Sieg,
Einheit ist Sieg – weiße Einheit ist weißer Sieg.
Weiße Einheit gibt weißen Sieg, Heil!
(im Original englisch)

Außerdem kam 1996 die neunte Ausgabe des Fanzines "United Skins" heraus. Damit wurde eine Serie fortgesetzt, die ein Skinhead aus Königs Wusterhausen begründet hatte. Unterstützt durch einen inhaftierten Rechtsextremisten aus Brandenburg, erschien in Mecklenburg-Vorpommern das Fanzine "Wehrpass".

Jugendliche aus der unorganisierten Szene sind aber auch für das Propagandamaterial rechtsextremistischer Organisationen aufgeschlossen. Sie lassen sich sogar in Verteilaktionen einbeziehen oder verbreiten solches Material, wenn es ihnen in die Hände gefallen ist, aus eigenem Antrieb. Deshalb tauchten beispielsweise viele Flugblätter und Aufkleber der JN, der "Nationalen" und anderer Organisationen Mitte August anlässlich der "Rudolf-Heß-Aktionswoche" in zahlreichen Gemeinden Brandenburgs auf.

Am 15. August wurde in Ziesar eine größere Anzahl von "Rudolf Heß"-Flugblättern festgestellt. Die Polizei ermittelte zwei Tatverdächtige im Alter von 16 und 21 Jahren. Bei der Durchsuchung der Wohnungen der Tatverdächtigen wurde weiteres Propagandamaterial aufgefunden.

Manchmal gelangt solches Propagandamaterial erst mit einem zeitlichen Verzug von Jahren an die Öffentlichkeit.

Drei Aufkleber des ehemaligen "Förderwerks Mitteldeutsche Jugend" (FMJ) hafteten am 25. April an einem Ärztehaus in Leegebruch. Das FMJ hatte 1993 seine angebliche Selbstaflösung erklärt und trat hinfort nicht mehr unter diesem Namen auf; als "Direkte Aktion/ Mitteldeutschland" (JA) setzte es allerdings seine Aktivitäten fort und wurde 1995 vom Innenminister des Landes Brandenburg verboten.

Von den Mitgliedern solcher Jugendcliquen werden die meisten der rechtsextremistisch motivierten Straftaten begangen. Die Masse dieser Straftaten machen Schmierereien mit überwiegend neonazistischem Inhalt, "Sieg-Heil"-Rufe sowie Provokationen mit dem "Hitlergruß" aus.

*rechts-
extremistische
Schmierereien*

Da Urheber von Schmierereien und Plakatierungen fast ausschließlich im Schutz der Dunkelheit und an verborgenen Stellen, bisweilen unter Einsatz von Warnposten, agieren, können sie nur selten ermittelt werden. Sofern Tatverdächtige festgestellt werden, sind es nicht selten Kinder oder Jugendliche, die sich der rechtsextremistischen Zielrichtung ihres Tuns nicht bewußt sind oder die Tat unter dem enthemmenden Einfluß von Alkohol begangen haben.



Im Jahre 1996 wurden in Fürstenwalde und Umgebung auffällig viele Schmierereien festgestellt. Auf Grund individueller Merkmale – Ähnlichkeit der Symbole und der Farbe – konnten sie einer bestimmten Tätergruppe zugeordnet werden; die Polizei ermittelte drei Tatverdächtige im Alter von 15 und 17 Jahren.

Am 20. Juni sprühten in Gräfendorf Jugendliche nach einer Schulfeier zwei Hakenkreuze und die Worte "Juden und Bosnien verrecke" an eine Trafostation.

Schmierereien in den Gästebüchern und auf den Geländen der Brandenburgischen Gedenkstätten sowie auf Friedhöfen wurden 1996 in geringerem Umfang als 1995 registriert.

Eine Sonderform der Propagandadelikte stellen antisemitische Schmierereien und Pamphlete dar.

Mehrere Bürger der Stadt Potsdam fanden am 14. Januar eine antisemitische Hetzschrift in ihren Briefkästen. Sie wurden darin aufgefordert, das Blatt zu kopieren und weiter zu verteilen. Der Text umfaßt eine Seite voller Diffamierungen wie: "Die Juden beuten die Deutschen aus. Die Gesetze spiegeln den Willen der herrschenden Juden wi(e)der. ... Die Juden möchten ... das deutsche Volk durch Mischehen und Rassenschande verpesten."

Der Anteil antisemitischer Straftaten an der Gesamtzahl der Propagandadelikte hat sich 1996 verringert.

Rechtsextremistische Parolen oder Grußformen werden in der Öffentlichkeit oft als Provokation oder aus Angeberei dargeboten. Nicht selten geschieht dies nach ausgiebigem Alkoholkonsum.

Ein Tatverdächtiger skandierte am 21. September in Oranienburg in Richtung eines vorbeifahrenden Polizeifahrzeugs den "Hitlergruß". Er wollte "seinen Kumpels" imponieren und stand während des Vorfalls unter Alkoholeinfluß.



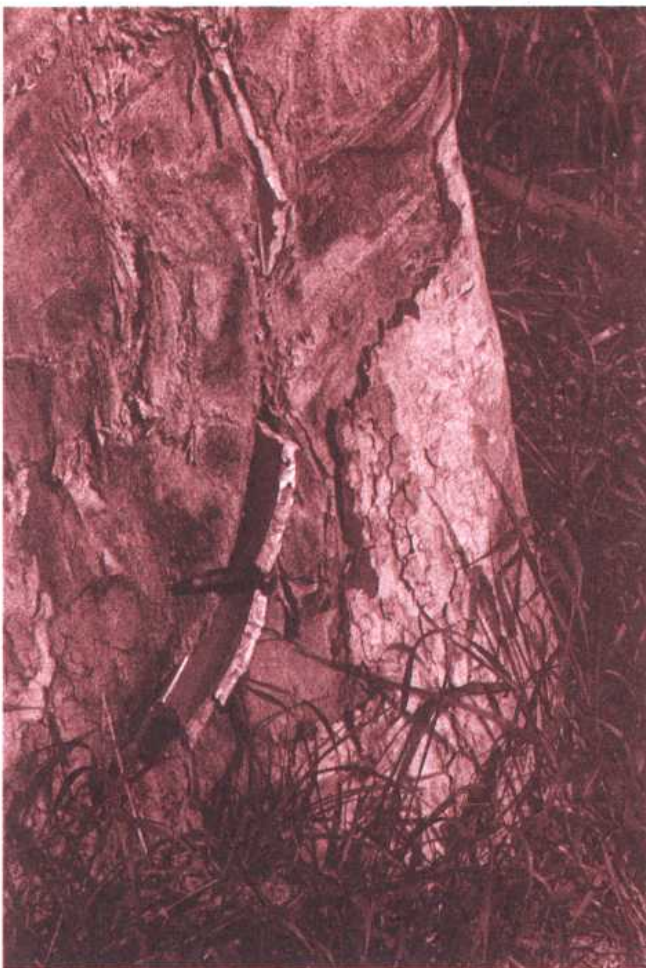
Mitglieder rechtsextremistisch orientierter Jugendcliquen schrecken auch vor schweren Gewalttaten nicht zurück. Zerstörungslust und kriminelle Energie entladen sich dabei keineswegs immer in eindeutig als extremistisch erkennbaren Delikten. Je nach Motivlage und Situation des Einzelfalls kann eine Gewalttat einmal rechtsextremistisch motiviert sein, ein andermal – vom selben Täter begangen – ein unpolitisches allgemeinkriminelles Delikt.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten

Zahlenmäßig in etwa auf Vorjahresniveau bewegten sich 1996 die schweren Angriffe auf Leben und Gesundheit von Ausländern, die außerhalb ihrer Unterkünfte – auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gaststätten und anderswo – angegriffen wurden.

Ein 19-jähriger fuhr am 15. Januar in Flecken Zechlin mit seinem PKW in fremdenfeindlicher Absicht auf eine Türkin zu, die ihm an der Seite entgegenkommender Jugendlicher aufgefallen war. Dabei nahm er den möglichen Tod des Opfers billigend in Kauf. Nur der Reaktion einer Begleiterin ist es zu verdanken, daß die junge Frau nicht zu Schaden kam. Der Täter ist inzwischen rechtskräftig wegen Mordes zu drei Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe verurteilt worden.

Nach vorangegangenen Pöbeleien wurden drei britische Bauarbeiter mit dunkler Hautfarbe am 16. Juni in Mahlow in ihrem PKW von zwei jungen Männern (zur Tatzeit 17 und 24 Jahre alt) mit deren PKW verfolgt. Dabei



warf der 17-jährige Deutsche einen Feldstein gegen das Fahrzeug der Briten, das sich daraufhin überschlug. Der Fahrer ist seitdem vom Hals abwärts querschnittsgelähmt. Die beiden Täter sind zu Haftstrafen von acht bzw. fünf Jahren verurteilt worden.

Bereits seit Monaten hatten sich rechtsextremistisch orientierte Jugendliche – aus deren Kreis die Täter kamen – am Mahlower Bahnhof getroffen und auch schon mehrfach Ausländer angepöbeln, so den afrikanischen Angestellten eines Mahlower China-Restaurants.

*Angriffe auf
Ausländer*

*Kaum noch zu
erkennen:
Pkw-Teile
in einem
Straßenbaum,
gegen den
das Auto
der in Mahlow
überfallenen Briten
mit voller Wucht
geprallt war.*

Bürger aus Polen wurden in der Vergangenheit in grenznahen Orten häufiger Opfer ausländerfeindlicher Übergriffe. 1996 dagegen sind polnische Bürger in Brandenburg nur in wenigen Fällen angegriffen worden.

Am 30. Oktober fuhr ein PKW mit polnischem Kennzeichen auf der Landstraße in der Nähe von Bresinchen. Während eines Überholvorgangs wurde aus einem anderen Wagen heraus mit einem Baseballschläger die hintere Seitenscheibe des polnischen Fahrzeugs eingeschlagen. Das Tatfahrzeug entfernte sich unbeleuchtet. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Gelegentlich sind auch Bürger aus Staaten der Europäischen Union mit weißer Hautfarbe, die dem bislang typischen rechtsextremistischen "Feindbild" nicht entsprechen und auch nicht immer von vornherein als Ausländer erkennbar sind, Opfer von Übergriffen geworden.

Am 30. September kam es in Trebbin zu Überfällen auf italienische Bauarbeiter. Die drei Italiener waren auf dem Heimweg, als sie von einem PKW überholt wurden, dem wenig später zwei junge Männer entstiegen. Die zwei schlugen und traten derart auf die Italiener ein, daß eines der Opfer einen Schädelbruch erlitt und monatelang im Koma lag. Nachdem die beiden anderen Italiener ihren schwerverletzten Kollegen ins Krankenhaus gebracht hatten, wurden sie von der Clique der jungen Männer auf dem Rückweg noch einmal überfallen. Inzwischen sind die beiden Täter im Alter von 20 und 22 Jahren wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes zu acht bzw. 15 Jahren Haft verurteilt worden.

Zwei im Rahmen eines Austauschprogramms in Deutschland weilende Briten wurden am 24. Oktober in Oranienburg in der Nähe eines Taxistandes von zwei jugendlichen Tätern angesprochen und anschließend brutal zusammengeschlagen. In ihren Vernehmungen erklärten die beiden 18jährigen Tatverdächtigen, nicht gewußt zu haben, daß es sich um Briten handele.

Daß bereits Kinder fremdenfeindliche Gewalttaten kopieren, belegt der folgende Fall:

Drei italienische Austauschschülerinnen wurden am 28. Oktober in Schöneiche mit den Worten „Itakerschweine“ beleidigt, angespuckt, gestoßen und mit Fahrrädern traktiert. Die Täter, die sich als „Hitler“ und „Kriegsgewinner über Italien“ präsentiert hatten, waren dreizehnjährige Kinder.

In Brandenburg sind 1996 keine Anschläge oder versuchte Angriffe auf Unterkünfte von Asylbewerbern oder Flüchtlingen bekannt geworden.

1996 sind mehrere Vorfälle registriert worden, die in der Öffentlichkeit als Auseinandersetzungen zwischen „Rechten“ und „Linken“ wahrgenommen worden sind. Nicht immer liegen diesen Vorfällen extremistische Motive zugrunde, bisweilen handelt es sich um Rivalitäten zwischen lokalen gewaltbereiten Jugendgruppen. Manche dieser Jugendcliquen verwenden Symbole und Parolen des Rechtsextremismus lediglich dazu, um sich gegen rivalisierende Cliquen, die sie als „politische Gegner“ bezeichnen, abzugrenzen.

Meist entstehen solche Konflikte spontan und ungeplant; manchmal werden sie allerdings so erbittert ausgefochten, daß das Mitschwingen einer extremistischen Motivation unterstellt werden muß. In anderen Fällen sind derartige Feindseligkeiten durch eine verfestigte neonazistische Einstellung motiviert gewesen.

In einem besonders schweren Fall führte eine solche Auseinandersetzung zum Tod des Opfers.

Am 15. Februar schlug und trat ein 20jähriger in Brandenburg a. d. Havel grundlos auf einen 23jährigen ein, den er nach dessen Kleidung der „linken“ Szene zuordnete. Er zielte dabei vor allem gegen den Kopf des Opfers, sogar noch, als es schon bewußtlos am Boden lag. Der Täter war am Vortag von anderen Angehörigen der „linken“ Szene angegriffen worden und reagierte nun brutal seine Aggressionen ab. Wenige Tage später erlag der 23jährige seinen Verletzungen. Inzwischen ist der Täter rechtskräftig wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von sieben Jahren und sechs Monaten verurteilt worden.

Das „Alternative Literatur- und Infocafé“ in Angermünde wurde am 4. Mai von Jugendlichen aus der rechtsextremistisch orientierten Szene überfallen. Etwa 30 Jugendliche, unter anderem aus Eberswalde, Schwedt und Casekow, versuchten, in das Café einzudringen und begingen dabei

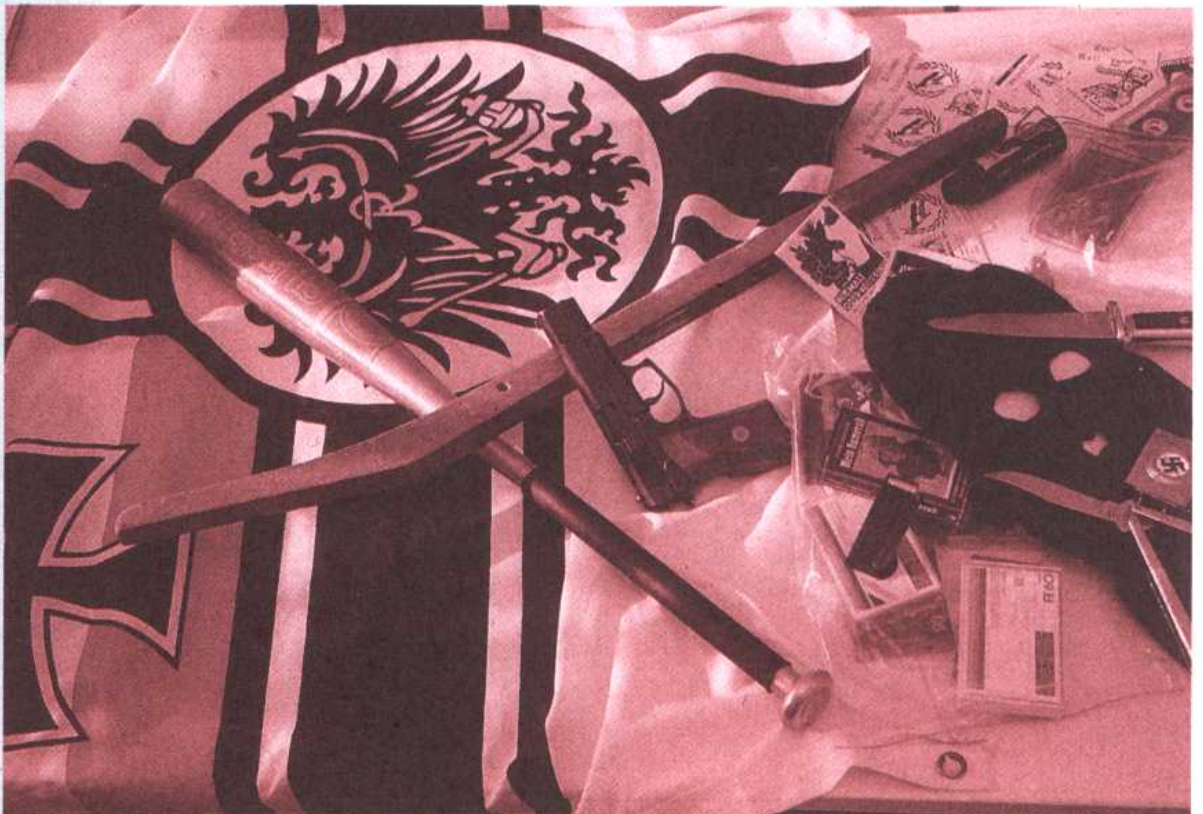
*Rivalitäten
zwischen
gewaltbereiten
Jugendgruppen*

Sachbeschädigungen. Die Tatverdächtigen konnten durch die Polizei ermittelt werden. In ihren Vernehmungen brachten einige eine „rechte“ Grundhaltung zum Ausdruck. Bei den anschließenden Durchsuchungen von Wohnungen der Tatverdächtigen wurden Propagandamaterial, Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und waffenähnliche Gegenstände sichergestellt.

Jugendgruppen, die sich nicht politisch, wohl aber sozial oder ökologisch engagieren, wurden in Einzelfällen von rechtsextremistisch motivierten Gewalttätern überfallen.

Etwa 25 Mitglieder einer rechtsextremistisch orientierten Jugendclique überfielen am 12. Oktober zielgerichtet das evangelische Jugendhaus in Sternhagen. Zum Teil mit Baseballschlägern, Schlagringen und Schlagstöcken bewaffnet, wollten sie in den Jugendclub eindringen. Ein Sozialarbeiter versuchte mit diesen Jugendlichen zu reden und sie zu beschwichtigen. Daraufhin wurde er von mehreren Tätern zusammengeschlagen und erlitt dabei erhebliche Verletzungen. Die Polizei konnte 26 Tatverdächtige ermitteln; elf Personen wurden vorläufig festgenommen, gegen fünf von ihnen wurden Haftbefehle erlassen. Die Wohnungsdurchsuchungen brachten bei einigen der Tatverdächtigen rechtsextremistisches Propagandamaterial sowie Waffen und waffenähnliche Gegenstände zutage.

*Propaganda-
material,
Kennzeichen
verfassungswidriger
Organisationen,
Waffen*



Opfer rechtsextremistischer Gewalt wurde in einem Fall auch ein Behinderter.

Am 13. Februar besuchte eine Gruppe Behinderter in Begleitung von Betreuungspersonen eine Schwimmhalle in Potsdam. Beim Hinausgehen wurde einer von ihnen von einem 15jährigen mit Bier besprüht und geschlagen. Später rief der 15jährige "Ihr Judenschweine" und schlug den Geschädigten wiederum.

*Gewalt gegen
Behinderte*

Bisweilen werden Vorfälle auf Grund der äußeren Tatumstände zunächst als rechtsextremistisch, insbesondere fremdenfeindlich, eingestuft; bei genauer Prüfung ergibt sich aber später, daß eine extremistische Motivation nicht vorgelegen hat.

Am 7. Dezember legten zunächst noch unbekannte Täter in Fürstenwalde vor einer Wohnunterkunft, in der sich portugiesische Arbeiter aufhielten, Feuer. Wenig später wurde eine Brandflasche gegen ein Fenster der Unterkunft geworfen. Der Fensterrahmen geriet in Brand, das Feuer konnte von den Bewohnern gelöscht werden. Anfänglich wurde eine ausländerfeindliche Motivation vermutet. Später konnte die Polizei zwei Frauen ermitteln, die die Brandstiftung gestanden; sie hatten nach eigenen Angaben aus Eifersucht gehandelt.

In seltenen Fällen ist eine rechtsextremistische Tat nur vorge-
täuscht. Meist soll dadurch von einem anderen Vergehen oder von persönlichen Schwierigkeiten abgelenkt werden.

Am 16. Juli zeigte ein britischer Bürger an, in Lübben überfallen und seines Reisepasses beraubt worden zu sein. Die Täter beschrieb er als Skinheads; bei einem von ihnen sei ein Hakenkreuz auf die Stirn tätowiert gewesen. Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, daß der Betroffene als Wanderarbeiter in Brandenburg tätig war, seinen Reisepaß bis zur Begleichung seiner Zeche bei einem Wirt hinterlegt hatte und deswegen von seinem Chef bewußtlos geschlagen worden war.

Im Jahr 1996 sind in Brandenburg keine direkt gegen Gedenkstätten und Grabmale gerichteten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten festgestellt worden.

*Beschädigungen
von
Gedenkstätten*

Jedoch wurde eine Plastik mit dem Titel "Wider das Vergessen", die in Oranienburg zur Erinnerung an den Todesmarsch der Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen aufgestellt worden war, am 12. und am 14. Oktober mutwillig beschädigt. Der Täter wollte seinem Unwillen über die angebliche Verschwendung öffentlicher Gelder für derartige Mahnmale Ausdruck verleihen.

Wehrsportgruppen

Wehrsportgruppen sind auch 1996 in Brandenburg nicht angetroffen worden. Entsprechende Verdachtsmomente in Einzelfällen konnten ausgeräumt werden: Es handelte sich nicht um Wehrsportübungen, sondern um illegale Gotcha-Spiele (Mannschaftskämpfe, bei denen mit Farbmunition auf den Gegner geschossen wird).

Neonazis

Personengruppen aus verbotenen neonazistischen Vereinigungen

Bis zu ihrem Verbot durch den Innenminister des Landes Brandenburg am 5. Mai 1995 war die "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF) die mitgliederstärkste und militanteste neonazistische Vereinigung in Brandenburg. Allerdings hatte sie schon vorher, spätestens seit der bundesweiten Durchsuchungsaktion bei Mitgliedern dieser Gruppierung am 20. Januar 1994, ein unauffälliges, konspiratives Verhalten eingeübt. Die einzelnen Untergruppen traten immer seltener an die Öffentlichkeit. Überdies agierten sie scheinbar autonom, wurden aber tatsächlich von einem engen Führungskreis gelenkt.

Nach dem Verbot gingen die Aktivitäten dieser Gruppierung weiter zurück. Aktionen in der Öffentlichkeit unterbleiben nun völlig. Zwar pflegen etliche Personen aus dieser verbotenen Vereinigung weiterhin den Zusammenhalt untereinander, auch um sich in ihrer neonazistischen Gesinnung zu bestärken, aber vor gemeinsamem politischem Handeln schrecken sie nunmehr zurück. Einzelne ehemalige Führungspersonen unterhalten Kontakte nicht nur zu den ehemaligen Mitgliedern der verbotenen JF in Brandenburg, sondern

auch zu entsprechenden Gruppierungen in anderen Bundesländern und zu Gesinnungskameraden im Ausland.

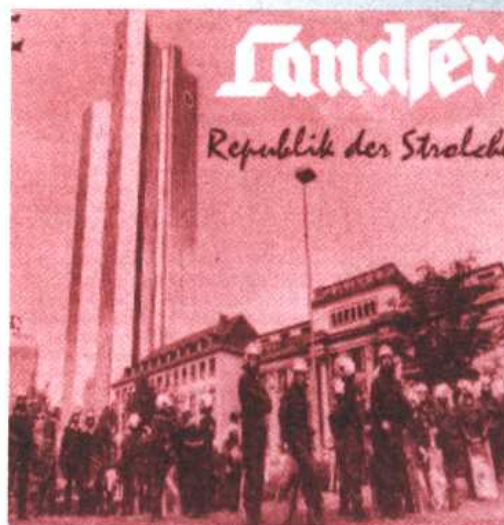
Einige Aktivisten aus dem Kreis der verbotenen JF haben sich darauf verlegt, CDs überwiegend mit Musiktiteln, die im rechtsextremistischen Skinhead-Spektrum geschätzt werden, herzustellen und zu vertreiben.

Im Februar 1996 wurde eine neue, illegal in Deutschland vertriebene, CD "Republik der Strolche" bekannt. Sie enthält Aufnahmen von Songs der Berliner Skinhead-Band "Landser". Deren Texte propagieren einen menschenverachtenden, militanten Rassismus und rufen zum Umsturz auf. Beispiele dafür:

"Die BRD ist ein Irrenhaus, und Bonn ist die Zentrale.
Wann bricht der Volksaufstand aus?
Deutsche, hört ihr nicht die Signale?"

"Ich hasse Kommunisten, ich hasse Kommunisten,
fahrt zur Hölle ihr verdammten Bolschewisten.
Die Parole heißt: Ein Herz für Rassisten."

"Afrika für Affen, Europa für Weiße.
Steckt die Affen in ein Boot und schickt sie auf die Reise.
Steckt die Affen in ein Klo und spült sie weg wie Scheiße."



Die Sicherheitsbehörden gewannen Informationen, die auf die Beteiligung von Personen aus der verbotenen JF beim Vertrieb dieser CD hindeuteten. Außerdem stellten sie fest, daß diese CD in Schweden produziert wurde.

Ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung wurde eingeleitet.

Am 16. März nahm die Polizei sieben Kuriere – darunter ein Bandmitglied – fest, die aus Schweden eine Lieferung von 2 000 CDs abgeholt hatten. Es schlossen sich 22 Wohnungsdurchsuchungen bei den Kurieren sowie Verteilern der CD und Bandmitgliedern in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Berlin an. Neben Propagandamaterial, Waffen, weiteren Exemplaren der "Landser"-CD und anderen CDs mit Skinhead-Musiktiteln volksverhetzenden Charakters konnten Unterlagen sichergestellt werden, die Rückschlüsse auf das Verteilernetz erlaubten.

*volksverhetzende
Musiktitel*

Der Prozeß gegen die Beschuldigten, die zum Teil in Untersuchungshaft saßen, ist demnächst zu erwarten.

Mit dieser Aktion gelang den Sicherheitsbehörden ein Schlag sowohl gegen die konspirativen Reststrukturen der JF als auch gegen die Verbreitung rechtsextremistischer Musiktitel.

Personen aus dem Kreise der verbotenen "Direkten Aktion/Mitteldeutschland" (JF) waren von Ende 1994/Anfang 1995 bis zum Herbst 1996 mit der nur einem geschlossenen Benutzerkreis zugänglichen Mailbox "SoRevo BBS" ("SoRevo" steht für "Sozial-Revolutionär", "BBS" für "Bulletin Board System") dem rechtsextremistischen "THULE-Netz" angeschlossen. Einzelne bei der Mailbox "SoRevo BBS" eingetragene User (Points) traten im "THULE-Netz" häufig mit eigenen Beiträgen hervor. So verbreitete ein führender Aktivist der verbotenen JF aus Brandenburg 1996 ein halbes Jahr lang seine nationalbolschewistischen Thesen. Er propagierte vor allem die Einheit von "Rechts" und "Links" im Kampf gegen den gemeinsamen Hauptfeind, die als "System" bezeichnete verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die Auffassung, daß man im revolutionären Kampf mit Linksextremisten zusammengehen müsse, wird nur von einem sehr kleinen Teil der Neonazis akzeptiert; auch die meisten Nutzer des "THULE-Netzes", die auf diese Vorstellungen eingingen, lehnten sie ab. Nur Spott hatten sie dafür übrig, daß der erwähnte User auch noch offizielle Texte der nationalkommunistischen Propaganda Nordkoreas ins Netz einspeiste.

Seit Mitte 1995 betreiben Aktivisten der verbotenen JF den Versand "G.A.G." in Frankfurt (Oder), der in neonazistischen Publikationen für sich wirbt. In seinen Verzeichnissen bietet er Spielfilme aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, Konzertvideos von Skinhead-Bands und Kopien verschiedener Schriften an, die klar die nationalbolschewistische Gesinnung dieses Personenkreises widerspiegeln.

In Brandenburg gehörten der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) bis zu deren Verbot durch den Bundesinnenminister am 24. Februar 1995 nur wenige Mitglieder an, die relativ selten Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen verstanden. Bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie dem Verteilen von Propagandamaterial, waren sie auf die Hilfe der Berliner FAP-Mitglieder angewiesen. Das Verbot der FAP ließ in Brandenburg ihre hier nur schwach entwickelten Strukturen zusammenfallen. Einzelne ehemalige Mitglieder und Anhänger der FAP fanden Anschluß an andere rechtsextremistische Organisationen oder Gruppen.

Gefangenenhilfsorganisationen

Die neonazistischen Gefangenenhilfsorganisationen sehen ihre Bestimmung darin, einerseits "nationale Gefangene" in der Haft materiell und ideell zu unterstützen und ihnen weiterhin den Kontakt zu ihren Gesinnungskameraden zu ermöglichen, andererseits sie nach der Haftentlassung wieder in die neonazistischen Strukturen einzugliedern. Dieser Vereinszweck verbindet Mitglieder aus verschiedenen, auch miteinander konkurrierenden oder rivalisierenden, neonazistischen Vereinigungen. Deshalb besitzen die Gefangenenhilfsorganisationen innerhalb des neonazistischen Spektrums eine gewisse integrative Funktion, obwohl sie keine Aktivitäten entfalten, die über die genannten selbstgestellten Ziele hinausgehen.

"Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V." (HNG)

Gründungsjahr:	1979
Sitz:	Frankfurt/Main
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	300
Brandenburg:	Einzelpersonen
Publikation:	"Nachrichten der HNG" (monatlich)



Die "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V." (HNG) ist nach den Verboten neonazistischer Vereinigungen in den letzten Jahren derzeit der mitgliederstärkste neonazistische Personenzusammenschluß. Allerdings gelang es der HNG bisher nicht, in den ostdeutschen Bundesländern stabile Strukturen aufzubauen. In Brandenburg läßt ihre Anziehungskraft seit 1994 kontinuierlich nach.

Organisiert wird die Gefangenenbetreuung mit Hilfe sogenannter "Gebietsbeauftragter". Ein solcher ist auch für Brandenburg tätig.

Die Monatsschrift der HNG veröffentlicht regelmäßig eine Liste mit den Namen inhaftierter Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, die Briefkontakt zu Gesinnungskameraden "draußen" wünschen. Diese "Gefangenenliste" verzeichnet auch inhaftierte Personen aus Brandenburg. Weiterhin enthält das Blatt neben den Mitteilungen des Vorstands Leserbriefe, Informationen über Prozesse und Rechtsfragen sowie Berichte zu aktuellen oder historischen Anlässen aus neonazistischer Sicht.

Gegründet wurde die HNG durch den Frankfurter Neonazi Henry BEIER. Seit März 1991 ist Ursula MÜLLER aus Mainz Vorsitzende der HNG.



“Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.“ (IHV)

Gründungsjahr:	1987
Sitz:	Ludwigshafen
in Brandenburg aktiv seit:	1992
Mitglieder	bundesweit : Einzelpersonen
	Brandenburg: Einzelpersonen
Publikation:	“IHV e.V. für Recht und Freiheit”

Das “Internationale Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.” (IHV) ist 1987 von Ernst TAG nach dessen Ausschluß aus der HNG als Konkurrenzorganisation gegründet worden. Sein Zweck ist der gleiche, den auch die HNG verfolgt. Allerdings konnte das IHV – im Gegensatz zur HNG – nie eine größere Zahl von Anhängern vereinigen; seine Bedeutung in der neonazistischen Szene blieb marginal.

Im Land Brandenburg gehören ihm seit jeher nur wenige Einzelpersonen an.

Nachdem Ernst TAG im Mai 1995 seinen Verzicht auf weitere rechtsextremistische Betätigung erklärt hatte, ist die Tätigkeit des IHV fast gänzlich zum Erliegen gekommen.

*

Unabhängig von den beiden genannten Gefangenenorganisationen haben inhaftierte Rechtsextremisten seit 1995 eigene Zusammenschlüsse aufzubauen begonnen.

Diese "Selbsthilfegruppen", die sich "Knast-" bzw. "Kerkerkameradschaften" nennen, kümmern sich darum, daß ihre Anhänger sich gegenseitig über den Stand des jeweiligen Strafverfahrens und die Haftbedingungen informieren und Verbindung zu den Kameraden nach "draußen" halten können. Vor allem aber erstreben sie, daß der "politische Kampf" auch im Gefängnis weitergeht. Indem sie die gegenseitige Hilfe der "nationalen Gefangenen" zum Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten machen, wollen sie die Konkurrenz zwischen HNG und IHV überwinden.

Auch in brandenburgischen Haftanstalten engagieren sich rechtsextremistische Gefangene in solchen "Knast-" oder "Kerkerkameradschaften". Einige von ihnen sind verantwortlich für die Schrift "Der weiße Wolf". Dieser "Rundbrief inhaftierter Kameraden der 'Justizvollzugsanstalt' Brandenburg" (so der Untertitel) enthält Texte, wie sie in der Neonazi- und der Skinhead-Szene geschätzt werden, so zum Beispiel Erinnerungen an Rudolf Heß oder Konzertberichte. Die abgedruckten Briefe aus Haftanstalten anderer Bundesländer belegen ebenso wie die Adressenlisten für Postkontakte, daß auch während der Verbüßung einer Haftstrafe Verbindungen zu Gleichgesinnten gesucht werden.

Im Rahmen der sogenannten "Nationalen Initiative 'Freiheit für Gottfried KÜSSEL'" hat der für sie mitverantwortliche Frank HÜBNER, ehemals Vorsitzender der verbotenen "Deutschen Alternative" (DA), zum 5. Todestag des bekannten Neonaziführers Michael KÜHNEN für eine Sondermarke geworben. Der Österreicher KÜSSEL, der sich selbst als "Nachfolger" KÜHNENs sah, war 1993 vom Landgericht Wien wegen Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinne zu zehn, im Revisionsverfahren zu elf Jahren Haft verurteilt worden.

"Selbsthilfegruppen"

*Rundbrief
"Der weiße Wolf"*

“Die Nationalen e.V.”

Gründungsjahr:	1991 (1992)
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Teil- und Nebenorganisation (Jugendorganisation):	“Jungnationale” (JNA), früher “Junges Nationales Spektrum” (JNS)
Mitglieder bundesweit:	150
Brandenburg:	110
für das Land Brandenburg relevante regionale Publikation:	“Berlin-Brandenburger Zeitung” (BBZ)

Die Nationalen

Landesverband Berlin-Brandenburg



“Die Nationalen e.V.” gingen aus der am 3. September 1991 gegründeten freien Wählergemeinschaft “Wir sind das Volk” (WSDV) hervor. In

ihr hatten sich Rechtsextremisten aus verschiedenen Organisationen zusammengeschlossen, um gemeinsam für die Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen 1992 zu kandidieren. Nach ihrem Scheitern wurde die Wählergemeinschaft in einen Verein mit Sitz in Berlin umgewandelt. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten verlagerte sich aber bald von Berlin nach Brandenburg; inzwischen verfügt er außerdem in allen weiteren ostdeutschen Bundesländern über Teilstrukturen oder sog. unabhängige Kameradschaften.

Seit Anfang 1993 hat der Berliner Neonazi Frank SCHWERDT den Vereinsvorsitz inne. Er wurde auf der Jahreshauptversammlung der “Nationalen” am 13. Dezember 1996 in Guben in seinem Amt bestätigt.

Seitdem "Die Nationalen e.V." ab 1994 über eine eigene Jugendorganisation verfügen, hat sich der Verein fast ausschließlich auf Jugendarbeit konzentriert.

Die Nationalen

Landesverband Berlin-Brandenburg



Ein führendes Mitglied der "Nationalen" bringt die weltanschauliche Motivation der verschiedenen jugendpolitischen Aktivitäten des Vereins in der "Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ) klar zum Ausdruck: "Inzwischen macht das Projekt nationale Jugendarbeit Schule. In vielen Städten gibt es mittlerweile ähnliche Bemühungen, rechte Jugendclubs und Anlaufpunkte einzurichten. Gerade im Bereich der Jugendarbeit gibt es für die 'Nationalen' ein breites Feld von Möglichkeiten, ihre Anschauungen in die Tat umzusetzen. Sei es das Organisieren von alternativen Freizeitangeboten wie Sportveranstaltungen, Turnieren, Liederabenden, Konzerten, Zeltlagern, Schiffsfahrten, der Aufbau von Jugendclubs oder die Unterstützung nationaler Musikgruppen." (Ausgabe Neujahr 1995/96).

Das Statut der Jugendorganisation "Junges Nationales Spektrum" (JNS) legte das Mitgliedsalter auf zwölf bis 21 Jahre fest; mit dem Erreichen der Volljährigkeit wurde man automatisch in die Mutterorganisation aufgenommen und folglich als Doppelmitglied geführt.

Eine Reihe von JNS-Mitgliedern trug uniformähnliche Kleidung: hellbraune Hemden, schwarze Binder, rote Armbinde mit weißem Kreis, darin in Schwarz die Aufschrift JNS. Das Emblem des JNS war – bis auf das Hakenkreuz, hier ersetzt durch den JNS-Schriftzug – identisch mit dem der "Hitlerjugend" (HJ). Aber auch die Ziele des JNS verstärkten den Verdacht, daß es sich insgeheim am Vorbild der HJ ausrichtete: Die "weltanschauliche Schulung" sollte vom "Volkstumsgedanken" bestimmt sein, "Wehrrertüchtigung" gehörte zum Programm; die Organisation beanspruchte, neben Elternhaus und Schule der dritte Erziehungsträger zu sein. Eine Teilgliederung nannte sich "JNS-Mädelbund".

*jugendpolitische
Aktivitäten*

Um einem JNS-Verbot zuvorzukommen, wurde auf der genannten Jahreshauptversammlung der “Nationalen” Ende 1996 der Name der Jugendorganisation in der Vereinssatzung geändert. Das frühere JNS heißt seither offiziell “Jungnationale” (JNA). Es wurde ein neuer Leiter für diese Organisation bestimmt. Ebenso wurden das Emblem ausgetauscht und die Uniformierung abgeschafft.

Als Schutzmaßnahme gegen ein mögliches Verbot der “Nationalen” selbst war die bereits Mitte 1995 beim Bundeswahlleiter erfolgte Registrierung als Partei gedacht. Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes zur später verbotenen “Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei” (FAP) vom 17. Februar 1995 hat aber klargestellt, daß nur solche Organisationen das Parteienprivileg genießen können, die bestimmten Anforderungen – wie etwa kontinuierliche Teilnahme an Wahlen – genügen. Die Absicht der “Nationalen”, zu der Berliner Abgeordnetenhauswahl 1995 mit einer offenen Liste teilzunehmen, scheiterte bereits daran, daß es ihnen nicht gelang, die erforderliche Zahl von Unterstützerunterschriften beizubringen.

Auch ansonsten beugt man für den Fall eines Vereinsverbots vor. Neben festen Mitgliedern hat der Verein viele Anhänger, die sich zwar in seinem Sinne engagieren, jedoch keinen Mitgliedsausweis besitzen und auch nicht zum Eintritt ermuntert werden. Ein Verbot könnte sie also nicht unmittelbar betreffen. Außerdem werden dem Verein nahestehende Strukturen aufgebaut, die jedoch nicht unter dem Vereinsnamen firmieren, sondern zumeist als unabhängige Kameradschaften auftreten. Im “THULE-Netz” wurde am 24. September 1996 diese Strategie wie folgt dargestellt: “Da der Verein ‘Die Nationalen’ keine Partei und auch keine ‘Sammlungsorganisation’ ist, sondern ein informelles Netzwerk verschiedener Kameradschaften, dominiert nicht der Verein irgendwelche Einzelkameradschaften, sondern umgekehrt.”

Die sog. unabhängigen Kameradschaften sind dadurch an den Mutterverein zuverlässig angebunden, daß die jeweiligen Kameradschaftsführer dem Vereinsvorstand angehören. Der Vereinsvorsitzende besucht im übrigen häufig lokale oder regionale Kameradschaftsabende. Sie verlaufen oft nach folgendem Schema: Der Vereinsvorsitzende SCHWERDT oder ein eingeladener Referent spricht zu einem historischen oder sozialpolitischen Thema, anschließend tritt ein “nationaler Liedermacher” mit seinen Darbietungen auf. Daneben hält SCHWERDT Seminare zum Nationalsozialismus ab und bietet Rhetorik- und Rechtsschulungen an. Bei letzteren werden Mitglieder und Anhänger darauf präpariert, wie sie sich gegenüber staatlichen Behörden verhalten sollen.

SCHWERDT wurde am 16. September von der Staatsschutzkammer des Landgerichts Berlin zu einem Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Volksverhetzung und anderer Straftaten verurteilt. Zur Last gelegt wurden ihm mehrere Ausgaben des vom "Völkischen Freundeskreis Berlin" herausgegebenen "Schulungsbriefes", in denen die "reine Lehre" des Nationalsozialismus gegen sozialrevolutionäre Abweichler verteidigt wird. Das entsprechende Verfahren gegen das Vorstandsmitglied der "Nationalen" Christian WENDT wurde abgetrennt, nachdem er während des laufenden Verfahrens untergetaucht war. Er konnte am 29. September 1996 von der Polizei in Potsdam festgenommen werden und wurde inzwischen vom Landgericht Berlin wegen Volksverhetzung und anderer Straftaten ebenfalls zu einem Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Beide Urteile sind nicht rechtskräftig. Auch der Vorsitzende des früheren JNS Udo HEMPEL, zugleich Vorstandsmitglied der "Nationalen", befand sich wegen Körperverletzung von August bis Dezember 1996 in Untersuchungshaft.

"Schulungsbriefe"

Obwohl wesentliche Führungspersonen der "Nationalen" somit mindestens zeitweise durch Strafverfahren oder Haft beansprucht waren, ist es dem Verein 1996 dennoch gelungen, insbesondere im nordwestlichen Brandenburg seine Strukturen und seinen Mitgliederbestand weiter ausbauen.

Einige der Untergliederungen des Vereins und auch die sog. unabhängigen Kameradschaften machten durch zahlreiche Aktivitäten auf sich aufmerksam. Mit der im April 1996 gegründeten "Kameradschaft Oberhavel" ist ein besonders aktiver Ableger des Vereins entstanden. Erwähnenswert sind daneben der Ortsverband Fürstental, der Kreisverband Elbe-Elster und der Ortsverband Guben (dieser weitgehend identisch mit dem zeitweise existierenden "Bund Gubener Jugend"). In Elsterwerda waren Mitglieder des Kreisverbandes 1996 an wiederholten Konflikten mit "Antifa"-Aktivisten beteiligt. Auch Mitglieder des Ortsverbandes Cottbus haben Gewalttaten gegen sog. "Zecken" und außerdem gegen Ausländer verübt. Diese und andere Vorfälle belegen, daß "Die Nationalen e.V." in die militante Jugendszene hineingewirkt haben. Andererseits gibt es Teilergliederungen der "Nationalen", die 1996 in Inaktivität verfielen.

*Kameradschaften
und Ortsverbände*

"Die Nationalen e.V." versuchen auch weiterhin, Initiativen wie den Aufbau einer Umweltgruppe, eine "nationale Projekt- und Ideenwerkstatt" und eine "Gefangenenhilfe der Nationalen e.V." am Leben zu erhalten. Wie sie mit scheinbar unverfänglichen Themen für sich werben, zeigt zum Beispiel die "Aktion Ampelbau" am 9. Februar in Cottbus: Vor einem Obdachlosenheim wurde eine

*“Schluß mit der
Befreiungslüge!”*

*“Rudolf-Heß-
Gedenkmonat”*

“spontane”, den Verkehr behindernde Demonstration veranstaltet und der Stadtverwaltung eine Unterschriftenliste “Sozial schwach – Jetzt auch noch Verkehrsofener!” mit der Forderung, eine Ampel zu errichten, überreicht.

Zum 51. Jahrestag des Kriegsendes hat die Redaktion der “Berlin-Brandenburger Zeitung” (BBZ) im “THULE-Netz” ein Flugblatt “Befreier foltern und morden nicht!” veröffentlicht. Unterzeichnet ist es von den “Nationalen” sowie einer Reihe ihnen nahestehender Kameradschaften, Initiativen und Vereine. Es polemisiert gegen das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal und gipfelt in der Forderung “Schluß mit der Befreiungslüge!”.

Höhepunkt der Aktivitäten der “Nationalen” im Jahr 1996 war der “Rudolf-Heß-Gedenkmonat” August. In Brandenburg wurden im Juli und August Aufkleber und Plakate mit dem Impressum “Die Nationalen e.V.” schwerpunktmäßig in Cottbus, Joachimsthal, Kyritz sowie in und um Brandenburg a. d. Havel festgestellt.

Für den 17. August meldete ein Vorstandmitglied der “Nationalen”, der zugleich Anführer der dem Verein nahestehenden “Kameradschaft Oberhavel” ist, eine Demonstration in Potsdam an, die angeblich an den Todestag des Preußenkönigs Friedrich der Große erinnern sollte. Der Vereinsvorsitzende wurde als Redner angekündigt. Tatsächlich war eine verkappte Gedenkveranstaltung für den als Märtyrer verehrten Rudolf Heß beabsichtigt. Die Demonstration wurde verboten und fand nicht statt.

Nachdem einige Vorstandmitglieder der “Nationalen” bereits am 3. August in Bad Harzburg an dem Versuch, einen Aufmarsch zu formieren, beteiligt waren, sind am 17. August Mitglieder des Ortsverbandes Fürstenwalde und der “Kameradschaft Oberhavel” anlässlich des zentralen “Rudolf-Heß-Gedenkmarfes” in Worms von der Polizei festgestellt worden. SCHWERDT hingegen lief mit einigen Anhängern auf dem Konkurrenzmarfes in Merseburg mit.

Tags zuvor ging drei Brandenburger Zeitungen eine sarkastisch formulierte “Presseerklärung” der “Kameradschaft Oberhavel” zu, in der dem Innenminister des Landes Brandenburg gedroht wurde, man wolle ihn bei seinem geplanten Besuch am 19. August in Hennigsdorf mit einem “Dankschreiben und einem Präsentkorb für seinen demokratischen Einsatz” begrüßen. Es sei nicht auszuschließen, daß dabei “dem Minister auch diverse Lebensmittel wie Eier und Tomaten aus einem eigens mitgebrachten Präsentkorb übergeben werden bzw. einige nationale Aktivisten sich per freundlichem Händedruck persönlich bei Alwin Ziel bedanken möchten” (Zitat

aus "THULE-Netz", BBZ-Redaktion vom 16. August). Störungen an diesem Tage unterblieben dann allerdings.

Zum Volkstrauertag am 17. November meldete der Vereinsvorsitzende eine bundesweite Gedenkveranstaltung mit erwarteten 1 000 Teilnehmern vor dem Soldatenfriedhof in Halbe an. Der zuständige Polizeipräsident verbot die Veranstaltung; der Antrag, die sofortige Vollziehung des Verbotes aufzuheben, wurde vom Verwaltungsgericht Potsdam und vom Obergerverwaltungsgericht Frankfurt (Oder) zurückgewiesen. SCHWERDT hielt sich an das Versammlungsverbot und nahm an einer kleineren Veranstaltung in Sachsen-Anhalt teil. In Brandenburg beabsichtigten mehrere Teilmgliederungen der "Nationalen" lokale Aufmärsche und "Heldenehrungen", so in Elsterwerda, Fürstenwalde und Guben. Die Polizei löste diese kleinen Ansammlungen aber rasch auf und nahm einige Personen fest. In Elsterwerda wurden in PKWs mehrerer Tatverdächtiger unter anderem Schreckschußwaffen, Messer, Holzknüppel und ein "Morgenstern" gefunden.

Am 13. Dezember trafen sich in Liebenwalde zu einem konspirativ vorbereiteten Konzert mit einem "nationalen Liedermacher" über 90 Personen, darunter SCHWERDT und eine Reihe von Mitgliedern und Anhängern der "Nationalen". Dem polizeilichen Platzverweis wurde überwiegend passiver Widerstand entgegengesetzt. Es wurden Handzettel gefunden, die zur Teilnahme an einer wenig später geplanten Wintersonnenwendfeier einluden, die jedoch nicht stattfand.

Seit 1992 erscheint in etwa zweimonatigem Abstand die von SCHWERDT herausgegebene Publikation "Berlin-Brandenburger Zeitung der nationalen Erneuerung" (BBZ) als Mitteilungsblatt für das gesamte rechtsextremistische Spektrum. Ihr leitender Redakteur ist der bereits erwähnte WENDT. Mit dieser Zeitung und ihren Ablegern soll das gesamte rechtsextremistische Spektrum erreicht und eine "nationale Gegenöffentlichkeit" zu den "Systemmedien" geschaffen werden.

Seit 1995 expandierte das Zeitungsprojekt. Im Oktober 1995 kamen "Junges Franken", die "Neue Thüringer Zeitung" und die "Süddeutsche Allgemeine" als Sonderausgaben hinzu, im Frühjahr 1996 die "Mitteldeutsche Rundschau" mit den Ausgaben Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt und die "Westdeutsche Volkszeitung". Alle diese Zeitungen sind im überregionalen Innenteil identisch. Die Außenteile sollen den konkreten Bezug zur jeweiligen Region herstellen.

*Aktivitäten zum
"Volkstrauertag"*

*neue
Zeitungsprojekte*

“nationaler
Medienverband”

Das sich selbst als “nationaler Medienverband” bezeichnende Zeitungsprojekt, das auf eine Gesamtauflagenstärke von etwa 30 000 Exemplaren (eigene Angabe: 80 000) kommt, wird von der Berliner Zentrale aus koordiniert. Der Redaktionsstab setzt sich aus Mitarbeitern zusammen, die den “Nationalen”, aber auch anderen rechtsextremistischen Organisationen angehören.



Die Texte in diesen Zeitungen sind, im Vergleich zu früheren Jahren, etwas zurückhaltender formuliert, lassen aber mindestens im Innenteil ihre rechtsextremistische Herkunft weiterhin deutlich erkennen.

In der BBZ, Ausgabe März/April 1996, definiert ein Neonazi: “Völker sind die größten organisch gewachsenen Gemeinschaften, deren Sprache, Gefühl, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik rassistisch, genetisch bedingt ist”.

In der gleichen Ausgabe heißt es unter der Schlagzeile “Juden planten Massenmord an Deutschen”: “Nach Angaben unterschiedlicher Presseorgane haben jüdische Gruppen nach Kriegsende in kaum bekannten Ausmaß die Ermordung von Millionen Deutschen geplant und ihre niedrigen Rachedgedanken zumindest in Ansätzen auch durchgeführt”.

In der Ausgabe Mai/Juni 1996 veröffentlichte die BBZ einen Artikel des ehemaligen Funktionärs der verbotenen "Nationalen Liste" (NL) Christian WORCH, der auch aus dem Gefängnis heraus als Wortführer der deutschen Neonazis agiert.

An Schlagzeilen der 1996 erschienenen Ausgaben der BBZ läßt sich der neue Kurs der Rechtsextremisten, verstärkt wirtschafts- und sozialpolitische Themen anzusprechen, gut ablesen: "Ausländische Billiglohnfirmen verdrängen deutsche Bauarbeiter", "Beschluß in Bonn: Der 'Sozialstaat' wird auf lange Sicht abgeschafft!", "Sozialabbau stoppen – Wohnraum und Arbeit zuerst für Deutsche!".

Da die BBZ und ihre Ableger immer noch nur einen relativ kleinen Abonnentenstamm besitzen und die meisten Zeitungsexemplare auf Straßen oder durch Einwurf in Briefkästen kostenlos verteilt werden, kann das Projekt nur durch Zuschüsse überleben. Führende Aktivisten der "Nationalen" möchten den Zeitungsverbund noch ausweiten und den Erscheinungsrhythmus der Blätter verkürzen. Daran sind sie allerdings unter anderem durch die erwähnten Strafverfahren bislang gehindert.

"Nationales Pressearchiv" (N.P.A.)

Seit 1993 betreibt ein junger Neonazi in Frankfurt (Oder) das "Nationale Pressearchiv" (N.P.A.). Seine Kontakte ermöglichen es ihm, Propagandamaterial und anderes Schriftgut von Organisationen und Gruppierungen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum zu sammeln; darüber hinaus erfaßt er Berichte aus der "Systempresse" über die "nationale Rechte" und Materialien der



Nationales Pressearchiv (N.P.A.)

"Antifa". Das N.P.A. stellt sich als "überparteiliche Einrichtung für ALLE nationalen Menschen" ("Nationaler Beobachter", Nr. 3 S. 4) dar; ihnen will es das gesammelte Schriftgut bereitstellen, damit eine Gegenöffentlichkeit im "nationalen" Sinne entstehen könne.

*“Nationaler
Beobachter”
als “Rundbrief
des Nationalen
Pressearchivs”*

*angebliche
Selbstaflösung*

Außerdem will es auf diese Weise die neonazistischen “Anti-Antifa”-Aktivitäten unterstützen.

Seit 1995 gibt das N.P.A. den “Nationalen Beobachter” als “Rundbrief des Nationalen Pressearchivs (N.P.A.)” heraus. Von ihm sind bisher einige Nummern erschienen. Seine Aufgabe soll es sein, “Informationen und Berichte aus aller Welt zu liefern und damit zur Vernetzung der nationalen Szene beizutragen” (Nr. 1 S. 2). Neben Darstellungen in eigener Sache enthalten die Rundbriefe Presseartikel, Texte von neonazistischen Vereinigungen und Personen, Informationen über neonazistische Publikationen, Vertriebe und Skin-Bands und Texte der “Anti-Antifa”-Kampagne.

Im Februar 1996 erklärte der Betreiber das “Nationale Pressearchiv” für aufgelöst. Er begründete diesen Schritt mit der finanziellen Situation des N.P.A. und dem ständigen Verfolgungsdruck des Staates. Mit dieser vorgeblichen Selbstaflösung wollte er aber nur die Öffentlichkeit und die Sicherheitsbehörden täuschen. Vom Frühjahr 1996 an warb das “Nationale Pressearchiv” wiederum in neonazistischen Medien für sich, im Sommer 1996 veröffentlichte es die 3. Nummer des “Nationalen Beobachters”. Ohne darin auf die angebliche Selbstaflösung einzugehen, spricht der Autor lediglich von einem “Umstrukturieren” des N.P.A. Seine Devise: “Wir rücken näher zusammen und finden neue und andere Wege des Widerstands. ... Der Kampf geht weiter!” (Nr. 3 S. 4).



“Nationaldemokratische Partei Deutschlands” (NPD)

Gründungsjahr:	1964
Sitz:	Stuttgart
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Nebenorganisation (Jugendorganisation):	“Junge Nationaldemokraten” (JN)
Mitglieder bundesweit :	3500
Brandenburg:	20
für das Land Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:	“Deutsche Stimme” “Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg”



Der gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg der “Nationaldemokratischen Partei Deutschlands” (NPD) besteht seit 1991. Seine brandenburgischen Mitglieder werden in nur sehr geringem Maße aktiv. Für 1996 ist lediglich erwähnenswert, daß einige von ihnen an den regelmäßig stattfindenden Treffen des Landesverbandes in Berlin und an Veranstaltungen der NPD auf Bundesebene teilnahmen.

Die Mitgliederzahl der NPD war auch 1996 bundesweit rückläufig. Ihre Führungskrise konnte die Partei auf ihrem außerordentlichen Bundesparteitag vom 23. bis 24. März 1996 in Bad Dürkheim mit der Wahl des bayerischen NPD-Landesvorsitzenden, Udo VOIGT, zum neuen Parteivorsitzenden zumindest vorerst beenden.

Der bisherige Vorsitzende Günter DECKERT verlor seinen Posten knapp an VOIGT und wurde zu dessen erstem Stellvertreter gewählt. DECKERTs Führungsstil war einer der Auslöser für die parteiinternen Konflikte gewesen. Seit November 1995 verbüßt DECKERT eine mehrjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß.

*rückläufige
Mitgliederzahlen*

Nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden gab VOIGT auf einer Pressekonferenz am 27. März 1996 in München die künftige politische Strategie der NPD bekannt:

- Zurückstellung der "Revisionismuskampagne" des bisherigen Bundesvorsitzenden DECKERT,
- Unterstützung der Bemühungen um die Einigung des "nationalen Lagers" in Deutschland ("Runde Tische"),
- Erarbeitung einer "nationaldemokratischen" Lösung der sozialen Probleme,
- Intensivierung der elektronischen Vernetzung und verstärkte Nutzung des Internets,
- verstärkte Aufmerksamkeit für die Arbeit der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN).



Die NPD agiert offen gegen die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik, beschwört eine – völkisch-kollektivistisch verstandene – "deutsche Volksgemeinschaft" und fordert ein Deutschland in den Grenzen von 1914. Dabei nimmt sie für sich in Anspruch, als einzige Partei eine "grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum" zu sein.

Der propagandistische Schwerpunkt der Nationaldemokraten hat sich 1996 tatsächlich weg von revisionistischen hin zu sozialen Inhalten verlagert. Vor allem in diesem Punkt ist die thematische Nähe zu den JN gewachsen. Mit dem Motto "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!"

werden zugleich Ressentiments gegen Ausländer geschürt. Die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer haben nach Meinung der NPD "weniger ihre Kultur als vielmehr ihre Konflikte und ihre Kriminalität mit eingeschleppt" ("Zündstoff", Heft 2/96 Seite 8).

Nationalistisch gefärbte soziale Forderungen prägten auch das Bild des "Deutschlandtreffens" der Nationaldemokraten am 3. Oktober 1996 in Bonn. Es war mit 130 Teilnehmern die größte Demonstration der Partei im vergangenen Jahr.

Die NPD trat 1996 nur bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und den Kommunalwahlen in Niedersachsen an. In Rheinland-Pfalz konnte sie lediglich 0,4 Prozent der Stimmen erreichen. In Niedersachsen (hier galt die 5-Prozent-Hürde nicht) verbuchte sie nur vereinzelt kleine Erfolge in Gemeinden, in denen sie im Bündnis mit anderen rechtsextremistischen Parteien antrat.



“Junge Nationaldemokraten” (JN)

Gründungsjahr:	1969
Sitz:	Bochum
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit :	über 150
Brandenburg:	Einzelpersonen

für das Land Brandenburg relevante

überregionale und regionale Publikationen: “Der Aktivist”
“Einheit und Kampf”
“JN-Intern”

Dem Landesverband Berlin-Brandenburg steht in der NPD-Zeitschrift “Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg” eine Seite, der “Denkzettel”, zur Verfügung.



Die “Jungen Nationaldemokraten” (JN), die Jugendorganisation der NPD, hat 1996, gemessen an ihrer Mitgliederzahl, bundesweit einen gewissen Aufwärtstrend erlebt.

Nachdem verschiedene neonazistische Vereinigungen verboten worden sind, ist die Attraktivität der JN für Personen aus diesem Spektrum gestiegen. Mittlerweile sind etliche Neonazis, zumeist frühere Mitglieder jetzt verbotener Organisationen, in die “Jungen Nationaldemokraten” aufgenommen worden; darüber hinaus haben die JN weitere Sympathisanten in diesem Personenkreis gewonnen. Dies erklärt auch, daß Veranstaltungen der JN 1996 stärker besucht waren.

Die JN betrachten sich als “nationale Gesinnungs- und Kampf-gemeinschaft”, die nicht Bestandteil des Systems sein will, sondern gegen das System kämpft. Als “nationalrevolutionäre Kader-organisation” stehen sie damit in fundamentaler Opposition zum demokratischen Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland.

In der den JN zuzurechnenden Publikation “Einheit und Kampf” äußerte sich der Bundesvorsitzende der JN Holger APFEL in einem Interview über Struktur, Ziele und Zukunft seiner Organisation. Die

*“national-
revolutionäre
Kader-
organisation”*

Chancen für eine baldige Überwindung des Systems seien wegen der steigenden Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und der damit verbundenen sozialen Probleme durchaus günstig: "Die Geschichte lehrt, daß in revolutionären Phasen jeweils die Kräfte den Neubeginn bestimmen, die den alten Vorstellungen am radikalsten entgegengetreten sind. In unserem Fall heißt dies antikapitalistisch, nationalrevolutionär. Unsere Grundsätze werden aber erst dann Anwendung finden, wenn wir es geschafft haben, zum Zeit-

punkt des Untergangs des BRD-Systems eine umfassend geschulte und gut organisierte Gemeinschaft herausgebildet zu haben, die am Tag X in der Lage ist, die Bevölkerung in unserem Sinne zu führen" (Nr. 15, Februar 1996, S. 11 f).

Inzwischen arbeiten die JN auch wieder enger mit ihrer Mutterpartei NPD zusammen (der JN-Vorsitzende APFEL ist zugleich Mitglied im Bundesvorstand der NPD). Die verstärkte Kooperation der JN mit Personen aus dem

neonazistischen Spektrum wird vom Bundesvorstand der NPD zumindest stillschweigend akzeptiert.

Den JN in Brandenburg gehören nur wenige Einzelmitglieder an, die sich auf die Region Frankfurt (Oder) konzentrieren. Diese entfalteten 1996 jedoch bemerkenswerte Aktivitäten, nicht nur in Brandenburg selbst. Auch hat sich der in Berlin lebende Andreas STORR, zuletzt stellvertretender Bundesvorsitzender der JN, mit seiner Anhängerschaft stärker in Brandenburg engagiert.

Die JN haben 1996 durch verschiedene Kundgebungen bundesweit auf sich aufmerksam gemacht. Eine davon war der von JN und NPD gemeinsam organisierte "Hans-Münstermann-Marsch" am 24. Februar in Aschaffenburg. Unter den etwa 100 Teilnehmern



befanden sich nicht nur JN- und NPD-Mitglieder, sondern auch Neonazis und Skinheads. Seit 1994 versuchen die JN den Tod des Hans Münstermann, der 1993 während einer Schlägerei von einem albanischen Staatsangehörigen in Notwehr erstochen wurde, propagandistisch auszuschlachten.

Zum 1. Mai organisierte STORR eine Demonstration in Berlin. Hier kamen etwa 300 Rechtsextremisten, auch Neonazis, zusammen, um gegen "System und Kapital" zu protestieren. Sie forderten unter anderem "Deutsche Arbeitsplätze nur für deutsche Arbeitnehmer".

Die JN veranstalteten ferner den "3. Europäischen Kongreß der Jugend" am 14. September in Groß Rosenburg bei Dessau. Er stand unter dem Motto "Europas Wiedergeburt durch den Befreiungsnationalismus der Völker". Unter den etwa 300 Teilnehmern befanden sich wiederum zahlreiche Neonazis, auch aus anderen europäischen Ländern.

Der JN-Landesverband Berlin-Brandenburg trat insbesondere anlässlich des "Rudolf -Heß-Gedenkmonats" im August hervor. Andreas STORR meldete zwölf Demonstrationen und einen Auto-korso in Brandenburg an. Sämtliche Veranstaltungen wurden verboten.

Ungeachtet dessen veranstalteten JN-Mitglieder und -Sympathisanten, hauptsächlich aus Berlin, am 10. August in Fürstenwalde unangemeldet einen Autokorso. Am 25. August warfen JN-Aktivisten aus Berlin 200 Flugblätter, die den Todestag von Rudolf Heß thematisierten, vom Oderturm in Frankfurt. Mitglieder der JN auch aus Brandenburg wurden am 3. August in Bad Harzburg als Teilnehmer einer nicht angemeldeten JN-Kundgebung zum Gedenken an Rudolf Heß festgestellt.

Am 23. November fand unter den Losungen "Gegen linke Gewalt" und "Für die Meinungsfreiheit nationaler Bürger" eine Demonstration des JN-Landesverbandes Berlin-Brandenburg in Berlin-Köpenick mit etwa 100 Teilnehmern statt. Im Herbst 1996 brachte der Landesverband Berlin-Brandenburg der JN zum ersten Mal ein eigenes Mitteilungsblatt, genannt "JN-Intern", heraus. Dieses Blatt enthielt unter anderem eine Anzeige des G.A.G.-Versands (s. dazu S. 48). Außerdem wurde über Kontakte zur neonazistischen "Kameradschaft Marzahn" aus Berlin berichtet.

Seit Dezember 1996 betreibt Andreas STORR in Berlin ein "Nationales Info-Telefon für Berlin und Brandenburg".



**Arbeit zuerst für
DEUTSCHE**





“Deutsche Volksunion” (DVU)

Gründungsjahr:	1987
Sitz:	München
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	15.000
Brandenburg:	40
überregionale Publikationen:	“Deutsche Wochen-Zeitung/ Deutscher Anzeiger” “Deutsche Zeitung”

Die “Deutsche Volksunion” (DVU) verpaßte bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 23. März 1996 den Wiedereinzug in den Landtag. Sie erhielt trotz des üppigen, vom Bundesvorsitzenden der Partei Dr. Gerhard FREY zur Verfügung gestellten Wahlkampf-budgets nur 4,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. 1992 hatte sie noch 6,3 Prozent erreicht. Damit ist sie in keinem Landesparlament in Deutschland mehr vertreten. Diese Entwicklung bestätigt den bundesweiten Abwärtstrend der DVU.

Im März 1987 hatte FREY, unter Einbeziehung des seit 1971 bestehenden “überparteilichen” Vereins “Deutsche Volksunion e.V.”, die DVU als Wahlpartei gegründet. Damit wollte er die Spaltung der “nationalen Kräfte” überwinden. Zeitweise war die DVU die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik. Allerdings hat sie seit 1993 fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren.

Auf Grund seiner einträglichen Tätigkeit als Verleger verfügt der Bundesvorsitzende über genügend Geldmittel, um die Politik-inhalte, die Personalfragen und das Finanzleben der DVU nach Belieben bestimmen zu können. Diese Dominanz FREYs stößt bei Mitgliedern der DVU immer wieder auf Kritik, da sie ihre “politi-sche” Funktion auf die Abnahme der von ihm herausgegebenen Publikationen beschränkt sehen.

Die von FREY publizierten Wochenzeitungen “Deutsche National-Zeitung” (DNZ) und “Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzei-

*bundesweiter
Abwärtstrend*

ger" (DWZ/DA) sowie die von ihm verbreiteten Rundbriefe geben über die Ziele, Planungen und Aktivitäten der DVU und ihres Bundesvorsitzenden Auskunft.

Den Lesern dieser Publikationen wird regelmäßig versprochen, daß sie die wahren Hintergründe der Geschehnisse erfahren, "von denen der Durchschnittsbürger nicht einmal ahnt". Tatsächlich schürt die DVU in diesen Zeitungen Ressentiments gegen Ausländer. Tendenziöse Artikel sollen den Eindruck erwecken, daß in Deutschland lebende Ausländer generell eine Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik darstellten.

FREYs Publikationen zielen des weiteren darauf ab, das deutsche Geschichtsbild zu revidieren und nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren. Diese werden permanent gegen von anderen Völkern begangenes Unrecht aufgerechnet. Litaneiartig wird wiederholt, die Deutschen seien seit der Niederlage im 2. Weltkrieg fremdbestimmt. In dieser Behauptung schwingen unverkennbar antiamerikanische und antisemitische Ressentiments mit. Sie verbindet sich mit dem Lamento über den angeblichen Verlust der deutschen Identität durch "Umerziehung".

Mit Schlagzeilen wie "Starben 7 Millionen Juden? 7 Millionen Juden? – Wie Holocaust-Zahlen erfunden werden" (DNZ, Nr. 50/96 S. 1) wird der Völkermord an

den europäischen Juden während des "Dritten Reiches" in Frage gestellt; sie belegen zugleich den unterschweligen Antisemitismus, der diese Publikationen durchzieht.

Von ihrem völkisch-nationalistischen Grundverständnis her agitiert die DVU auch gegen die europäische Einigung, insbesondere gegen den Vertrag von Maastricht. Mit populistischen Parolen soll ein Ausverkauf deutscher Interessen suggeriert werden.

Auch 1996 hat sich die DVU in Brandenburg kaum bemerkbar gemacht. Der 1995 erfolgte Zusammenschluß der beiden Landesverbände Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Landesverband hat der Partei also nicht die gewünschten Impulse vermittelt. Die wenigen DVU-Mitglieder in Brandenburg konnten offenbar auch durch die Fusion nicht stärker an die Partei gebunden werden.

"Deutsche National-Zeitung"

"Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger"





Gründungsjahr:	1991
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1992
Mitglieder bundesweit :	unter 900
Brandenburg:	60
für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Nation & Europa – Deutsche Rundschau” (der DLVH nahestehend)

Die nationalistische und ausländerfeindliche Haltung der “Deutschen Liga für Volk und Heimat” (DLVH) wird in ihrem jüngsten Manifest mit dem Schlagwort der “nationalen Präferenz” markiert. Gemeint ist der gesetzlich garantierte Vorzug von Deutschen bei der Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, von Wohnraum und bei der Alters- und Krankenversorgung. Die DLVH begibt sich damit in den aktuellen Trend rechtsextremistischer Propaganda, verstärkt wirtschaftliche und soziale Probleme aufzugreifen.

Sie ist ab sofort lieferbar:

Die DLVH-Wanduhr



Mit einem herrlichen Motiv:



ausländer-
feindliche
Hetze

Auch die der DLVH nahestehende Monatszeitschrift "Nation & Europa", eines der wichtigsten Theorieorgane der "Neuen Rechten" (s. dazu S. 26 f), hat sich 1996 dieser Thematik angenommen. Exemplarisch sei Harald NEUBAUER, einer der drei Bundesvorstandssprecher der DLVH, zitiert. Er schreibt: "Schon jetzt leben in Deutschland mehr Ausländer, als wir Arbeitslose haben. Ihr Anteil an der Erwerbslosigkeit ist weit überproportional. Für jeden Arbeitsplatz, der neu entsteht, warten diesseits und jenseits der Grenzen bereits so viele Ausländer, daß es für die Bonner Politik in der gegenwärtigen Lage nur ein Ziel geben dürfte: Vorrang zu gewährleisten für Deutsche in Deutschland" (Nr. 3/96 S. 17).

Die DLVH war am 3. Oktober 1991 als „Sammlungsbewegung“ mit dem Ziel gegründet worden, die "Zersplitterung der rechten Kräfte" zu überwinden. Entgegen ihrer Intention aber bestätigte sie nur die fortdauernden Spaltungstendenzen im rechtsextremistischen Parteienspektrum. Die DLVH war seit Anbeginn die kleinste der vier nennenswerten rechtsextremistischen Parteien in Deutschland mit zuletzt unter 900 Mitgliedern.

Die DLVH schottete sich nicht gegenüber Mitgliedern anderer rechtsextremistischer Organisationen ab. Vorübergehend fanden dort sogar ehemalige Funktionäre und Mitglieder verbotener neonazistischer Vereinigungen eine neue politische Basis. Immer wieder startete die DLVH Bündnisinitiativen und lud Vertreter und Mitglieder anderer rechtsextremistischer Organisationen zu "Runden Tischen" ein. Doch der erhoffte Erfolg blieb aus. Zumal "Die Republikaner" verfolgten weiter ihren Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien, den sie durch ihren Wiedereinzug in den baden-württembergischen Landtag bestätigt sehen. Die DLVH konnte ihre Landtagsmandate in Schleswig-Holstein, die ihr allerdings nur durch den mehrfachen Parteibuchwechsel einiger Landtagsabgeordneter der "Deutschen Volksunion" (DVU) zugefallen waren, bei der Landtagswahl am 24. März 1996 nicht halten und erlebte mit nur 0,2 Prozent ein Wahldebakel.

Das Scheitern ihrer Bündnisbestrebungen, die Erfolglosigkeit bei Wahlen und der Ausfall der Wahlkampfkostenerstattungen überzeugte auf dem letzten Bundesparteitag am 18. Oktober 1996 in Pfofeld (Baden-Württemberg) eine Zweidrittelmehrheit davon, daß die DLVH als Partei obsolet geworden ist. Unter tumultartigen Umständen löste sich die DLVH als Partei auf. Sie besteht nunmehr nur noch als Verein fort.

Ihre vermeintlich uneigennützig Selbstliquidierung als Partei stellt die DLVH als leuchtendes Vorbild für die Überwindung von

*gegründet als
„Sammlungsbewegung“*

Wahldebakel

*Selbstliquidierung
als Partei*

Gruppenegoismen im rechtsextremistischen Spektrum dar. Sie verspricht sich von ihrer Metamorphose höhere Glaubwürdigkeit, größere Kooperationsbereitschaft seitens der rechtsextremistischen Wahlparteien und neuen Schwung bei ihren Sammlungsbemühungen, nicht zuletzt, weil sie nun keine Wahlkonkurrenz mehr darstellt, wohl aber Wahlkampfhilfe anzubieten hat.

Der gemeinsame DLVH-Landesverband Berlin-Brandenburg hat sich der Selbstaufgabe der Partei nicht entgegengestellt. Er setzte seine Aktivitäten wie gewohnt fort. Neben den bereits seit längerem bestehenden Teilstrukturen in Schwedt und Fürstenwalde gibt es seit Ende 1996 auch in Eberswalde einen Ortsverband. Die Mitgliederzahlen in Brandenburg sind leicht gestiegen. Von den etwa 60 DLVH-Mitgliedern ist jedoch nur gut ein Dutzend politisch aktiv.

Einige brandenburgische DLVH-Mitglieder leisteten dem Landesverband Schleswig-Holstein Wahlkampfhilfe.

Die Kooperationsbereitschaft der DLVH in Brandenburg kennt gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen kaum irgendwelche Grenzen. Mit den "Republikanern" und der NPD sucht sie eine Zusammenarbeit im Rahmen ihrer "Initiative Pro Deutschland", die sich bisher jedoch in der Herausgabe eines Flugblattes erschöpfte. Zusammen mit dem neonazistischen Verein "Die Nationalen e.V." unternahm der Landesverband, wie bereits im Jahr zuvor, am 15. Juni auf dem Unteruckersee einen Dampferausflug, an dem sich auch unorganisierte Randalierer in größerer Zahl beteiligten.

“Die Republikaner” (REP)

Gründungsjahr:	1983
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit :	15.000
Brandenburg :	350
Teil- und Nebenorganisationen:	“Arbeitskreise Republikanischer Jugend” “Republikanischer Bund der Frauen” “Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten”
für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Der Republikaner”



Vor allem der Wahlerfolg der “Republikaner” (REP) am 23. März 1996 in Baden-Württemberg – dort zogen sie mit 9,1 Prozent wieder in das Landesparlament ein – trug zur Konsolidierung der Gesamtpartei und zur Stärkung der Position des Bundesvorsitzenden Dr. Rolf SCHLIERER bei. Gegenüber 1992 verloren die REP zwar 1,8 Prozent der Stimmen. Allgemein hatte man aber weit höhere Verluste erwartet, zumal sie nur zwei Wochen zuvor bei der Kommunalwahl in Bayern eine schwere Wahlniederlage hatten hinnehmen müssen: Dort verloren sie rund zwei Drittel ihres bei der letzten Kommunalwahl 1990 erzielten Stimmenanteils.

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, die ebenfalls am 23. März stattfand, sowie die Kommunalwahl in Niedersachsen am 15. September verliefen für die REP allenfalls zufriedenstellend. Der Einzug ins Landesparlament von Rheinland-Pfalz gelang mit 3,5 Prozent zwar wieder nicht, gegenüber der Landtagswahl von 1991 wuchs der Stimmenanteil der Partei aber um 1,5 Prozent. In Niedersachsen konnten die “Republikaner” im Durchschnitt zwar

Wahlergebnisse

nur 1,0 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen, sie errangen aber, da keine Sperrklausel galt, in mehreren Kommunen Mandate.

SCHLIERER – er wurde auf dem Bundesparteitag der REP vom 4. bis 6. Oktober 1996 in Hannover in seinem Amt bestätigt – war 1994 als Bundesvorsitzender mit der erklärten Absicht angetreten, die “Republikaner” als Wahlpartei rechts von der “politischen Mitte” zu etablieren. Deshalb wird von den REP offen rechtsextremistische Agitation zunehmend vermieden.

Gleichwohl haben Mitglieder der REP auf Bundes- wie auf Landesebene auch 1996 eindeutig rechtsextremistische Äußerungen fallen lassen. Die Kontinuität der parteispezifischen Themen und Argumentationsschemata blieb ebenfalls ungebrochen: Polemik gegen das angebliche Versagen der parlamentarischen Demokratie, Beschwörung der völkischen Kollektivgemeinschaft, Stigmatisierung von Asylbewerbern und Einwanderern als Urheber aller sozialen Probleme in der Bundesrepublik, Ablehnung der europäischen Einigung aus nationalistischen Motiven.

Der sich moderat gebende Kurs des Bundesvorsitzenden ist innerhalb der REP nicht unumstritten. Viele Parteimitglieder, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, befürworten eine stramm rechtsextremistische Ausrichtung der Partei. Sie orientieren sich dabei an dem inzwischen aus der Partei ausgetretenen ehemaligen Bundesvorsitzenden und Parteimitbegründer Franz SCHÖNHUBER, der diese Linie seinerzeit mindestens unterschwellig vorgab, sie jetzt aber, als unabhängiger Publizist, offen propagiert.

Zentraler Streitpunkt ist die Kooperation mit anderen rechtsextremistischen Parteien. SCHLIERER lehnt sie mit Verweis auf den “Unvereinbarkeitsbeschuß” des Ruhstorfer Bundesparteitages von 1990 ab. Aber es kommt immer wieder vor, daß selbst Personen aus der Parteiführung gegen den “Unvereinbarkeitsbeschuß” verstoßen.

Der schwache Landesverband Brandenburg der “Republikaner” arrangierte sich mit SCHLIERER. Er steht allerdings nicht eindeutig hinter dessen Abgrenzungskurs, sondern sieht in dem Richtungsstreit innerhalb der Partei ein schädliches Intrigenspiel westdeutscher Parteifunktionäre, das insbesondere der politischen Arbeit in den ostdeutschen Landesverbänden abträglich sei.

Auch 1996 entfaltete der Landesverband Brandenburg der “Republikaner” nur geringe Aktivitäten. Die Zahl der Mitglieder des in Kreis- und Ortsverbände gegliederten Landesverbandes liegt

inzwischen noch bei etwa 350. Nur wenige von ihnen beteiligten sich aktiv an der Parteiarbeit; weiterhin gehören die meisten Mitglieder dem Landesverband nur nominell an.

Eine Ausnahme bildet der neu aufgebaute Kreisverband Cottbus. Er gab erstmals ein eigenes Mitteilungsblatt, den "Cottbuser Anzeiger", heraus. In dieser Publikation werden Staat und Nation als völkisch-kollektivistische Gemeinschaft beschrieben. Die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft sei durch Abstammung vorgegeben.

Cottbuser Anzeiger

Offizielles Organ des Kreisverbandes Cottbus der REPUBLIKANER

August 1996

Hingegen kam die Parteiarbeit in Königs Wusterhausen zum Erliegen.

"Die Republikaner" scheinen in Brandenburg auch weiterhin Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Parteien zu pflegen. So enthielt ein Flugblatt "Initiative Pro Deutschland", das von dem Landesverband Brandenburg der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) herausgegeben wurde, auch eine Kontaktadresse der REP.

Die Aktivitäten der "Republikaner" im Land Brandenburg sind auch 1996 als rechtsextremistisch zu bewerten, wenn auch nicht jedem einzelnen Mitglied eine rechtsextremistische Haltung unterstellt werden kann.

Laut Satzung der REP sind auf jeder Parteebene weisungsgebundene "Arbeitskreise Republikanischer Jugend" (RJ) für Mitglieder im Alter zwischen 18 und 30 Jahren zu bilden. Im Jahre 1996 wurden die Bemühungen um ihren Aufbau zwar verstärkt, im gesamten Bundesgebiet gehen sie aber nur langsam voran. Seit 1996 besteht der auf Bundesebene agierende "Republikanische Bund der Frauen" (RBF), der sich vor allem mit familienpolitischen Themen befassen soll. Der "Republikanische Bund der öffentlichen Bediensteten" (RepBB) wurde 1993 gegründet. Seine politischen Ziele unterscheiden sich nicht von denen der "Republikaner". In Brandenburg sind alle diese Nebenorganisationen der REP bisher nicht hervorgetreten.

*"Arbeitskreise
Republikanischer
Jugend"*

*"Republikanischer
Bund
der Frauen"*

*"Republikanischer
Bund der
öffentlichen
Bediensteten"*

Nutzung moderner Kommunikationstechniken durch Rechtsextremisten im Land Brandenburg

Die Anwendung der neuen Kommunikationstechniken – Mobiltelefone, Mailboxen, Computer-Netze usw. – wurde in den letzten Jahren auch für die brandenburgischen Rechtsextremisten eine Selbstverständlichkeit; sie werden von den einzelnen Gruppierungen allerdings mit unterschiedlicher Intensität genutzt.

Personen aus dem Kreise der verbotenen “Direkten Aktion/Mitteldeutschland” (JF) diskutierten im “THULE-Netz” mit anderen Neonazis (s. dazu S. 48). Ebenfalls ins “THULE-Netz” werden einzelne Beiträge der “Berlin-Brandenburger Zeitung” (BBZ) eingestellt. Hingegen konnte das im Sommer 1996 verkündete Vorhaben, Internet-Ausgaben der im “nationalen Medienverbund” um die BBZ erscheinenden Zeitungen anzubieten, nicht verwirklicht werden.

Im Land Brandenburg wurde bisher kein “Nationales Info-Telefon” eingerichtet, obwohl das vom Juni 1994 bis März 1996 von Ulli BOLDT betriebene “Nationale Info-Telefon Berlin” im Juli 1994 entsprechende Vorbereitungen vermeldet hatte. Mitte Dezember 1996 nahm aber in Berlin der JN-Aktivist Andreas STORR den Betrieb eines “Nationalen Info-Telefons für Berlin und Brandenburg” auf, das sich selbst als “Stimme der nationalen Opposition” bezeichnet. STORR betrachtet demnach die Region Berlin-Brandenburg als eine Einheit und will offenbar gezielter, als es mit den Ansagetexten von Info-Telefonen aus anderen Regionen Deutschlands möglich ist, die Rechtsextremisten in Brandenburg ansprechen. Die bisherigen Ansagen bestätigen das. Denn inzwischen werden nicht mehr nur Ansagen vom “NIT Schleswig-Holstein” bzw. “NIT Hamburg” übernommen, sondern auch Themen aus Berlin und Brandenburg behandelt.

Auch bei brandenburgischen Rechtsextremisten sind Mobiltelefone in Gebrauch. Zum Beispiel rüstete die Vereinigung “Die Nationalen e.V.” einige Anführer ihrer Kreis- und Ortsverbände sowie die von unabhängigen Kameradschaften mit Mobiltelefonen aus.

Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten

Deutsche Rechtsextremisten pflegen Kontakte zu ausländischen Kameraden und reisen zu entsprechenden internationalen Treffen, weil sie die Kooperation mit Gleichgesinnten suchen, das gesammelte Gewicht mindestens des europäischen Rechtsextremismus demonstrieren wollen, aber auch sich davon eine Aufwertung ihres

*“Nationales
Info-Telefon
für Berlin und
Brandenburg”*

*internationale
Treffen*

persönlichen Renommees versprechen. Wie auf nationaler, so kommt es aber auch auf internationaler Ebene häufig zu Meinungsverschiedenheiten und Zerwürfnissen zwischen verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen. Auch die starke nationalistische Orientierung vieler Neonazis steht dauerhaften internationalen Bündnissen oft im Wege.

Am 25. August 1996 reisten etwa 150 deutsche Rechtsextremisten zur jährlichen "Ijzerbedevaart" ins belgische Diksmuide. Seit 1927 treffen sich dort flämische Nationalisten, um der im 1. Weltkrieg gefallenen Flamen zu gedenken. Traditionell nehmen Rechtsextremisten aus Belgien und aus dem Ausland an diesem Aufmarsch teil. Aus Deutschland kamen 1996 ehemalige Angehörige der verbotenen FAP sowie Mitglieder der JN und Skinheads. Die Anzahl der deutschen Rechtsextremisten war im Vergleich zum Vorjahr allerdings um die Hälfte gesunken. 43 der deutschen Teilnehmer wurden vorläufig festgenommen, unter anderem wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Verwendung verbotener Kennzeichen.

Vom 22. bis 24. November richteten spanische Rechtsextremisten in Madrid die diesjährigen Feierlichkeiten zu den Todestagen von General Francisco Franco und José Antonio Primo de Rivera aus. Anwesend waren auch 50 Personen aus Deutschland. 1995 hatten noch 200 deutsche Rechtsextremisten an den Gedenkfeiern teilgenommen. Drei Skinheads aus der Bundesrepublik wurden von der spanischen Polizei festgenommen, nachdem sie gemeinsam mit britischen Gesinnungskameraden einen Mann aus Guinea zusammengeschlagen hatten.

In Deutschland versuchen die "Jungen Nationaldemokraten" mit dem von ihnen ausgerichteten "Europäischen Jugendkongreß, der am 14. September in Groß Rosenburg bei Dessau zum dritten Mal stattfand, ein Forum für den Meinungsaustausch europäischer Rechtsextremisten zu etablieren.

Eine ähnliche Funktion wie die internationalen Großveranstaltungen erfüllen auch die Solidaritätsadressen für inhaftierte Kameraden im Ausland und Initiativen für ihre Freilassung. So veröffentlicht die "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) in ihren Gefangenenlisten schon seit Jahren die Adressen auch ausländischer Rechtsextremisten, verbunden mit Solidaritätsappellen.

Vom 9. Mai bis zur Urteilsverkündung am 22. August 1996 stand Gary Rex LAUCK, der sich selbst als "Propagandaleiter" der

*internationale
Groß-
veranstaltungen*

*Solidaritäts-
adressen
für inhaftierte
Kameraden*

“Nationalsozialistische Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation”

“Nationalsozialistischen Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation” (NSDAP/AO) bezeichnet, in Hamburg vor Gericht. Er wurde wegen zahlreicher Propagandadelikte zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt; das Urteil ist inzwischen rechtskräftig.

Sowohl beim Prozeßauftakt als auch später kam es kaum zu Solidaritätskundgebungen für ihn. Auch Aufrufe der NSDAP/AO über das Internet sowie eine Sonderausgabe ihrer Publikation “NS-Kampfruf” blieben wirkungslos. Die Sonderausgabe war übertitelt mit der Schlagzeile “Am 9. Mai in Hamburg Gerhard LAUCK vor Sondergericht! Das Maß ist voll – Wir schlagen zurück.” Der Auf-



NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION

Nummer 116

März/April 1996 (107)



FREIHEIT
für Gerhard
LAUCK

NSDAP/AO: Box 6414
Lincoln, NE 68506 USA

ruf erfolgte durch einen “Koordinierungsausschuß Europa der NSDAP/AO” (Nr. 116 - Sonderausgabe S. 1 f).

Offenkundig besaß LAUCK nie die Schlüsselrolle für den deutschen Neonazismus, die ihm bisweilen zugeschrieben wurde. Seine politischen Ideen – er propagiert unverhohlen eine Restauration des NS-Regimes, wenn nötig auch mit Waffengewalt – stießen in der neonazistischen Szene der Bundesrepublik auf wenig Resonanz.

Der von ihm früher herausgegebene “NS-Kampfruf”, die deutsche Version der NSDAP/AO-Publikation “The New Order”, fand allerdings nicht wenige Abnehmer auch in Deutschland.

Über seine “Auslandszentrale” in Lincoln/Nebraska schmuggelte LAUCK seit Jahren größere Mengen dieser Hetzschrift und weiteren neonazistischen Propagandamaterials auch in die Bundesrepublik. Die Bezieher erhielten das in den USA legal hergestellte NSDAP/AO-Propagandamaterial konspirativ, mit Hilfe von Tarnabsendern, und verteilten es an Interessenten im Bundesgebiet weiter.

Die NSDAP/AO in Deutschland war im wesentlichen mit diesem konspirativen Verteilernetz identisch. Eine eigene Organisationsstruktur bildeten die Verteiler und Leser dieser Hetzschrift nicht.

Seit der Verhaftung LAUCKs und einer von der Staatsanwaltschaft Hamburg veranlaßten bundesweiten Durchsuchungaktion bei Beziehern des oben genannten Propagandamaterials im März 1995 haben die verbliebenen NSDAP/AO-Aktivisten in den USA und anderswo erkennbar Schwierigkeiten, ihr Verteilernetz zu reorganisieren. Seither tauchte sowohl im Bundesgebiet insgesamt als auch im Land Brandenburg nur noch vereinzelt dieses Material auf. Um die logistischen Probleme bei der Verbreitung ihrer Propaganda zu überwinden, bedient sich die NSDAP/AO zunehmend des Internets.

Hier verbotenes Propagandamaterial oder einschlägige CDs lassen deutsche Rechtsextremisten häufiger im benachbarten Ausland herstellen und vertreiben es dann auf konspirativem Wege in Deutschland. In Brandenburg waren im vergangenen Jahr Personen aus der verbotenen "Direkten Aktion/Mitteldeutschland" (JF) an einer solchen Transaktion beteiligt (s. dazu S. 47).

Innerhalb der neonazistischen Szene ist es umstritten, ob man größere Veranstaltungen aus der Bundesrepublik ins Ausland verlegen sollte, um sie dem Zugriff der deutschen Sicherheitsbehörden zu entziehen – manche sehen darin eine Kapitulation vor dem "Feind". An der Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung am 17. August im schwedischen Trollhättan waren unter den 300 Teilnehmern auch 50 aus Deutschland. Diese Veranstaltung wurde jedoch von vielen deutschen Neonazis als für sie nicht akzeptable Alternative zu einem "Rudolf Heß-Gedenkmarsch" in Deutschland betrachtet.

Auch Rechtsextremisten, die im Rahmen der Revisionismus-Kampagne die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen oder leugnen, haben sich 1996 im Internet zu Wort gemeldet und dort ihre Pamphlete vorgestellt. Die meisten revisionistischen Schriften werden von ausländischen oder im Ausland lebenden Rechtsextremisten verfaßt und publiziert. In der Bundesrepublik ist ihre Verbreitung verboten. Einer der international bekanntesten Revisionisten ist der in Kanada lebende deutschstämmige Rechtsextremist Ernst ZÜNDEL. Er verfügt inzwischen über eine eigene Seite im Internet, die er vor allem zur Leugnung des Holocausts nutzt.

Die Skinheadbewegung in Deutschland stand von Anfang an unter dem Einfluß ausländischer Vorbilder. Da ihre Wurzeln in Großbritannien liegen, ist es nicht verwunderlich, daß Kultbands von dort

*Propaganda-
material
aus dem
Ausland*

*Rechtsextremisten
im Internet*

bis heute besonders verehrt werden. Rechtsextremistische Skinheads sind zudem, im Gegensatz zu vielen Neonazis, zwar rassistisch, aber nicht nationalistisch eingestellt, so daß einer internationalen Kooperation kaum ideologische Barrieren entgegenstehen. Deutsche Skinhead-Aktivisten (Bandmitglieder, Konzertorganisatoren, Herausgeber von Fanzines) pflegen intensiven Kontakt zu Gesinnungsgenossen in West- und Osteuropa. Viele Skinheads nutzen die Möglichkeit, einschlägige Konzerte im benachbarten Ausland zu besuchen.

Ausblick

Trotz aller Bemühungen und Appelle können gerade in einer offenen Gesellschaft auch schwere Gewaltverbrechen nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Um die in der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene vorhandene Militanz jedoch einzudämmen, wird das Land Brandenburg das Bündel seiner präventiven und repressiven Maßnahmen 1997 noch einmal erweitern. So wird die Einrichtung eines "Landespräventionsrates" vorbereitet, der auch neue Initiativen gegen die Gewalt von Rechtsextremisten anstoßen soll.

Die Ursachen der Gewalt, gerade auch der rechtsextremistisch motivierten, kann der Staat allein nicht an der Wurzel packen. Vielmehr bleiben gesellschaftliche Institutionen, Erziehungsträger, die Medien, aber vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes aufgerufen, jeglicher Gewalt – die mit der "nur" verbalen Ausgrenzung und Diskriminierung anderer ihren Anfang nimmt – couragiert und besonnen entgegenzuwirken.

Hysterie wie Defätismus sind gleichermaßen schlechte Ratgeber. Wer Katastrophenszenarien malt, verschafft womöglich den Gewalttätern die Aufmerksamkeit, nach der sie lechzen, und ermuntert ungewollt Nachahmer und Trittbrettfahrer. Ignoranz und Gleichgültigkeit hingegen wird von manchem Ausländerfeind gar als heimliche Zustimmung interpretiert.

Die Skinheadszene erlebt momentan eine Phase, in der sie von Kommerzialisierung erfaßt wird. Das gilt sowohl für die Veranstaltung von Konzerten als auch für die Produktion von Fanzines – die zum Teil bereits als Hochglanzprodukte zu kaufen sind – und szenetypischen "Modeartikeln". Die Beliebtheit von Skinkonzerten auch unter rechtsextremistisch eingestellten Jugendlichen in Brandenburg hat sich bislang jedoch nicht in der Anzahl der in Brandenburg ausgerichteten Veranstaltungen widerspiegelt. Auf Grund

des entschiedenen Vorgehens der brandenburgischen Sicherheitsbehörden gegen solche Veranstaltungen ziehen es viele brandenburgische Skinheads vor, in andere Bundesländer oder europäische Nachbarstaaten auszuweichen. Das wird sich 1997 kaum ändern.

Neonazis hatten bisher mit Versuchen, aus dem Reservoir unorganisierter rechtsextremistischer Gewalttäter für ihre Zwecke einsetzbare Straßenkämpfer zu rekrutieren, kaum Erfolg. Sie geben aber ihre Bemühungen nicht auf, auch die dumpfen Schläger – auf die sie oft geringschätzig herabblicken – in ihr politisches Kalkül einzubeziehen und sie, soweit möglich, ideologisch zu prägen. Diesem Zweck dienen auch Kontakte, die sich zwischen inhaftierten Straftätern der einen wie der anderen Kategorie in Gefängnissen anspinnen.

Viele Neonazis setzen gegenwärtig – nach den zahlreichen Vereinigungsverboten der letzten Jahre – auf die Zusammenarbeit mit den “Jungen Nationaldemokraten”. Auch dadurch sind die JN starken neonazistischen Einflüssen ausgesetzt, was bei ihnen, vor allem aber in ihrer Mutterpartei NPD, zur Fortsetzung der Richtungsstreitigkeiten führen dürfte. Eine einheitliche Linie ist aber auch bei den Neonazis selber nicht in Sicht.

“Die Nationalen e.V.” müssen verkraften, daß Personen aus ihrer Führungsriege inhaftiert sind oder mit Haftstrafen zu rechnen haben. Ob sie ohne die Unterstützung des Vereinsvorsitzenden ihre Strukturen aufrecht erhalten können, ist fraglich. Sofern sie handlungsfähig bleiben, werden sie gewiß bemüht sein, ihren Einfluß in die unorganisierte rechtsextremistisch orientierte Jugendszene hinein auszuweiten und aus diesem Personenkreis weitere unabhängige Kameradschaften zu formieren.

Die martialische Demonstration von Einigkeit und Stärke durch Aufmärsche hat in der Neonaziszene wieder an Wertschätzung gewonnen. Die neuen Kommunikationsmittel ermöglichen es, Verbotungsverordnungen durch komplexe logistische Leistungen unter Umständen konspirativ zu umgehen. Mit dem “Rudolf-Heß-Aufmarsch” 1996 in Worms hatten sie nach ihrem eigenen Eindruck einen Achtungserfolg verbuchen können. Es ist damit zu rechnen, daß Neonazis große Anstrengungen entwickeln werden, zum zehnjährigen Todestag ihres Idols am 17. August 1997 den Aufmarsch von Worms noch in den Schatten zu stellen.

Auch für 1997 zeichnen sich im Bereich des Rechtsextremismus keine Terrorakte im engeren Sinne ab. Daß die österreichischen Briefbombenattentate erneut auf Deutschland übergreifen oder hier imitiert werden, ist allerdings nicht gänzlich auszuschließen. Anhaltspunkte dafür gibt es derzeit jedoch nicht.

*Zusammenarbeit
mit den
“Jungen National-
demokraten”*

*Aufmärsche
gewinnen an
Wertschätzung*

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Brandenburg	
	1995	1996	1995	1996
militante Angehörige rechtsextremistischer Cliques¹	6 200	6 400	500	550
unorganisierte Neonazis	1 060	leicht zunehmend	100	80
HNG	300	gleichbleibend	Einzelpersonen	Einzelper
IHV	Einzelpersonen	gleichbleibend	Einzelpersonen	Einzelper
Die Nationalen e.V. einschließlich JNA (früher JNS)	150	gleichbleibend	110	110
NPD	4 000	3 500	20	20
JN	150	200	Einzelpersonen	Einzelper
DVU	15 000	15 000	40	40
DLVH	900	800	50	60
REP	16 000	15 000	500	350

¹ Die Zahl der Angehörigen dieser Cliques wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig wurden;
- bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig wurden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

Rechtsextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg ¹

	1994	1995	1996
versuchte Tötung	0	0	2
Körperverletzung	68	47	58 ²
Brandstiftung	3	1	2
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Störung des öffentlichen Friedens	28	14	10
Sachbeschädigung	35	15	18
Volksverhetzung	27	38	37
Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	436	239	334
sonstige	97	90	56
gesamt	694	444	517
davon:			
fremdenfeindlich	156	86	81
antisemitisch	34	24	20

¹ Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des Landeskriminalamtes Brandenburg; die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

² Da das Landeskriminalamt den Totschlag z. N. des 23jährigen Sven Beuter in Brandenburg a.d. Havel (vgl. dazu S. 43) statistisch als Körperverletzung mit Todesfolge erfaßt hatte, ist diese Tat auch hier in dieser Rubrik ausgewiesen.

2. Linksextremismus

Linksextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland

*militante
Autonome*

Gewalttaten und Gesetzesverletzungen, die linksextremistisch motiviert waren, wurden auch im Jahre 1996 überwiegend von militanten Autonomen begangen. Autonome verfügen nicht über ein klar umrissenes ideologisches Konzept, sondern folgen verschwommenen anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen. Sie setzen auf Aktionen, nicht auf politische Programme und langfristige Strategien.

Autonome erstreben ein freies, selbstbestimmtes Leben innerhalb "herrschaftsfreier Räume" und lehnen deshalb jegliche staatlichen und die meisten gesellschaftlichen Normen und Zwänge ab. Sie sind sich darin einig, daß die von ihnen als "Schweinesystem" bezeichnete staatliche Ordnung bekämpft werden müsse.

Dabei bejahen und propagieren Autonome ausdrücklich den Einsatz von Gewalt. Gerade dieses Merkmal unterscheidet das breitgefächerte, ansonsten schwer eingrenzbare Protestpotential der Autonomen von anderen, insbesondere nichtextremistischen Protestgruppen und -bewegungen mit hinreichender Eindeutigkeit.

"Autonome" im Sinne der Verfassungsschutzbehörden sind nur solche Gruppen und Personen, die auf Grund ihrer ideologischen Orientierung gewalttätig agieren, gewaltbereit sind oder Gewalt befürworten. Die von ihnen geübte Gewalt zielt in erster Linie gegen Sachen; Gewalt gegen Personen wird von ihnen jedoch nicht ausgeschlossen. Damit fassen die Verfassungsschutzbehörden den Begriff "Autonome" enger als viele der heterogenen "alternativen" und "selbstbestimmten" Gruppen und Zirkel, die sich selbst als "autonom" bezeichnen, obwohl nur einige von ihnen sich zur Anwendung von Gewalt bekennen.

Von ihrem Selbstverständnis her lehnen Autonome feste Organisationsstrukturen an sich ab; dennoch gibt es seit Anfang



der 90er Jahre in Teilen des autonomen Spektrums *Bemühungen, verbindliche Kooperationsformen zu finden*. 1992 wurde die "Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation" (AA/BO) ins Leben gerufen. Die in ihr zusammengeschlossenen militanten Gruppen wollen durch gemeinsame Aktionen und Projekte insbesondere zum Themenfeld "Antifaschismus" Strukturen aufbauen, die ein schlagkräftigeres Handeln erlauben. Andere Gruppen sind zwar nicht bereit, sich in eine verbindliche Organisationsstruktur wie die der AA/BO einzufügen, sie beteiligen sich aber an "Bundesweiten Antifa Treffen" (BAT), die einen überregionalen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie eine bessere Koordinierung der einzelnen Gruppenaktivitäten ermöglichen sollen.



Die Autonomen orientieren sich bei ihren Protestaktionen, gerade auch den militanten, im wesentlichen an aktuellen politischen Themen; außerdem achten sie darauf, daß ihre Anschläge im Sympathisantenumfeld "vermittelbar" sind, also akzeptiert und als sinnvoll betrachtet werden. Die Aktionsschwerpunkte waren – wie in den Vorjahren auch – bestimmt von den "klassischen" Themen Kapitalismus, Rassismus und Sexismus (die gemäß der These von der "triple oppression" als die drei grundlegenden Unterdrückungsverhältnisse anzusehen seien) sowie von den weiteren Hauptthemen Faschismus, Internationalismus und drohende Umstrukturierung der "eigenen" Wohngebiete. Häufig greifen Autonome daneben Anliegen von Protestbewegungen auf, um dadurch eine breitere Akzeptanz zu erreichen.

"triple oppression"

Anlaßbezogene Themen waren für die autonome Szene im Jahre 1996 unter anderem:

- die Castor-Transporte sowie die Kernkraftproblematik insgesamt,
- die Auswirkungen des Betätigungsverbotes für die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) und die Kurdenproblematik im allgemeinen,
- die bundesweiten Ermittlungsverfahren gegen die Herausgeber und Verbreiter der Zeitschrift "radikal",
- die Asyl- und Abschiebeproblematik,
- Gentechnologie, Tierversuche und Tierrechte,
- friedenssichernde Einsätze der Bundeswehr und die angebliche "Remilitarisierung" Deutschlands.

*Widerstand gegen
Castor-Transporte*

*“...es gibt viel zu tun!”
(Titel des linken
Szeneblatts
“Der Wurfanker”)*

*“Rat
für Auswärtige
Angelegenheiten
der Freien
Republik
Wendland”*

84

Zu einem zentralen Thema der autonomen Szene Deutschlands hat sich der militante Widerstand gegen sogenannte Castor-Transporte entwickelt. Annähernd die Hälfte aller 1996 registrierten Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund wurden in diesem Zusammenhang begangen. Im Vorfeld und während des Transportes von der Wiederaufbereitungsanlage La Hague zum Atommüllzwischenlager Gorleben am 7./8. Mai kam es nicht nur zu demonstrativen Akten unterschiedlicher, darunter vieler demokratischer, Gruppen, sondern auch zu Sachbeschädigungen bis hin zu Sprengstoffanschlägen, Bombendrohungen und gefährlichen Eingriffen in den Schienenverkehr. Militante Castor-Gegner, die sich als “Heidegruppe” bezeichnen, bekundeten in der Berliner autonomen Szenepublikation “INTERIM” Nr. 383 vom 12. Juli 1996 ihre Genugtuung darüber, daß das von ihnen mitgetragene “Tag X-2”-Konzept – “den Transport politisch und finanziell noch teurer zu gestalten” – “voll aufgegangen” sei. Insbesondere “die Vermi-



schung der unterschiedlichsten Widerstandsformen [habe] gut funktioniert”.

In einer “Erklärung zur Einlagerung der Glaskokillen”, abgedruckt in “INTERIM” Nr. 378 vom 20. Mai 1996, resümiert ein “Rat für Auswärtige Angelegenheiten der Freien Republik Wendland”, einer offensichtlich linksextremistisch gesteuerten Struktur innerhalb der Anti-Castor-Kampagne, “Protest und Widerstand [dürfe sich] nicht im Kampf gegen Atomanlagen erschöpfen”: “Wir sehen die Ausein-

hungen und gefährlichen Eingriffen in den Schienenverkehr. Militante Castor-Gegner, die sich als “Heidegruppe” bezeichnen, bekundeten in der Berliner autonomen Szenepublikation “INTERIM” Nr. 383 vom 12. Juli 1996 ihre Genugtuung darüber, daß das von ihnen mitgetragene “Tag X-2”-Konzept – “den Transport politisch und finanziell noch teurer zu gestalten” – “voll aufgegangen” sei. Insbesondere “die Vermi-

andersetzung gegen den Castor und damit für die Stilllegung aller Atom- anlagen als Teil jener Kämpfe, in denen sich die Menschen gegen die herrschenden Verhältnisse auflehnen. Gegen Sozialabbau, Einschränkung von Freiheitsrechten genauso wie gegen Rassismus und patriarchale Strukturen.“

Technische und taktische Anleitungen zur Herstellung von Wurfankern und zum Umgang mit ihnen, zum Fällen von Strommasten sowie verschiedene andere Sabotageanleitungen finden sich in zahlreichen Szene-

publikationen und, zusammengefaßt, in Broschüren wie “Der Wurfanker. linksradikales anti-akw-info” oder “55 plusX – Mit Phantasie und Entschlossenheit gegen Atomtransporte” als “Lesetip für den militanten Alltag”.

Wie in den vorherigen Jahren unterstützen auch deutsche Linksex- tremisten bis in das terroristische Umfeld hinein im Rahmen der sogenannten “Kurdistan-Solidarität” die politischen Aktivitäten der einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot unterworfenen “Arbei- terpartei Kurdistans” (PKK). Praktische Unterstützungsarbeit leisten vor allem die linksextremistisch beeinflussten oder gesteuerten sogenannten “Kurdistan-Solidaritätskomitees”, in denen, in jeweils unterschiedlicher Zusammensetzung, deutsche und ausländi- sche Extremisten mitwirken.

Die Ermittlungsverfahren gegen die Herausgeber und Verbreiter der linksextremistischen Untergrundzeitschrift “radikal” sowie die Tatsache, daß einige der in den Untergrund abgetauchten Verdächti- gen sich selbst gestellt haben, löste in der “Szene” vielfältige Solidaritätsbekundungen und Protestaktionen aus. Als die Bundes- anwaltschaft versuchte, die zum “Jahrestag” der bundesweiten Exe- kutivmaßnahmen vom 13. Juni 1995 erschienene Ausgabe Nr. 154 der “radikal” im Internet zu sperren, kam es zu Protesten gegen die vorgebliche “Zensur” auch im Ausland.

Aus der Sicht von Linksextremisten sind Asylbewerber und Immigranten in Deutschland in jedem Falle Opfer der durch imperialistische Ausbeutung verursachten Verelendung in ihren Heimatländern. Das Wohlstandsgefälle zwischen den hochentwick-

REPUBLIK
FREIES
WENDLAND



DEN KAMPF UM DIE KÖPFE DER MENSCHEN AUFNEHMEN

*Zeichnung aus
dem linken
Berliner
Szeneblatt
“INTERIM”*

*“Kurdistan-
Solidarität”*

kelten Industrieländern und den Armutsregionen in der Welt wird allein auf jahrhundertealte "kapitalistisch-kolonialistische Ausbeutungsverhältnisse" zurückgeführt, die heute – nur in modifizierter Form – weiterbestünden. Das soziale Engagement für Flüchtlinge wird daher nicht nur rein humanitär, sondern ebenso als Teil des politischen Kampfes gegen die herrschende staatliche Macht verstanden.

"Kampf gegen Umstrukturierung"

Ein weiteres wichtiges Aktionsfeld militanter Linksextremisten bleibt weiterhin der "Kampf gegen Umstrukturierung". Damit sind Protestaktionen gegen Maßnahmen zur Stadtsanierung und innerstädtischen Strukturverbesserung gemeint. Die als legitim angesehenen Formen des Kampfes gegen angebliche "Milieuzerstörung" und "Yuppisierung" der Kieze sowie gegen die behauptete Verdrängung sozialer Randgruppen reichen bis hin zu terroristischen Aktionen.

von Berliner Autonomen am 1. Mai 1996 in Brand gesetztes Auto

Die Grenzen zwischen terroristischen Vereinigungen im strafrechtlichen Sinne und Gruppierungen aus der autonomen Szene, die sich terroristischer Mittel bedienen, sind fließend. Aus der autonomen Szene, aber auch aus anderen Milieus stoßen immer wieder Personen zu Gruppierungen, die durch langfristig vorbereitete terroristische Anschläge das politische System zu destabilisieren oder



grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in Gang zu bringen suchen.

Der Widerstand gegen die neue Funktion Berlins als Bundeshauptstadt wird in der "Szene" nicht nur verbal, sondern auch durch entsprechende Anschläge thematisiert. Bereits seit einigen Jahren betätigt sich in Berlin die terroristische Gruppe "Klasse gegen Klasse", die durch Anschläge auf von ihr als solche bezeichnete "Nobelkarossen" und "Yuppierestaurants" eine Umgestaltung Berlins zu verhindern trachtet. Trotz intensiver Ermittlungen konnten bis heute die Täter nicht festgestellt werden.

"Klasse gegen Klasse"

Manche terroristische Vereinigungen arbeiten nach dem Zellenprinzip und agieren als sogenannte "Feierabendterroristen". Die Angehörigen dieser Gruppen, wie der "Revolutionären Zellen" oder deren Frauengruppe "Rote Zora", gehen einer unauffälligen beruflichen Tätigkeit nach und verüben in ihrer Freizeit Anschläge. Deshalb benötigen sie keine umfangreiche Logistik für ein Leben im Untergrund.

"Feierabendterroristen"

Der deutsche Linksterrorismus hat sich in seinen Erscheinungsformen während der letzten Jahre erheblich gewandelt. Während in den 70er Jahren die "Rote Armee Fraktion" (RAF) eine andere Republik "herbeibomben" wollte, haben terroristische Vereinigungen wie "Das K.O.M.I.T.E.E.", die "Antiimperialistische Zelle" (AIZ) und die "Revolutionären Zellen" (RZ) in jüngerer Zeit versucht, das "System" durch Nadelstiche herauszufordern.

Zunehmende Bedeutung im linksextremistischen Spektrum gewinnt der "Antiimperialistische Widerstand" (AIW). Bei ihm handelt es sich um verschiedene – keineswegs einheitliche – Personenzusammenhänge, die zumindest verbal den gewalttätigen Widerstand gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bejahen und über seine konkreten Formen diskutieren. Derartige Überlegungen über den Sinn und Zweck weiterer terroristischer Anschläge kamen zu Beginn der 90er Jahre in den Gruppen auf, die bislang die RAF ideologisch oder auch praktisch unterstützt hatten. Die RAF hatte durch die von ihr selbst im Jahr 1992 gesetzte Zäsur (vorläufiger Verzicht auf gezielte tödliche Aktionen, verbunden mit einer strategischen Neuorientierung) zumindest eine grundsätzliche Diskussion über den bewaffneten Kampf und den "Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten" erreichen wollen. Nicht alle mit der RAF sympathisierenden Linksextremisten akzeptierten diesen Richtungswechsel. So gibt es Personen, die weiterhin die "alte" RAF-Ideologie befürworten, ohne der RAF anzugehören oder ihr unmittelbar nahezustehen.

Nadelstiche gegen das "System"

Die kommunistischen Parteien und Vereinigungen haben, wenn auch deutlich geschwächt, ihre Sinn-, Glaubwürdigkeits- und Bestandskrise nach dem Ende des "realen Sozialismus" in Europa überlebt. Ohne ihren einstigen Einfluß wiedererlangt zu haben, sind sie nunmehr in die Phase einer gewissen Konsolidierung eingetreten, allerdings auf einem entsprechend niedrigen personellen und organisatorischen Niveau. Noch sind die marxistisch-leninistischen Parteien allerdings überwiegend mit sich selbst beschäftigt. Da ihre Aktionsfähigkeit begrenzt ist, wächst bei ihnen die Bereitschaft zur Kooperation miteinander; diese scheitert aber immer wieder an mangelnder Bündnisfähigkeit oder kommt nur temporär bzw. zu aktuellen Anlässen zustande. Daneben streben insbesondere orthodox-kommunistisch ausgerichtete Gruppen danach, sich einflußreicheren Organisationen anzuschließen, um nicht völlig unterzugehen.

Trotzkistische Organisationen spielen im linksextremistischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor eine Außenseiterrolle. Bundesweit beläuft sich ihre Mitgliederzahl insgesamt auf nur einige hundert. Ihre öffentliche Ausstrahlung ist äußerst gering, eher erfolgreich sind dagegen Versuche, mit der Methode des Entrismus andere – auch demokratische – Organisationen oder Bewegungen zu unterwandern oder Tarnorganisationen ins Leben zu rufen. So hat die "Sozialistische Alternative Voran" (SAV) eine Vorfeldorganisation "Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE), mittlerweile umbenannt in "Jugendoffensive/JRE" (JO/JRE), gegründet. Diese hatte zunächst einen beachtlichen Zulauf von jugendlichen "Antifaschisten" aus dem linken wie auch dem linksextremistischen Spektrum verzeichnen können. Nachdem jedoch ihr trotzkistischer Hintergrund bekanntgeworden war, haben sich viele ihrer Anhänger wieder von ihr abgewandt.

Das wichtigste neue Kommunikationsmittel, mit dessen Hilfe sich linksextremistische Gruppen und Einzelpersonen – auch unabhängig von jedweden Organisationsansätzen – bundesweit und im internationalen Rahmen vernetzen, sind weiterhin die Mailboxen. So betreiben Autonome und andere Linksextremisten den Mailboxverbund "SpinnenNetz" (SN), der hauptsächlich der internen, konspirativen Kommunikation dient. Daneben gewinnt vor allem der Mailboxverbund "ComLink" (CL), der überwiegend von demokratischen Gruppen, aber auch von Extremisten genutzt wird, an Bedeutung.

Seit Anfang 1996 bedienen sich Extremisten verstärkt des Internets zur Selbstdarstellung, zur Verbreitung von Schriften sowie zur

*"Jugendoffensive/
JRE"*

*Mailboxverbund
"SpinnenNetz"*

Propaganda aller Art. Das Internet wird von ihnen in Zukunft voraussichtlich noch stärker genutzt werden, da es gegenüber den Mailbox-Systemen deutliche Vorteile bietet: Auf technisch einfache, schnelle und preiswerte Art können Informationen an ein potentiell millionenfaches Publikum weitergeleitet werden. Die Nutzung von Infotelefonen dagegen verliert bei Linksextremisten zunehmend an Bedeutung.

*Linksextremisten
im Internet*

Linksextremismus im Land Brandenburg

Die gefährlichste Erscheinungsform linksextremistischer Bestrebungen im Land Brandenburg war auch 1996 die Gewalt, die von meist jugendlichen Gruppen Autonomer ausging. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Gewalttaten ungefähr gleichgeblieben. Ein "Kampffeld", die Auseinandersetzung um besetzte Häuser, konnte allerdings durch zielgerichtete Bemühungen kommunaler Behörden weiter beruhigt werden. Die örtlichen Schwerpunkte der Szene haben sich nur wenig verschoben, obschon sich hier und dort neue Gruppierungen gebildet haben, während andere zerfallen sind. Dagegen haben sich einige autonome Kerngruppen auch ideolo-

*Gewalt junger
Autonomer*

**DAB DU DICH WEHREN MUßT,
WENN DU NICHT UNTERGEHEN WILLST,
DAS WIRST DU DOCH EINSEHEN!**

Bei Näscher geht weiter: Brandanschläge auf linke Jugendclubs, Mord an alternativen Jugendlichen und Immigrantinnen gehören nach wie vor zum Alltag in Brandenburg. Fröhnt sei hier nur an Sirei aus Brandenburg von Faschos, denen sein Aussehen nicht gefällt, erdrosselt wurde. Orte wie der Helmssee werden im Sommer als vom Hunderten von Gästen, bedrögt. Zugüber hängen sie dort ihre deutschen Klischee in die Sonne, abends schlagen sie ihnen Alles zusammen, was ihnen andernfalls vorkommt. Die Liste von abstoßenden Begebenheiten und Faschosofferten wie endlich verloggebar Wenn Eure Schule oder die Tanker bei Euch dasgehört, willt ihr ja beschuld, linksdagegen gebrechen Mitre, die antiautoritäre Selbstbildorganisationen. Schließt Euch mit Freundinnen und Freunden zusammen und standeswas ihr gegen die Faschos machen könnt. Schreit wie ihr die Nazis bei Euch in der Schule und im P... was stehen könnt. Helft denen, die von Nazis angegriffen werden oder versucht die Nazis bei ihren Schwelgereien zu behindern.

Auf die Bullen können wir uns dabei nicht verlassen. Daß die die Faschosien wenig stören, konnt ihr man z.B. in Eisenhüttenstadt sehen, wo Bullen letztes zuzulien, als "Sieg Heil" gäßen die Nazis den linken Jugendclub "Streetkid" abbrannten.

Wenn ihr Interesse an Antifa Arbeit habt, aber allein seid oder nicht so recht wißt, wie ihr anfangen sollt, schreibt uns. „Lino“ sind in diesem Fall Berliner und Brandenburger Antifagruppen, die gemeinsam dieses Plakat gemacht haben.

Wir sind unter dem unten angegebenen Adressen zu erreichen. Wir organisieren Antifademos wie in Rathenow gegen die „Nationalen“ oder in Frankfurt gegen das „Naziösole Pressearchiv“.

Durch Flugblätter, Plakate oder die Zeitung „Hinter den Kulissen“ versuchen wir öffentlichen Druck auf die Nazis zu machen und zu zeigen, welche beschissenen Verhältnisse ihre Politik erst möglich machen. Konzerte und Veranstaltungen sind für uns ein Mittel durch Höhepunkte guten Geschmacks ihre Kultur zu verbreiten.

Wenn ihr also Interesse habt, schicken wir Euch gern Informationen. Antifaschistische Gruppen Land Brandenburg c/o Nachladen, Waldsamenstraße 36, 10599 Berlin. Telefon: (030) 615 23 29 Fax: 030/615 34 60 Büro: Freitag 16-20 Uhr.

Dieses Plakat ist gefördert von:  Netzwerk e.V.



gisch dadurch weiter verfestigt, daß sie ihre Aktionen durch die Beschäftigung mit einschlägigen Informationssammlungen planmäßig vorbereiten.

Dabei hat insbesondere die Thematisierung des Widerstandes gegen Castor-Transporte eine Rolle gespielt.

Gesicherte Anhaltspunkte für das Vorhandensein eigenständiger terroristischer Strukturen im Land Brandenburg liegen bisher nicht vor, es besteht jedoch Grund zu der Annahme, daß es durchaus Verbindungen von Einzelpersonen oder Kleingruppen aus Brandenburg zum Umfeld terroristischer Vereinigungen gibt. Auch werden in Teilen der autonomen Szene terroristische Mittel ohne weiteres akzeptiert.

Die marxistisch-leninistischen Kleinparteien in Brandenburg haben auch 1996 kaum Aufmerksamkeit erregen können. Trotzlisten spielen nach wie vor auch in Brandenburg nur eine unerhebliche Rolle. Die bundesweit agierende, zum anarchistischen Spektrum zählende “Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen” (FöGA) – deren Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit allerdings nunmehr durch ihr Handeln widerlegt wird – hat in Brandenburg Sympathisanten sammeln können.

Linksextremistisch orientierte Jugendszene

Zur linksextremistisch orientierten Jugendszene im Land Brandenburg zählen etwa 350 Personen. Sie sind im allgemeinen gewaltgeneigt, auch wenn sich nur einige von ihnen im Jahr 1996 unmittelbar an Gewalttaten beteiligt haben. Schwerpunkte autonomer Personenzusammenschlüsse sind unter anderem die Städte Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Potsdam und Rathenow. Aber auch in anderen Kommunen gibt es vergleichbare Gruppen. Sie bestehen in ihrem Kern meist aus zehn bis 20 Personen, die ihre Aversion gegen gesellschaftliche Normen und Konventionen mehr oder minder demonstrativ zur Schau stellen.

Seit Jahren agieren autonome Gruppierungen im Land Brandenburg auf den Aktionsfeldern “Antifaschismus” und “Antimilitarismus”. Anlaßbezogen rücken aber durchaus auch andere Themenfelder in den Mittelpunkt ihres Handelns – so im Jahr 1996 die Anti-Castor-Aktionen.

Nach wie vor tauschen Autonome in Szeneblättern Informationen, Meinungen und Appelle aus. Die Antifa-Zeitschrift “...hinter den Kulissen” berichtet über Themen aus der Region Berlin-Branden-

burg. In einigen Artikeln des Blattes kommt unverhohlen die Sympathie der Herausgeber für militante Aktionen zum Ausdruck. So wird eine gewaltsame Hausbesetzung in Potsdam in der Ausgabe 2/96 wie folgt beschrieben:

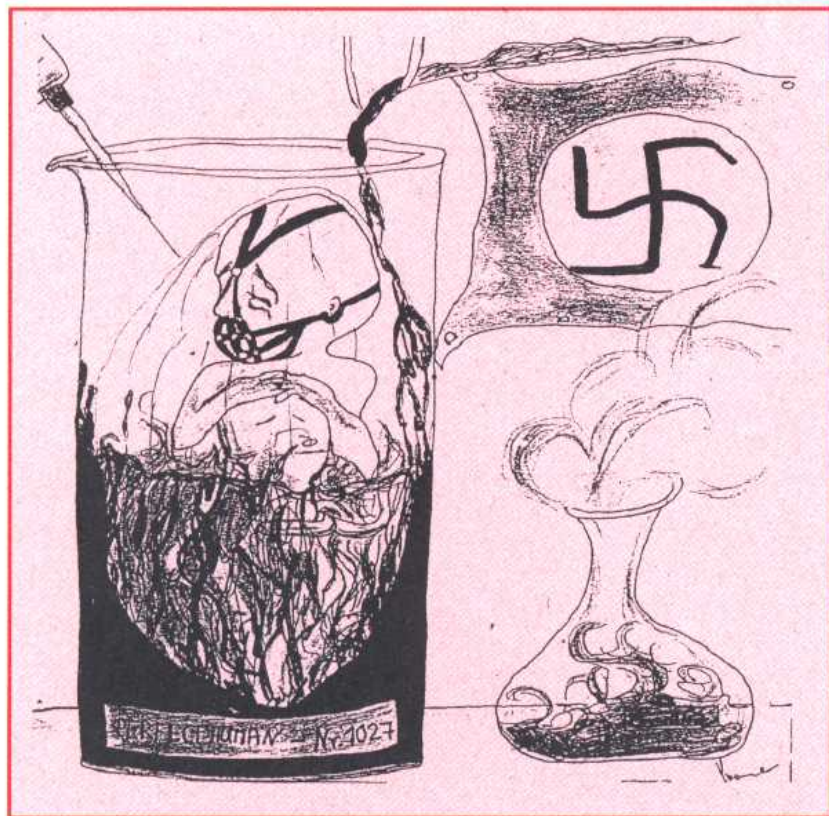
“Kein Grund für andere, sich damit nicht zu beschäftigen, das Straßenparkett abzutragen und die ‘Kostbarkeiten’ wiederum ins Haus hineinzutragen. Beim Abzug der Polizeikräfte flogen die ersten Steine, so daß der Bullentrost zum Stillstand gebracht wurde. Er teilte sich auf und umzingelte nun das besetzte Gebäude. Hinter dem Haus wurden darauf eiligst Barrikaden errichtet, bestehend aus quergestellten Lieferwagen, Parkbänken und Mülltonnen. Mit Pflastersteinen bewaffnet wartete mensch darauf, ob die Staats-schergen geneigt waren, näherzutreten. Prophylaktisch flogen nochmal ein paar Steine auf die feindlichen ‘Stellungen’ ...”

Das in Potsdam herausgegebene Heft “buratino” greift aktuelle Themen aus der lokalen Szene auf. Jedoch gibt diese Publikation auch der Erörterung überregional bedeutsamer Fragen breiteren Raum.

Die Zeitschrift “Red Stachel” erscheint in Bernau für den Barnimer Raum. In ihr wird – neben der Berichterstattung zu sozialen und ökologischen Problemen der Region – für linksextremistische oder linksextremistisch beeinflusste Veranstaltungen geworben, selbst Aufrufe zu militanten

Aktionen werden nicht ausgespart. Beispielsweise heißt es in dem Artikel “Gentechnikexperimente bei Bernau”, der in der Juni-Ausgabe 1996 abgedruckt war: “Noch radikaler gingen ein paar andere Gentechnikgegner vor. Sie pflügte die Felder zusammen mit den Pflanzen einfach um. Vielleicht findet sich ja auch in Schönfeld und Umgebung ein mutiger Bauer.”

Diese Zeitschriften und ähnliche Publikationen aus anderen Bundesländern werden überwiegend durch “Infoläden” vertrieben. Solche befinden sich zum Beispiel in Potsdam und Cottbus. Info-



*Zeichnung
aus dem
Potsdamer
Szeneblatt
“buratino”*

Aufrufe zur
"Antifaschistischen
Demonstration"...

läden dienen darüber hinaus als Anlaufpunkte für Kontakte zwischen regionalen Gruppen als auch zu Autonomen in anderen Teilen Deutschlands.

ANTIFASCHISTISCHE DEMONSTRATION

11. Mai 1996, 16.00 Uhr

Brandenburg a.d.H.
Hauptbahnhof (Vorplatz)

8. Mai - der Tag der
Befreiung
vom Hitlerfaschismus

Es rufen auf: • Antifaschistische Gruppen in Brandenburg und Berlin
• Antifaschistische Jugend Brandenburg a.d.H.
• AG Junge Genossen in und bei der PDS

anschl. Soll - Party im "Container" - L-Friesicke-Straße - Brandenburg a.d.H.
mit Vokü, Disco, Grill etc. ...



DEMO Sa, 30.11. 14⁰⁰
Rosa-Luxemburg-Platz

... und zur
„Hausbesetzer-
Demo“

92

Besonders intensiv pflegen die brandenburgischen Autonomen den Kontakt zu Gesinnungsfreunden in Berlin. Von ihnen bekommen sie unter anderem logistische Unterstützung bei der Organisation von Demonstrationen und der Herstellung von Flugblättern. Die Kontaktadresse der "Antifaschistischen Gruppen Land Brandenburg" ist der Berliner "Nachladen", ein Infoladen, der auch als Treffpunkt für Mitgliedsgruppen der AA/BO fungiert. So bleiben die Brandenburger Autonomen in bestimmtem Umfang von den Autonomen in Berlin abhängig, denen wiederum eine gewisse Dominanz in der Region nicht unwillkommen ist.

Auch bundesweite Vernetzungsansätze der autonomen Szene wie die "Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) oder das "Bundesweite Antifa Treffen" (BAT) stoßen bei den Autonomen in Brandenburg auf Interesse. Zwar hat sich noch keine brandenburgische Gruppe förmlich der AA/BO angeschlossen, jedoch unterhält man weiterhin Kontakte zu einzelnen Teilgruppen der AA/BO. Andere Linksextremisten aus Brandenburg nehmen regelmäßig an den Zusammenkünften des BAT teil.

Einige brandenburgische Gruppen beteiligten sich 1996 auch an bundesweiten Demonstrationen und Protestaktionen, zum Beispiel an der Berliner "revolutionären 1. Mai-Demonstration", der Protestdemonstration am 31. Mai anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses der Bundeswehr in Berlin (des ersten in der Stadt nach dem 2. Weltkrieg) oder der "Antifaschistischen Bündisdemonstration" am 16. November in Wurzen.

Linksextremistisch motivierte Gewalttaten

Der hohe Stellenwert, den die Proteste gegen die Atomtechnologie innerhalb der autonomen Szene derzeit besitzen, manifestiert sich auch im Land Brandenburg in einer Vielzahl zielgerichteter militanter Aktionen.

Als am 18./19. Februar 1996 abgebrannte Brennelemente aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Greifswald nach Paks in Ungarn verbracht wurden, führte damit erstmals ein sog. Castor-Transport durch das Land Brandenburg. Neben kleineren, friedlich verlaufenen Protestaktionen kam es in diesem Zusammenhang auch zu militanten Aktionen gegen die Deutsche Bahn AG.

Am 20. Februar sabotierten Unbekannte den Zugverkehr, indem sie Wurfanker in die Oberleitungen der Bahnstrecken zwischen Eberswalde und Biesenthal sowie zwischen Belzig und Brück hängten. In einer Taterklärung (in: "INTERIM" Nr. 364 vom 22. Februar 1996) bezichtigten sich "Autonome Gruppen" der Taten. Das Schreiben endet mit der "Aufforderung an alle aktionsbereiten Zusammenhänge, im Rahmen des nächsten Castor-Transportes auf der militanten Ebene aktiv zu werden". Auch wenn der Brennelementetransport nach Paks zum Zeitpunkt des Anschlages schon am Ziel sei, "wollen wir mit unserer Intervention", so die Saboteure "zeigen, daß Widerstand möglich und nötig ist".

Dieser Aufruf der "Autonomen Gruppen" zu weiteren militanten Aktionen blieb nicht ungehört.

Eine Gruppierung, die sich selbst die Bezeichnung "Hau weg den Scheiß" gab, verübte am 29. Februar einen Anschlag auf die Starkstromleitung von Ragow nach Wustermark. Die unbekanntes Täter durchtrennten zwei Seitenstreben des Strommastes, entfernten die Knotenbleche und lösten die Bolzen. Der Mast sackte ab, knickte aber nicht vollständig um. Am Tatort hinterließen sie eine Bekennung mit der Aufschrift "Stop Gorleben". Es entstand ein Sachschaden in Höhe von ca. 500.000 DM.

Im Vorfeld und während des Castortransportes nach Gorleben am 7./8. Mai häuften sich nicht nur bundesweit, sondern auch im Land Brandenburg, anlaßbezogene militante Aktionen.

*Vielzahl
zielgerichteter
militanter
Aktionen*

*"Interventionen"
gegen die
Deutsche Bahn*

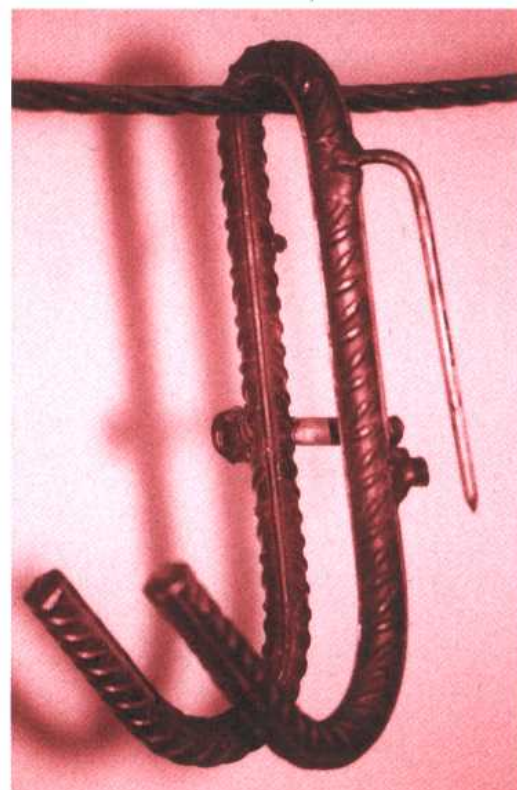
In den Tagen vor dem 3. Mai entfernten Unbekannte an vier Strommasten im Bereich Beelitz-Heilstätten insgesamt 22 Sicherungsbolzen. Zu der Tat bekannte sich ebenfalls die Gruppe "Hau weg den Scheiß". In dem in der Berliner autonomen Szenepublikation "INTERIM" Nr. 375 vom 9. Mai publizierten Selbstbeziehungsschreiben heißt es:

*"1000 Schrauben werden knallen,
100 Masten werden fallen
bis VEAG, PREUSSAG und RWE schnallen,
ob Castor, Brokdorf oder Gorleben,
Anna, Aishe und Paul, die sind am beben,
bis es keine Atomkraft mehr wird geben."*

Zu einem weiteren Hakenkrallenanschlag am 3. Mai auf die Bahnstrecken zwischen Kirchmöser und Brandenburg an der Havel sowie erneut zwischen Belzig und Brück bekannten sich "A.U.T.O.N.O.M.E. G.R.U.P.P.E.N.". In dem Selbstbeziehungsschreiben (in: "INTERIM" Nr. 375 vom 9. Mai 1996) rufen die unbekannt Autoren "alle militanten Zusammenhänge auf, zumindest einen Teil ihrer subversiven Energie auf den Widerstand gegen das Atomprogramm zu konzentrieren. Durch die Verzahnung des Widerstandes von FlugblattverteilerInnen bis zu Mast-sägerInnen ist erstmals seit Jahren wieder in einem Teilbereichskampf ein Sieg möglich". "Der Kampf gegen das Atomprogramm" ist für diesen Personenkreis ausdrücklich "auch ein Kampf gegen das kapitalistische System und den Staat".

*"Kampf gegen
das
Atomprogramm"*

Nach dem Grad ihrer Gefährlichkeit und der Höhe der verursachten Sachschäden waren die zahlreichen bundesweiten Gewaltaktionen von deutlich größerem Gewicht als beim ersten Castor-Transport im April 1995. Sie zeigen, daß die beteiligten Linksextremisten eine räumliche Ausweitung und eine Intensivierung ihrer militanten Aktionen anstreben. Ihr erklärtes Ziel ist es, den finanziellen Aufwand für Schutz- und Sicherungsmaßnahmen in



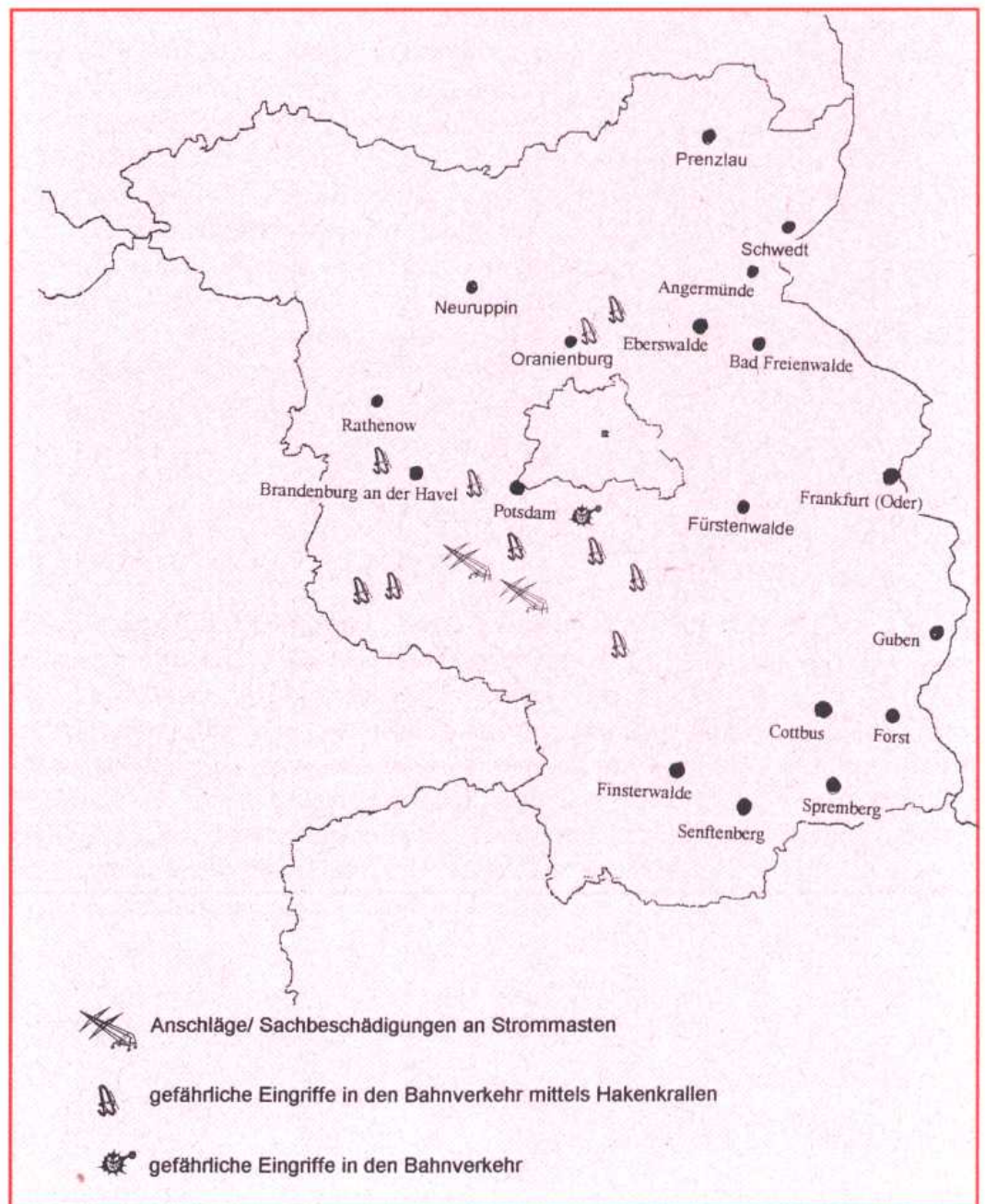
eine wirtschaftlich nicht mehr vertretbare Höhe zu treiben, so daß er letztlich auch politisch nicht mehr zu rechtfertigen wäre. Auf diese Weise soll der Ausstieg aus der Atomtechnologie erkämpft werden.

Mit Blick auf den nächsten Castor-Transport erörtern militante Kernkraftgegner Konzepte für neue Widerstandsaktionen. Im Sinne einer "Vorfeld-Strategie" sollen militante Aktionen weit vor dem nächsten Transport durchgeführt werden. Angestrebt wird eine "überregionale Castor-Verhinderungs-Kampagne" (so eine "Heidegruppe, Thesenpapier zur Diskussion", in: "INTERIM" Nr. 383 vom 12. Juli 1996). Deren Charakter ist an folgendem Slogan abzulesen: "Für eine starke und militante Sabotagebewegung gegen den Castor!" (in: "INTERIM" Nr. 386 vom 23. August 1996). Diese Aufforderung fand auch in Brandenburg Widerhall.



Ein Beamter der Deutschen Bahn besichtigt den Schaden, den eine "Hakenkralle" (S. 94) anrichtete: Die Oberleitung des Zuges wurde herausgerissen und durchschlug die Frontscheibe der Lok. Der Lokführer erlitt Augen- und Gesichtsverletzungen.

Eine bundesweite Anschlagserie mittels eingehängter "Hakenkrallen" ereignete sich in der Nacht zum 7. Oktober. An insgesamt zwölf Tatorten, davon vier in Brandenburg, hängten militante Atomkraftgegner annähernd gleichzeitig Wurfanker in die Oberleitungen. Es kam zu erheblichen Sachschäden und gravierenden Störungen des Zugverkehrs im gesamten Bundesgebiet. In einem fünfseitigen "Komunique" (in: "INTERIM" Nr. 392 vom 10. Oktober 1996) übernehmen "Autonome Gruppen" die Verantwortung für die Anschläge. Sie betonen, "daß militante Aktionen ein notwendiges Mittel sind, um in diesem Staat grundsätzliche Veränderungen zu erkämpfen". Der Kampf der Anti-AKW-Bewegung dürfe sich nicht in der Forderung nach sofortiger Abschaltung aller Atomanlagen erschöpfen, sondern müsse eingebettet werden in den grundsätzlichen Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse.



militante Anti-Castor-Aktionen im Land Brandenburg im Jahre 1996

“Antifaschistischer Kampf” – das bedeutet für die Autonomen Anschläge auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und auf Einrichtungen, die an der Verbreitung “nazistischer” Schrift- und Gedankenguts beteiligt sind. Die “antifaschistische Selbsthilfe” geht teilweise so weit, daß in autonomen Szenezeitschriften einem Steckbrief ähnliche Darstellungen von vermeintlichen oder tatsächlichen “Nazis” erscheinen, die direkt oder indirekt zu Gewalttaten gegen die Dargestellten auffordern.

Am 3. Februar wurde der Betreiber des “Nationalen Pressearchivs” (N.P.A.) in Frankfurt (Oder) tätlich angegriffen. Diese Aktion stand offenbar in Verbindung mit einer öffentlich geführten Kampagne gegen das N.P.A. durch linke Gruppierungen. Diese fand ihren Höhepunkt in einer Demonstration “Das Nationale Pressearchiv auflösen” am 2. März in Frankfurt (Oder), zu der Brandenburger Autonome auch in der Berliner Szenezeitschrift “INTERIM” Nr. 364 vom 22. Februar und Nr. 365 vom 29. Februar 1996 aufgerufen hatten. An ihr beteiligten sich etwa 150 Personen. Einige von ihnen versuchten, von der genehmigten Route abzuweichen und zur Wohnung des Betreibers des N.P.A. vorzudringen. Sie attackierten die Polizei; dabei wurden zwei Polizeibeamte verletzt. Der Betreiber des N.P.A. war unter anderem in den oben genannten “INTERIM”-Beiträgen mit Namen und Wohnanschrift genannt worden.

“Antifa”-Demonstrationen haben keineswegs immer einen extremistischen Charakter; vielmehr beteiligen sich an ihnen auch Nichtextremisten, um auf legitime Weise ihrer Solidarität mit Opfern rechtsextremistischer Anschläge oder ihrem Protest gegen staatliche Entscheidungen Ausdruck zu geben. Bestimmte “Antifa”-Kundgebungen werden allerdings von Autonomen initiiert oder maßgeblich unterstützt. Auch dann können sie friedlich verlaufen; nicht selten aber benutzen Autonome sie dazu, ihren Forderungen mit gewalttätigen Aktionen Nachdruck zu verleihen.

Am 19. Oktober fand eine von Autonomen organisierte antifaschistische Demonstration in Eberswalde statt. In einem in der Berliner Szenezeitschrift “INTERIM” Nr. 392 vom 11. Oktober 1996 abgedruckten Aufruf wurde die Demonstration unter das Motto “Kampf den braunen Zonen – Berliner Umland nicht in Nazihand” gestellt. Gleichzeitig sollte “die Forderung nach einem linken Jugendtreff” in Eberswalde bekräftigt werden. Im Verlauf der Demonstra-

*“Antifa”-
Kundgebungen*

tion kam es zu mehreren strafbaren Handlungen der Veranstaltungsteilnehmer, so unter anderem zu Sachbeschädigungen, Verstößen gegen das Waffengesetz und Körperverletzungen.

*“Faschos” und
“Zecken”*

Im Land Brandenburg sind 1996 mehrfach tätliche Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen bekannt geworden. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle handelte es sich dabei um Konflikte zwischen lokalen gewaltbereiten Jugendcliquen. Sie definieren sich im Verhältnis zueinander als “politische Gegner”, also als “Nazis” bzw. “Faschos” einerseits und als “Zecken” andererseits – mitunter nur wegen des äußeren Erscheinungsbildes. Oft beginnen diese Auseinandersetzungen spontan und ungeplant; zum Teil wird die ideologische Konfrontation jedoch so weit verinnerlicht, daß extremistisch motivierte, zum Teil planmäßig vorbereitete Aktionen unterstellt werden müssen. So klären Autonome im Rahmen ihrer “Antifa”-Arbeit Treffpunkte und Angehörige der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene ab, um sie dann zielgerichtet anzugreifen.

Am 31. August wurden während eines Konzertes auf der Festwiese von Lugau “rechte” Jugendliche von einer Gruppe “linker” Jugendlicher als “Faschoschweine” beschimpft. Unter den Rufen “Laßt die Glatzen platzen” folgten Stein- und Flaschenwürfe, dann wurden die Opfer mit Baseballschlägern angegriffen. Neun Personen mußten ärztlich behandelt werden.

Am 18. August überfiel in Lauchhammer eine Gruppe von 15 bis 20 vermummten Jugendlichen fünf von einer Geburtstagsfeier kommende Personen. Diese wurden als “Nazi-schweine” beschimpft, mit Baseballschlägern geschlagen und teilweise beraubt. Bei den Geschädigten handelt es sich um vermeintliche Angehörige der örtlichen “rechten” Szene; zwei mußten mit schweren Verletzungen im Krankenhaus bleiben.

Im Verständnis der Autonomen richtet sich der “antifaschistische Kampf” allerdings nicht nur gegen Rechtsextremisten, sondern auch gegen die bürgerliche Ordnung, da sie mit ihrer Herrschaftsstruktur den Kapitalinteressen diene und deshalb zwangsläufig den Keim des Faschismus in sich trage. Daß der Widerstand gegen sie auch Gewalt einschließe, wird in Aufrufen wie diesem mehr oder minder unzweideutig ausgesprochen: “... Widerstand heißt auch Angriff !!! Unser Kampf richtet sich ... gegen all die, von denen

RASSISMUS, FASCHISMUS und KRIEG ausgeht, gegen all die, die die Moral für zulässig halten, daß es ein Oben u. ein Unten gibt. Wer nicht kämpft u. nicht lacht, hat schon verloren!" (aus einem Flugblatt der "Autonomen Antifaschistischen Gruppen", das am 18. August im Stadtgebiet von Forst geklebt wurde).

Ein Teil der autonomen Szene engagiert sich in der "antimilitaristischen" Bewegung. Diese Autonomen wollen damit gegen einen der Eckpfeiler des "staatlichen Macht- und Unterdrückungsapparates" ankämpfen, der aus ihrer Sicht lediglich die gegen das eigene Volk oder die Weltbevölkerung gerichtete Politik der Herrschenden absichert. Daß sie keineswegs aus pazifistischer Gesinnung handeln, beweisen sie durch Anschläge und Sabotageakte.

Kein Vergeben Kein Vergessen !!!

Das politische Klima ist für nicht wenige in diesem Land lebens-gefährlich geworden.

Dagegen werden wir immer versuchen, etwas zu unternehmen. Widerstand heißt auch Angriff !!! Unser Kampf richtet sich nicht gegen vermeintlich Schwächere, sondern gegen all die von denen RASSISMUS, FASCHISMUS und KRIEG ausgeht, gegen all die, die die Moral für zulässig halten, daß es ein Oben u. ein Unten gibt. Wer nicht kämpft u. nicht lacht hat schon verloren !



Spaß haben !

Autonome Antifaschistische Gruppen !

Am 2. Januar sabotierten militante Wehrdienstgegner den Betriebsablauf zwischen den Bahnhöfen Potsdam-Griebnitzsee und Berlin-Wannsee. Dabei durchtrennten sie ein Sensorkabel einer Schrankenanlage. Ferner befestigten sie an zwei Schaltkästen für Achszähler Brandsätze, die jedoch aufgrund der zu jener Zeit herrschenden Kälte nicht zündeten. An einem Fahrleitungsmast befestigten sie eine lebensgroße Puppe. Unter dem aus einer Schweinsmaske bestehenden Kopf befand sich ein Wecker, und auf einem der Puppe umgehängten Bild klebte ein Piktogramm mit der Warnung "Vorsicht Explosionsgefahr". Am Schild war ferner die Parole "Jedes Herz eine Zeitbombe! Rekrutenzüge – Abschiebezüge stoppen!" angebracht. In einer fünfseitigen Taterklärung, die unter anderem in der Untergrundzeitschrift "radikal", Ausgabe 6/96, abgedruckt wurde, bekannte sich die Gruppe "Flammende Herzen und Freunde" zu diesem Anschlag.



Durch die Sanierung und architektonische Fortentwicklung innerstädtischer Baugebiete sehen Autonome eigene soziale Nischen bedroht, in denen sie ein Leben außerhalb gesellschaftlicher Zwänge zu führen hoffen. Zugleich begreifen sie den Kampf um besetzte

Häuser auch als eine Form des Widerstandes gegen das "System": "hausbesetzung heißt für uns auch kampf gegen ein system, dessen alltäglicher faschismus jetzt mit den morden von lübeck wieder eskalierte" (in: "INTERIM" Nr. 360 vom 25. Januar 1996).

*"Potsdam
in Stuß
und Asche"*

Anläßlich der von Berliner Autonomen initiierten "Hausbesetzeraktionstage – radikal und mietfrei ins nächste Jahrtausend" vom 5. - 13. April unternahm die "Potsdam-Abteilung der BesetzerInnenwoche 1996" am 7. April unter dem Motto "Potsdam in Stuß und Asche" eigene Aktionen. So diente ein "Osterspaziergang" dazu, die ehemalige russische Musikschule in der Hegelallee 5, die zu dieser Zeit gerade saniert wurde, zu besetzen. Aus dem Haus heraus bewarfen die Besetzer sodann zahlreiche vorbeifahrende Fahrzeuge mit Steinen. Auch umliegende Gebäude wurden mit Flaschen und Steinen beworfen, so daß Fensterscheiben zu Bruch gingen. Bagger und Nutzfahrzeuge, die auf dem angrenzenden Gelände abgestellt waren, wurden aufgebrochen und beschädigt.

*Berliner
Hausbesetzer-
szene*

Dieses Beispiel zeigt, daß sich aktuelle Entwicklungen in der Berliner Hausbesetzerszene auch auf das Land Brandenburg auswirken. Die vermehrten Häuserräumungen in Berlin haben allerdings bisher nicht dazu geführt, daß die betroffenen Besetzer in größerer Zahl ins Umland ausgewichen sind.

Nachdem im Jahr 1995 autonome Tierrechtler durch militante Aktionen in Brandenburg auf sich aufmerksam gemacht hatten, standen 1996 militante Proteste gegen den Einsatz von Gentechnik im Mittelpunkt: Es ereigneten sich mehrere Anschläge auf Versuchsfelder mit gentechnisch erzeugten Pflanzen in Golm und Schönfeld.

In den Monaten August und September zerstörten Unbekannte ein Maisfeld in Schönfeld (Barnim). Während beim ersten Anschlag nur ein Teil der Fläche zertreten wurde, zerstörten die Täter beim zweiten Anschlag die Versuchsfeldfläche vollständig. Dadurch entstand ein finanzieller Schaden in der Höhe von ca. 150.000 Mark.

In einschlägigen Szenepublikationen und insbesondere in der Berliner Szenepublikation "INTERIM" wurde unverhohlen zur Sabotage und Zerstörung von Versuchsfeldern aufgerufen sowie über "erfolgreiche" Aktionen in Golm und Schönfeld berichtet.

Bundesweit sind im Jahr 1996 annähernd die Hälfte aller Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen ganz oder teilweise verhindert worden. In dem Selbstbeichtigungsschreiben der militanten linksextremistischen Gruppe "K.A.B.E.L.S.C.H.N.I.T.T.", die am 9. Juli vier Glasfaserkabel in einem Kabelschacht der Deutschen Telekom im Bereich des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens durchtrennt hatte, werden als "mutmachende Beispiele" für Sabotageaktionen "die äußerst wirkungsvollen Widerstandsaktionen gegen die Genversuchsfelder und die Castortransporte" genannt (in: "INTERIM" Nr. 384 vom 20. Juli 1996).

Linksextremistischer Terrorismus

„Antimperialistische Zelle“ (AIZ)

Am 25. Februar 1996 wurden in Witzhave bei Hamburg zwei Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, als Mitglieder der AIZ Anschläge geplant und verübt zu haben. Seither hat die AIZ sich weder durch weitere Terrorakte noch durch schriftliche Bekundungen mehr gemeldet. Offenbar ist mit der Festnahme der beiden Verdächtigen die AIZ in ihrer Handlungsfähigkeit ganz erheblich getroffen worden. Die AIZ hatte in den vergangenen Jahren an das Konzept des bewaffneten Kampfes der RAF anknüpfen wollen und etliche Anschläge vor allem gegen Politiker verübt; dabei hatte sie bewußt in Kauf genommen, auch Unbeteiligte zu gefährden. Die AIZ selbst sprach von "potentiell tödlichen Aktionen".

Von besonderer Beachtung für das Land Brandenburg ist die Tatsache, daß die beiden Verdachtspersonen hier – wie auch in anderen Bundesländern – mehrere Erddepots angelegt hatten. Einen Anschlag in Brandenburg verübten sie jedoch nicht.

Die Anschläge der AIZ mindestens seit dem Jahr 1995 sind innerhalb des linksextremistischen Lagers zumeist auf scharfe Ablehnung gestoßen. Auch die offene Sympathie für den Islam fundamentalistischer Prägung, der sowohl in Bekennerschreiben der AIZ als auch in den Bekundungen der beiden mutmaßlichen Tatverdächtigen zum Ausdruck kommt, trifft bei Linksextremisten überwiegend auf Unverständnis. So veröffentlichte die Szeneschrift "radikal" Nr. 154 vom Juni 1996 den Beitrag "Von der 'Schönheit' des Islams – Einige Anmerkungen zu den willentlichen Irrungen der aiz". Dort wird unter anderem zur AIZ festgestellt: "Ihre selbstgewählten Bündnispartner mögen zwar ausgesprochen mutige Kämpfer abgeben, bewegen sich aber mit ihren Zielen und ihrer Praxis in einem Feld, in dem es aus linksradikaler Sicht keine

*keine Terrorakte
in Brandenburg*

Gemeinsamkeiten geben kann. Im Gegenteil: Die Politik der Islamisten ist reaktionär, rassistisch und sexistisch. ... Da die aiz an dieser Politik Gefallen findet, dürfte es wohl kaum möglich sein, sie weiter im Bereich der Linken zu orten. ... Zu einer Gruppe, die den Einsatz von selbstgebauten Splitterbomben auf belebten Plätzen gutheißt, darf es kein solidarische Verhalten geben.”

Deshalb lösten auch befristete Hungerstreikaktionen der beiden inhaftierten Tatverdächtigen keine nennenswerte Solidaritätskampagne in der Szene aus.

Es ist bislang nicht erkennbar, daß sich Linksextremisten in Brandenburg in erwähnenswerter Weise mit der AIZ-Thematik beschäftigen.

„Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Auch 1996 ist die RAF nicht zu Terrorakten zurückgekehrt. Ihr Fortbestand als terroristische Vereinigung wird immer zweifelhafter. Die RAF-Angehörige Birgit HOGFELD sprach sich in ihrer Schlußerklärung am 29. Oktober vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main für eine Auflösung der RAF aus. Sie sagte: “Wir waren denen, die wir bekämpfen wollten, ... sehr ähnlich und sind ihnen wohl immer ähnlicher geworden. ... Der Kampf, wie ihn die RAF geführt hat, gehört einer vergangenen Epoche an. Heute denke ich, daß eine Selbstreflexion allerspätestens 77 hätte einsetzen müssen, anstatt in eine Auseinandersetzung RAF – Staat zu treiben, bei der die Gesellschaft, aber auch der Großteil der Linken außen vor stand. Deshalb finde ich die Aufforderung von Helmut Pohl [inhaftiertes RAF-Mitglied] an die Illegalen, ihre Auflösung als RAF zu erklären, richtig – dieser Schritt ist lange überfällig. ...” Damit gestand sie ein, daß das RAF-Konzept des bewaffneten Kampfes gescheitert ist.

Die RAF folgte dieser Empfehlung nicht. Vielmehr meldete sie sich mit einem Schreiben vom 29. November an eine Nachrichtenagentur wieder zu Wort – dies ihre erste öffentliche Stellungnahme seit dem 6. März 1994. In diesem Papier wie auch in daran anknüpfenden weiteren Schreiben offenbart die RAF – auf gegenüber früheren Verlautbarungen abgesunkenem intellektuellen Niveau – ihre Rat- und Konzeptionslosigkeit. Sie pocht zwar darauf, daß “gewalttätige Verhältnisse mit revolutionärer Gegengewalt” zu beantworten seien, bietet dafür aber keine Strategie an, die auch nur für Sympathisanten nachvollziehbar wäre. Überhaupt ist es fraglich, inwieweit die RAF derzeit noch handlungsfähig oder gar in der Lage ist, Anschläge zu verüben.



*Konzept des
bewaffneten
Kampfes
gescheitert*

*Rat- und
Konzeptions-
losigkeit*

Öffentliches Interesse fanden 1996 – neben dem erwähnten Prozeß gegen Birgit HOGEFELD – die Verurteilung von Souhaila ANDRAWES wegen ihrer Beteiligung an der Entführung der Lufthansa-Maschine “Landshut” 1977 nach Mogadischu und der Prozeß gegen Monika HAAS wegen des Verdachts der Unterstützung dieser Entführung durch Waffenlieferungen. Besondere Aufmerksamkeit zog auch das in der Presse so bezeichnete “Aussteigerprogramm“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf sich. Im Rahmen dieses Programms ist der ehemals der RAF-Kommandoebene zugeordnete Christoph SEIDLER in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt; der Haftbefehl gegen ihn ist mittlerweile aufgehoben.

Im Jahr 1997 wird die Aufarbeitung der RAF-Geschichte besonderes Interesse finden. Denn es jähren sich zum 20. Mal die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seiner beiden Begleiter Wolfgang Göbel und Georg Wurster, des Vorstandssprechers der Dresdner Bank Jürgen Ponto und des Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände Hanns-Martin Schleyer, die Entführung der Lufthansa-Maschine “Landshut” und der Selbstmord der in Stammheim inhaftierten Wortführer der sog. ersten RAF-Generation Andreas BAADER, Gudrun ENSSLIN und Jan-Carl RASPE. In der linksextremistischen Szene wurde und wird der Selbstmord der genannten RAF-Angehörigen – selbst nach den eindeutigen Aussagen damaliger RAF-Mitglieder – immer noch als staatliche Hinrichtung deklariert, ähnlich wie dies Rechtsextremisten von ihrem Idol Rudolf Heß behaupten.

Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Beschäftigung mit diesen Ereignissen in der linksextremistischen Szene genauso viel Interesse wie in den Medien finden wird.

Auch Brandenburger Linksextremisten befassen sich mit der RAF. In der Nacht zum 27. Juni 1996 wurden an einer Autobahnbrücke bei Neuruppin Transparente mit der Aufschrift: “Grams – es war Mord” und “GSG 9 tötete Wolfgang Grams” angebracht. Diese Aktion stand offenbar im Zusammenhang mit der linksextremistischen Gedenkveranstaltung am 27. Juni in Bad Kleinen, die an die Ereignisse auf dem dortigen Bahnhof vor drei Jahren erinnern sollte. Im Zusammenhang mit der damals beabsichtigten Festnahme des RAF-Mitglieds Wolfgang GRAMS stellen Linksextremisten bis heute die Behauptung auf, er sei von der Bundesgrenzschutzeinheit GSG 9 hingerichtet worden. Bei der Gedenkveranstaltung, an der auch Brandenburger Linksextremisten teilnahmen, wurde dazu aufgerufen, der “staatlichen Selbstmordversion” die “Wahrheit” entgegenzustellen.

Gedenk-
veranstaltung

Weitere terroristische Vereinigungen



Seit dem Anschlag am 24. Juli 1995 auf die Lürssen-Werft in Lemwerder bei Bremen haben die "Revolutionären Zellen" (RZ) keinen Terrorakt mehr begangen. Das läßt aber noch nicht die Schlußfolgerung zu, daß sie dazu nicht mehr in der Lage wären. Die "Revolutionären Zellen" und die entsprechende Frauengruppe "Rote Zora" zeichnen sich dadurch aus, daß ihre Angehörigen unauffälligen beruflichen Tätigkeiten nachgehen und in ihrer Freizeit Anschläge verüben. Das hat für sie den Vorteil, daß ihre Aktionen weniger Logistik erfordern, als wenn sie aus der Illegalität heraus vorbereitet würden.

In Brandenburg haben die "Revolutionären Zellen" 1993 einen Sprengstoffanschlag zum Nachteil des Grenzschutzamtes Frankfurt (Oder) verübt. Seither sind sie hier nicht mehr in Erscheinung getreten.

Die Gruppe "Das K.O.M.I.T.E.E.", die am 27. Oktober 1994 einen Anschlag auf das Kreiswehersatzamt in Bad Freienwalde verübt hatte und am 11. April 1995 durch eine Polizeistreife an der Sprengung der Abschiebehafenanstalt Berlin-Grünau gehindert worden war, hat sich nach ihrer Auflösungserklärung vom 6. September 1995 nicht mehr zu Wort gemeldet.

Gleichwohl haben Publikationen der linksextremistischen Szene auch 1996 das Konzept, das hinter dem mißlungenen Anschlag auf die Abschiebehafenanstalt Berlin-Grünau stand, thematisiert. So schrieb beispielsweise die Untergrundzeitschrift "radikal" Nr. 154 vom Juni unter der Überschrift "Militanz – da reden wir lieber nicht drüber?": "... bei der versuchten Sprengung eines (im Bau befindlichen) Abschiebeknastes handelt es sich ja um eine Aktion, die sozusagen aus der Mitte der derzeit wohl stärksten Bewegung innerhalb der Linken kommt; also nicht losgelöst von derzeit geführten Diskussionen ist... Woran sich also die Frage anschließt: Wenn selbst diese Aktion, in deren Zusammenhang auch noch drei Menschen abtauchen mußten, nicht dazu genutzt wird, sich über politische Interventionsformen auszutauschen und darüber zu diskutieren, wann dann?"

Diese Frage läßt erkennen, daß sich in Teilen der linksextremistischen Szene Unsicherheit über den Sinn und den politischen Erfolg terroristischer Aktionen breitmacht.

*Unsicherheit
über Sinn und
politischen Erfolg
terroristischer
Aktionen*

Marxistisch-leninistische Parteien und ihre Nebenorganisationen

“Deutsche Kommunistische Partei” (DKP)

Gründungsjahr:	1968
Sitz:	Essen
im Land Brandenburg aktiv seit:	1990
Nebenorganisation (Jugendorganisation):	“Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
Mitglieder bundesweit:	über 6.000
Brandenburg:	60
für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Unsere Zeit” (UZ)
Brandenburger Publikation:	“Roter Brandenburger”



In den ostdeutschen Bundesländern hat sich die DKP bisher nur ansatzweise etablieren können. Ihre Attraktivität ist selbst für Personen, die weiterhin kommunistischen Ideen anhängen, relativ gering.

Die Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg war durch ideologische Differenzen und innerparteiliche Richtungskämpfe im Jahr 1993 in drei Organisationseinheiten zerfallen; nunmehr hat sich 1996 eine eigene, zunächst von einer Koordinierungsgruppe geleitete, Landesorganisation Brandenburg konstituiert. Sie gibt jetzt ein eigenes Mitteilungsblatt heraus. Die darin behandelten Themen reichen von “Sozialabbau” und “Siegerjustiz” über DDR-Reminiszenzen bis zu Kommentaren und Berichten von Veranstaltungen der DKP oder gleichgesinnter Organisationen. Nach dem Tenor der meisten Beiträge zu urteilen, verharrt die brandenburgische DKP in der konventionellen marxistisch-leninistischen Ideologie.

Entsprechend hält sie unverändert an ihrer revolutionären Zielsetzung fest.

*Landes-
organisation
Brandenburg*

Die DKP hält Ausschau nach gleichgesinnten Bündnispartnern unter verschiedenen kommunistischen Gruppierungen. Sie unterhält auch weiterhin Verbindungen zu ausländischen “Bruderparteien” – zumeist kommunistischen Überbleibseln der ehemals staatstragenden Parteien im “sozialistischen Lager”.

Die “Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend” (SDAJ) hat sich auch 1996 in Brandenburg nicht bemerkbar gemacht.

“Kommunistische Partei Deutschlands” (KPD)

Gründungsjahr:	1990
Sitz:	Berlin
im Land Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	200
Brandenburg:	40

Die KPD, die sich traditionsbewußt auf das Erbe Luxemburgs und Liebknechts, aber auch Thälmanns beruft und einer orthodox-kommunistischen Weltanschauung die Treue hält, erkennt immerhin an, daß sie ihre revolutionären Ziele nicht so bald wird erreichen können. Deshalb bleibt die KPD zunächst darum bemüht, die Einheit aller kommunistischen Kräfte in Deutschland zu erreichen. Dieser Absicht ist wegen offenbar schwer überbrückbarer ideologischer Differenzen der Beteiligten bisher ein Erfolg versagt geblieben. Zwar unterhält die KPD Kontakte zu anderen revolutionär-marxistischen Parteien und Vereinigungen, u.a. zur “Deutschen Kommunistischen Partei” (DKP) und zum “Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD” (AB), jedoch haben die Annäherungsversuche aufgrund mangelnder Bündnisfähigkeit vorerst nicht zu einer Vereinigung geführt. Überdies ist die KPD selbst von internen Auseinandersetzungen geschwächt.

Die KPD ist Mitglied der “Neuen Kommunistischen Internationale” (NKI), die Ende 1995 in Sofia gegründet wurde. In ihr haben sich ultraorthodoxe kommunistische, zum Teil stalinistisch ausgerichtete Parteien zusammengeschlossen, die allesamt kaum mehr sind als Splittergruppen. In Brandenburg ist die KPD aus ihrem Schattendasein nicht herausgetreten.

“Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands” (MLPD)

Gründungsjahr:	1982
Sitz:	Essen
im Land Brandenburg aktiv seit:	1990
Nebenorganisation (Jugendorganisation):	“Rebell”
Mitglieder bundesweit:	2700
Brandenburg:	50
für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Rote Fahne”



Nach wie vor ist die MLPD bemüht, in den ostdeutschen Bundesländern stabile Organisationsstrukturen aufzubauen: MLPD-Gruppen in Westdeutschland betreuen im Rahmen von “Patenschaften” Initiativgruppen in ostdeutschen Städten, erfahrene MLPD-Kader sind auf Weisung ihrer Parteiführung hierher übergesiedelt. In Brandenburg haben sich hauptsächlich an Standorten der metallverarbeitenden Industrie einige wenige Ortsgruppen gebildet.

Die MLPD konzentriert sich in Brandenburg darauf, die Forderungen von Belegschaften nach Erhaltung ihrer durch Betriebsstillegungen bedrohten Arbeitsplätze ideologisch zu unterstützen.

Da sich die MLPD nicht nur auf die Lehren von Marx, Engels und Lenin, sondern auch auf die von Stalin und Mao Zedong beruft, nimmt sie im Kreis der kommunistischen Parteien eine Außenseiterrolle ein. Trotzdem schaltet sie sich in breit angelegte Aktionen des demokratischen linken wie auch des linksextremistischen Spektrums ein. Zahlreiche ihrer Mitglieder – auch aus Brandenburg – beteiligten sich beispielsweise an der unfriedlich endenden sog. Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1996 in Berlin-Friedrichsfelde. Jedoch waren MLPD-Anhänger offenbar selbst nicht in Gewalttätigkeiten verwickelt.

Die Jugendorganisation “Rebell”, die in Brandenburg über vereinzelte Mitglieder verfügt, trat auch 1996 – außer als Mitunterzeichner einzelner MLPD-Plakate – nicht spürbar in Erscheinung.

Ortsgruppen

*Jugendorganisation
“Rebell”*

nach und nach zurückdrängen und schließlich beseitigen; an ihre Stelle solle eine freiheitliche, selbstverwaltete Gesellschaft mit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung treten.

Die Hauptkampfform der zur FöGA zählenden Aktionsgruppen ist die des zivilen Ungehorsams. Hierzu gehören Besetzungen, Blockaden, Sabotageakte und die bewußte Mißachtung staatlicher Gesetze. Die deklarierte Gewaltfreiheit meint im übrigen nur den Verzicht auf unmittelbare Gewalt gegen Menschen; Gewalt gegen Sachen gilt hingegen als legitim. Aktuell tritt die FöGA in der Anti-Atom-Bewegung mit Aktionen gegen die CASTOR-Transporte hervor. Dabei vermischen sich die angeblich "gewaltfreien" Aktionen der FöGA mit Gewalttaten autonomer Gruppen, unter denen die FöGA offenbar zunehmend Anhänger gewonnen hat.

*ziviler
Ungehorsam*

Trotzkisten

Auch im Jahr 1996 spielten Trotzkisten und sonstige marxistische Revolutionäre in Brandenburg keine Rolle.

Die von der entristisch agierenden "Sozialistischen Alternative VORAN" (SAV) gesteuerte Organisation "Jugend gegen Rassismus in Europa" hat ihrem Namen nunmehr die Bezeichnung "Jugendoffensive"(JO/JRE) vorangestellt. Denn sie wendet sich jetzt nicht nur dem Thema "Rassismus", sondern auch anderen szenetypischen Themen wie "Atompolitik" zu. Sie will sich zu einer kämpferischen linken Jugendbewegung mit dem erklärten Ziel entwickeln, einen breiten Widerstand zu organisieren und die Gesellschaft grundlegend zu verändern. Der JO/JRE ist es zeitweilig gelungen, eine größere Zahl von Anhängern vor allem aus den Reihen der autonomen "Antifa" an sich zu binden. Versuche, die jugendlichen Autonomen in die organisatorischen und ideologischen Strukturen der SAV einzubinden, schlugen jedoch regelmäßig fehl, zumal wenn der trotzkistische Charakter der Organisation offenbar wurde.

*"Sozialistische
Alternative
VORAN"*

"Jugendoffensive"

Die "Vereinigung für sozialistische Politik" (VSP), die durch Umbenennung aus der "Vereinigten Sozialistischen Partei" entstand, hatte bereits 1995 aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl ihren Parteienstatus aufgegeben. Sie gibt die Zweiwochenschrift "Sozialistische Zeitung" (SoZ) heraus. Der Anklang, den die VSP in Brandenburg findet, ist gering.

*"Vereinigung
für sozialistische
Politik"*

Vereinigungen wie die "Revolutionären Kommunisten" (RK) oder die "Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands" (SpAD), die in anderen ostdeutschen Bundesländern aktiv geworden sind, haben sich in Brandenburg noch nicht bemerkbar gemacht.

Hausbesetzerszene

Obschon sie in ihrer Gesamtheit nicht als extremistisch anzusehen ist, bildet die Hausbesetzerszene nach wie vor immer wieder Nährboden und Rückzugsraum für autonome Gruppen. Deshalb bleibt es wünschenswert, daß es staatlichen und kommunalen Behörden sowie freien Trägern von Jugend- und Sozialarbeit gelingt, die lokalen Ansatzpunkte gewaltgeneigter linksextremistisch beeinflusster Jugendcliquen zu befrieden. Ansonsten kann sich eine mit Abenteuerertum gepaarte jugendtypische Protesthaltung zu einer antidemokratischen Grundeinstellung verhärten, so daß die betroffenen Jugendlichen dann auch linksextremistische Vorstellungen- und Handlungsmuster übernehmen und entsprechend agieren.

*Häufung von
Anschlägen auf
Bahnanlagen*

Zwar ist die Zahl gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksextremistischen Gruppen in Brandenburg 1996 zurückgegangen, nicht aber die Militanz von brandenburgischen Linksextremisten insgesamt, soweit die Straftatenstatistik sie ausweist. Denn in dieser spiegelt sich unter anderem auch die Häufung von Anschlägen auf Bahnanlagen im Rahmen der Anti-Castor-Kampagne. Der Widerstand gegen die Castor-Transporte wird auch 1997 ein wesentlicher Aktionsschwerpunkt für die Autonomen bleiben. Ob es ihnen gelingt, die Anti-AKW- bzw. Anti-Nukleartransport-Kampagne, wie in vielen Diskussionspapieren gefordert, thematisch zu verbreitern, steht dahin. Sie werden aber auch sonst versuchen, die Anliegen gesellschaftlicher Protestbewegungen und soziale Konflikte aufzugreifen und für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

*Vernetzungsansätze
der links-
extremistischen
Szene*

In Brandenburg haben sich autonome Kerngruppen gebildet, die sich teilweise auch bisher schon in bundesweite Vernetzungsansätze der linksextremistischen Szene einbrachten. Dieser Trend wird anhalten, zumal die auf unterschiedlichen Sozialisationen, Erfahrungshorizonten und Verhaltensformen beruhenden Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Autonomen zusehends abgenommen haben.

Eigenständige terroristische Vereinigungen sind im Land Brandenburg bis jetzt nicht entstanden. Die Ereignisse der letzten Jahre haben jedoch erwiesen, daß Aktionen terroristischen Charakters in Brandenburg auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden können. Ein Potential von Sympathisanten und Unterstützern für Personenzusammenhänge wie etwa "Das K.O.M.I.T.E.E." ist bereits vorhanden. Daß einzelne Brandenburger sich an terroristischen Aktionen überregional agierender Gruppen beteiligen könnten, ist durchaus vorstellbar.

Die in Brandenburg vertretenen linksextremistischen Parteien lassen in ihren programmatischen Absichtserklärungen zweifelsfrei erkennen, daß ihre Ziele der bestehenden Verfassungs- und Rechtsordnung entgegenstehen. Jedoch gehen sie über solche rein verbalen Bekundungen bisher nicht hinaus. Anhaltspunkte für ein aggressiv-kämpferisches oder gar militantes Vorgehen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung finden sich derzeit bei keiner der beschriebenen Parteien. Hinzu kommt ihre geringe Resonanz in der Öffentlichkeit. Deshalb ist die von ihnen ausgehende Gefahr als gering zu bewerten.



Nach einer Randalé von vermummten Hausbesetzern in Berlin blieb diese ausgebrannte Straßenbahn zurück. Kriminalbeamte untersuchen den Schaden.

Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Brandenburg	
	1995	1996	1995	1996
Autonome¹	6 000	über 6 000	350	350
Anarchisten	wenige Hundert	wenige Hundert	30	30
DKP	6 000	über 6 000	50	60
KPD	200	200	40	40
MLPD	2 700	2 700	50	50
VSP	150	150	Einzelpersonen	Einzelpersonen

¹ Die Zahl der Angehörigen autonomer Gruppen wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- a) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig wurden;
- b) bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- c) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig wurden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- d) extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

Linksextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg ¹

	1994	1995	1996
Körperverletzung	16	6	8
Brandstiftung	5	1	0
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Störung des öffentlichen Friedens	23	12	8
Sachbeschädigung	137	9	11
sonstige	35	27	22
gesamt	216	55	49

¹ Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des Landeskriminalamtes Brandenburg; die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

3. Ausländerextremismus

Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland

Bestimmte Gruppierungen von Ausländern propagieren Ideologien und Programme, die Intoleranz und Aggressivität gegenüber politischen Gegnern einschließen. Überdies versuchen sie auch in Deutschland, politische Veränderungen in ihren jeweiligen Herkunftsländern mit Gewaltaktionen oder sogar dem Einsatz terroristischer Mittel zu befördern. Damit stellen sie eine Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung und auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland dar. Die Gefahren für die innere Sicherheit, die von solchen Organisationen ausgehen, können latent bestehen und auf Dauer wirken, aber sich auch kurzzeitig zu akuten Bedrohungen verdichten. Doch auch innerhalb dieser Gruppierungen herrschen oft genug Gewalt und Terror: Für solche Organisationen mit starrer Ideologie und undemokratischem Organisationsgefüge ist es charakteristisch, daß sie unbotmäßige Mitglieder drangsalieren und verfolgen oder abgespaltene Gruppen erbittert bekämpfen.

Das Spektrum der in der Bundesrepublik Deutschland aktiven Extremisten ausländischer Herkunft ist breit, es umfaßt linksextremistische, islamistische wie auch extrem-nationalistische Organisationen. Deren Orientierung kann sich im Laufe der Zeit durchaus verändern.

So ist die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) grundsätzlich marxistisch-leninistisch ausgerichtet, hat aber seit einiger Zeit auch starke nationalistische Vorstellungen aufgenommen. Da sie die Schwelle zum Terrorismus unverkennbar überschritten hatte, wurde ihr im November 1993 jede Betätigung in der Bundesrepublik Deutschland vereinsrechtlich verboten. Dennoch hat sie hier ihre Propaganda- und Gewaltaktionen in gewissem Umfang fortgesetzt. Ihrem Ziel, auf diese Weise durch Druck auf Deutschland die Haltung der Türkei zum ungelösten Kurdenkonflikt zu beeinflussen, waren diese Aktionen allerdings äußerst abträglich. Diese Einsicht hat den PKK-Generalsekretär Abdullah ÖCALAN offenbar veranlaßt, nunmehr seine Anhänger zur Friedfertigkeit aufzurufen. Ob der erhebliche Rückgang der PKK-Straftaten in Deutschland seit 1996 von Dauer ist, muß sich angesichts der von der Türkei weiterhin verfolgten militärischen Lösung des Konflikts in Kurdistan erst noch erweisen.

*"Arbeiterpartei
Kurdistans"*

Hingegen sind zwei Wellen von bundesweiten Brandanschlägen und anderen Gewalttaten türkischen Linksextremisten zuzuschreiben. Die erste, am Anfang des Jahres 1996, wurde durch Häftlingsrevolten in türkischen Gefängnissen ausgelöst. Die zweite Kampa-



*ein von
türkischen
Linksextremisten
zerstörtes
türkisches
Reisebüro
in Hessen*

gne in der Jahresmitte stand im Zusammenhang mit Protestaktionen verschiedener Organisationen, die den Hungerstreik von Gesinnungsgenossen in türkischen Gefängnissen – zwölf Häftlinge starben dabei – unterstützten. Bei knapp 60 Anschlägen allein im Juli wurde an türkischen Geschäften und anderen Einrichtungen zum Teil schwerer Sachschaden verursacht. Hinter diesen Aktionen stand offensichtlich ein “Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen in der Türkei”, das überwiegend von den revolutionär-marxistischen Gruppen “Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten” (TKP/M-L), “Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei” (MLKP) und “Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front” (DHKP-C) getragen wird.

*“Solidaritäts-
komitee für die
politischen
Gefangenen
in der Türkei”*

Die DHKP-C ist der aktivere der beiden verfeindeten Flügel, in die sich die “Devrimci Sol” – sie unterliegt seit 1983 in Deutschland einem Betätigungsverbot – aufgespalten hatte. Diese Spaltung war im Gefolge einer heftigen Auseinandersetzung um die Person des damaligen “Devrimci Sol”- und jetzigen DHKP-C-Führers Dursun KARATAS eingetreten. Wenn Anhänger beider Flügel aufeinandertreffen, gehen sie selbst mit Waffengewalt gegeneinander vor.

“Devrimci Sol”

Auch die TKP/M-L ist in zwei Flügel gespalten, die sich bislang jedoch nur publizistisch bekämpfen, möglicherweise sogar sich wieder einander annähern. Anhänger dieser Partei unternehmen seit Jahren gewaltsame Aktionen in Deutschland.

Die MLKP ist erst 1994 in Erscheinung getreten, entfaltet aber zunehmend extremistische Aktivitäten.

In Deutschland sind weiterhin Organisationen tätig, deren Konzept von der politischen Rolle des Islam den Grundnormen eines demokratischen Staats- und Gesellschaftsaufbaus entgegengesetzt ist. Islamistische Organisationen haben sich hier bislang mit der Propaganda für ihre Ideologien, der Werbung von Mitgliedern, dem Ausbau von Strukturen und der Verbesserung ihrer materiellen Grundlagen begnügt. Terrorgruppen wie die algerische "Islamische Bewaffnete Gruppe" ("Groupe Islamique Armée" – GIA) haben andere Länder Europas, besonders Frankreich, jedoch schon mit einer Reihe von Bombenanschlägen heimgesucht.

Des weiteren sind auch Gruppen erwähnenswert, die in Verbindung mit Regierungsstellen ihrer Länder gegen Landsleute im Ausland, insbesondere Regimegegner, vorgehen. Ein Beispiel hierfür war die Ermordung von drei führenden Mitgliedern der iranisch-kurdischen "Demokratischen Partei Kurdistan-Iran" (DPK-I) und ihres Dolmetschers im September 1992 in Berlin. Im Prozeß wurde den Angeklagten auch vorgehalten, im Auftrag von Behörden des Iran gehandelt zu haben; das Gerichtsurteil bestätigte diesen Vorwurf.

Schließlich bedrohen palästinensische und sonstige arabische Terrororganisationen, von denen sich auch Anhänger und Sympathisanten in Deutschland aufhalten, zumindest latent die Sicherheit in unserem Land. Diese Gruppen bekämpfen den Staat Israel und den Friedensprozeß im Nahen Osten nicht nur durch Propaganda, sondern auch durch Terroranschläge. Zu nennen sind hier besonders die "Abu-Nidal-Organisation" (ANO), die sich 1973 von der FATAH Yasser ARAFATs abgespalten hatte, die "Islamische Widerstandsbewegung" (HAMAS), die mit dem Beginn der palästinensischen Intifada Ende 1987 in Erscheinung getreten war, und die 1982 im Libanon entstandene schiitisch-extremistische Terrororganisation "Hizb Allah" (Partei Gottes).

Zu den Gruppierungen, von denen akute Risiken für die innere Sicherheit ausgehen können, zählt seit Sommer 1996 wieder die "Provisional Irish Republican Army" (PIRA). Am 28. Juni verübten PIRA-Mitglieder einen Anschlag mit drei Mörsergranaten auf die "Quebec-Kaserne" der britischen Rheinarmee in Osnabrück. Dieser seit 1990 erste PIRA-Anschlag in Deutschland zeigt, daß die Organisation auch hier versucht, mit terroristischen Mitteln Druck auf die britische Regierung auszuüben, um den Fortgang des stagnierenden Friedensprozesses in Nordirland zu beeinflussen.

*"Islamische
Bewaffnete
Gruppe"*

"Mykonos"-Prozeß

*palästinensische
und arabische
Terror-
organisationen*

*"Provisional Irish
Republican Army"*

Sicherheitslage im Land Brandenburg

“Arbeiterpartei Kurdistans” (PKK)

Gründungsjahr:	1978
Sitz:	Damaskus (Exil)
im Land Brandenburg aktiv seit:	1993
internationale Teilorganisation:	“Nationale Befreiungsfront Kurdistans” (ERNK)
Anhänger bundesweit:	über 9400
Publikationen:	“Serxwebun” (Unabhängigkeit) “Kurdistan-Report”

Betätigungsverbot für die PKK und die ERNK in Deutschland durch den Bundesinnenminister am 26. November 1993



“Devrimci Sol” (Revolutionäre Linke)

Gründungsjahr:	1978
Sitz:	Türkei
im Land Brandenburg aktiv seit:	1993
Anhänger bundesweit:	über 960
Publikationen:	“Devrimci Sol” - Nachrichtenbulletin “Devrimci Sol”

Betätigungsverbot in Deutschland durch den Bundesinnenminister am 9. Februar 1983

Spaltung Mitte 1994 in “Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front” (DHKP-C)
und
“Türkische Volksbefreiungspartei-Front-Revolutionäre Linke” (THKP-C – Devrimci Sol)

DEVİRİMCİ SOL

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Brandenburg immer noch relativ gering von Aktivitäten extremistischer Ausländerorganisationen betroffen. Diese sehen in ihren Landsleuten, die hierher zugewandert sind oder hier ein Gewerbe betreiben, offenbar noch keine tragfähige Basis für feste und dauerhafte Strukturen. Die beiden oben erwähnten Gewaltwellen, für die türkische Linksextremisten verantwortlich waren, haben nicht auf Brandenburg übergegriffen.

Immerhin haben aber auch in Brandenburg türkische und kurdische Extremisten versucht, von Landsleuten Spenden- und Schutzgelder zu erpressen. Eine solche kriminelle Beschaffung von Finanzmitteln ist vor allem für die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) und die "Devrimci Sol" bzw. deren beide Flügel eine bundesweit gängige Praxis. Entsprechende Fälle werden von den Opfern – auch aus Angst vor Repressalien – sehr selten bei der Polizei angezeigt.

Die "Devrimci Sol" und die PKK sind in Deutschland weiterhin konspirativ tätig. Die PKK findet zudem mit Hilfe von Nebenorganisationen, die vom Betätigungs- bzw. Vereinsverbot nicht erfaßt sind, auch Wege, um an die Öffentlichkeit zu treten.

Ein von ihr angeregtes und beeinflusstes kurdisches "Exilparlament" soll ihr helfen, die nunmehr angestrebte Form "kurdischer Autonomie" innerhalb des türkischen Staatsverbandes zu erreichen. In diesem Zusammenhang haben PKK-Organisationen, aber auch für sie handelnde deutsche Unterstützergruppen vor allem in der ersten Jahreshälfte 1996 bundesweit bei Landesbehörden, auch brandenburgischen, um Gesprächskontakte nachgesucht.

Ausblick

Solange etablierte und kontinuierlich arbeitende Struktureinheiten extremistischer Ausländerorganisationen im Land Brandenburg noch nicht vorhanden sind, wird sich deren Tätigkeit in Einzelaktionen äußern, die vor allem außerhalb des Landesgebietes initiiert werden. Diese Aktionen haben häufig ihren Ursprung in den politischen Verhältnissen, den Entwicklungen und Ereignissen im Herkunftsgebiet der Extremisten.

In größere, bundesweite Kampagnen eingebunden, stellen solche Aktionen gegebenenfalls eine massive Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dar. Grundsätzlich ist nicht ausgeschlossen, daß auch einmal Brandenburg von einer Anschlagswelle, wie sie 1996 von

türkischen Linksextremisten ausgelöst wurde, erfaßt wird. Türkische Geschäfte und andere Einrichtungen, die Angriffsziele bieten könnten, gibt es auch hier mittlerweile in beträchtlicher Anzahl.

Die labile politische Lage im Nahen und Mittleren Osten, insbesondere der schwierige israelisch-palästinensische Friedensprozeß, könnte für Terrororganisationen aus diesem Raum Anlaß sein, auch in Deutschland aktiv zu werden. Die aktuelle Gefahrenlage kann im voraus kaum zuverlässig fixiert werden. Gerechnet werden muß auch mit dem energischeren Auftreten islamistischer Gruppierungen, die ihre Ideen weltweit im Vordringen sehen und daraus wie auch aus der Regierungsbeteiligung einer islamistischen Partei in der Türkei mit Sicherheit neue Impulse für ihr Handeln ableiten werden.



*“kurtulus” –
Organ der
“Revolutionären
Volksbefreiungs-
partei-Front”*

GEHEIMSCHUTZ

Auch im Jahr 1996 hat die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde an Sicherheitsüberprüfungen mitgewirkt.

Derartige Überprüfungen sind dann erforderlich, wenn zum Beispiel einem Behördenangehörigen ein Aufgabengebiet übertragen werden soll, in dem im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Informationen – sog. Verschlusssachen – zu bearbeiten sind. Welche Aufgabengebiete in den einzelnen Behörden in Betracht kommen, stellt der vom Behördenleiter bestellte Geheimschutzbeauftragte fest, der für die Sicherheitsüberprüfung originär zuständig ist. In seiner Verantwortung liegt, wer zu überprüfen ist und welche Überprüfungsart erforderlich ist. Es gibt drei Überprüfungsarten:

- die “einfache Sicherheitsüberprüfung” gilt für Verschlusssachen bis zum Geheimhaltungsgrad VS-VERTRAULICH;
- die “erweiterte Sicherheitsüberprüfung” für Verschlusssachen bis GEHEIM;
- die “erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen” für Verschlusssachen bis STRENG GEHEIM.

Die Sicherheitsüberprüfung findet nicht etwa hinter dem Rücken des Bediensteten statt. Sie darf vielmehr nur mit Zustimmung des Betroffenen und gegebenenfalls in die Überprüfung einzubeziehender Personen erfolgen. Wird nicht zugestimmt, ist das Verfahren beendet. Dem Bediensteten darf dann aber die vorgesehene sicherheitsempfindliche Tätigkeit nicht zugewiesen werden.

Die von dem Bediensteten ausgefüllte Sicherheitserklärung leitet der Geheimschutzbeauftragte an die Verfassungsschutzbehörde weiter, die erst dann tätig wird. Die Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde bei der Sicherheitsüberprüfung sind in den am 16. April 1991 von der Landesregierung beschlossenen “Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Personen im Rahmen des Geheimschutzes – Sicherheitsrichtlinien/SiR – Brandenburg” geregelt und dem zu Überprüfenden bekannt.

Geprüft wird, ob – z. B. wegen Zweifeln an der persönlichen Zuverlässigkeit oder der Gefahr der Anwerbung für fremde Nachrichtendienste – ein Sicherheitsrisiko vorliegt, das eine Beschäfti-


*Sicherheits-
überprüfungen*

*Sicherheits-
erklärung*

Forschungsergebnisse, die
geschützt sind, sichern den
wirtschaftlichen Vorsprung

Geheimenschutz ist notwendig

*“Geheimenschutz
ist notwendig” –
Plakat des
Bundesamtes für
Verfassungsschutz*

Bundesamt für
Verfassungsschutz 

gung im sicherheitsempfindlichen Bereich ausschließt. Ergeben sich solche Zweifel, werden diese mit dem Überprüften besprochen. Können sie nicht ausgeräumt werden, kann der Bedienstete letztlich nicht auf dem vorgesehenen Arbeitsplatz eingesetzt werden. Die Entscheidung unterliegt der gerichtlichen Nachprüfung.

SPIONAGEABWEHR

Spionage ist darauf gerichtet, Erkenntnisse, Tatsachen oder auch Gegenstände insbesondere aus den Bereichen von Wirtschaft und Wissenschaft sowie Politik und Militär zu erlangen.

Aufklärungs- aktivitäten

Die stärksten Aufklärungsaktivitäten seitens der osteuropäischen Nachrichtendienste sind 1996 erneut von der Russischen Föderation ausgegangen.

Nach dem Untergang des kommunistischen Machtbereichs war zunächst ein Rückgang der Spionageaktivitäten zu beobachten. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung, d. h. der Öffnung der Märkte und der damit einhergehenden stärkeren wirtschaftlichen Konkurrenz, und der politischen Neubestimmung der nun unabhängigen Nationalstaaten in Ost- und Mitteleuropa ist inzwischen wieder eine Zunahme der Aktivitäten zu verzeichnen. Es kann festgestellt werden, daß die Auseinandersetzung der Ideologien durch den wirtschaftlichen Wettbewerb abgelöst wurde. Damit verband sich eine Korrektur der Zielrichtung der Nachrichtendienste. Waren es vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtbereichs vorwiegend der politische und militärische Bereich, die das Interesse erregten, so ist es heute verstärkt der wirtschaftlich/wissenschaftliche Sektor.

Zunahme der Aktivitäten

Dabei spielen die ökonomische Stärke und der Standard der Bundesrepublik in Wissenschaft und Forschung eine tragende Rolle. Hinzu kommt, daß die Zahl der gegen Deutschland tätigen Nachrichtendienste zugenommen hat.

Wirtschafts- spionage

Aufgabe der Spionageabwehr ist es, die oben beschriebenen Bemühungen von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Ländern fernzuhalten. Bei der Wirtschaftsspionage muß aber strikt zwischen der sog. Konkurrenzspionage (strafbar gem. §§ 17 ff. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) und der Spionage durch bzw. für den Geheimdienst einer "fremden Macht", also einer ausländischen Regierung (strafbar gem. §§ 94 ff. StGB), unterschieden werden. Nur der letztere Bereich ist Aufgabe der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes, wobei die Grenzziehung im Einzelfall durchaus schwierig sein kann.

Um ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, bedient sich die Spionageabwehr vor allem der Einzelverdachtsfallbearbeitung und der sog. Gegenoperation. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse werden methodisch ausgewertet. Sie führen in Zusammenarbeit mit der Polizei zur Enttarnung von Agenten, fließen in die Beratung von gefährdeten Unternehmen und Behörden ein und werden benutzt, um die Vorgehensweise der Spionageabwehr ständig der aktuellen Lage anzupassen.

Arbeitsweise fremder Nachrichtendienste

Die Arbeitsweise fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Brandenburg unterliegt dem Wandel. Gerade der technische Fortschritt führt zu Veränderungen. In den Kernbereichen kann das Verhalten der Nachrichtendienstoffiziere jedoch als durchaus konservativ bezeichnet werden.

So bedienen sich die Nachrichtendienste nach wie vor der offiziellen Vertretungen ihrer Staaten, wie Botschaften und Konsulate (sog. Legalresidenturen), um Mitarbeiter verdeckt einzusetzen.

Sie agieren auch von privatwirtschaftlichen Unternehmen aus, an denen Personen oder Firmen aus den Heimatländern beteiligt sind. Dabei legen sie ein besonderes Interesse auf die Verschleierung dieser Beteiligung.

Solche Firmen haben noch andere wichtige Funktionen. Mit ihrer Hilfe werden offizielle Aufenthaltsgenehmigungen für das Personal der fremden Nachrichtendienste in der Bundesrepublik erlangt. Auch kann der erwirtschaftete Gewinn zur Finanzierung nachrichtendienstlicher Operationen dienen. In diesem Zusammenhang werden durchaus auch Wirtschaftsstraftaten begangen.

Um politischen Verwicklungen durch das Bekanntwerden nachrichtendienstlicher Operationen vorzubeugen, nutzen fremde Nachrichtendienste in großem Umfang das Mittel der "offenen Gesprächsabschöpfung", bei der der jeweilige Gesprächspartner über die tatsächlichen Absichten und Ziele im unklaren gelassen wird. Die Methoden der Agentenführung sind die klassischen: Funk, "tote Briefkästen", Geheimschreibverfahren, Treffs (häufig im Ausland).

*"offene
Gesprächs-
abschöpfung"*

Nachrichtendienste aus dem Bereich der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

Nach dem Untergang der Sowjetunion war das damalige KGB wegen seiner Rolle als Teil des Unterdrückungsapparates stark in die Kritik geraten. Doch nicht nur die Öffentlichkeit übte Druck aus, auch die Mitarbeiter selbst befanden sich unter Rechtfertigungszwang. Der militärische Geheimdienst GRU blieb von solchen Diskussionen weitgehend verschont.

Nach etlichen organisatorischen Umstrukturierungen, dem Abbau von Personal und der Neudefinition von Aufgaben und Zielen wurden in der Russischen Föderation zwischenzeitlich mehrere eigenständige und voneinander unabhängige Nachrichten- und Sicherheitsdienste gebildet. Die Aufgaben dieser Institutionen überschneiden sich teilweise, wobei dies offenbar gewollt ist. Für die Arbeit der Spionageabwehr sind besonders der zivile Auslandsnachrichtendienst SWR, der militärische Auslandsnachrichtendienst GRU und die für die elektronische Aufklärung zuständige Agentur FAPSI von Bedeutung.

Zu den vorrangigsten Aufgaben der russischen Nachrichtendienste gehört es, den wirtschaftlichen Gesundungsprozeß Rußlands durch das Beschaffen von ökonomisch wertvollen Informationen zu unterstützen. Daneben gilt es weiter, die politischen Veränderungen in Europa – als Stichwort sei hier die Erweiterung der NATO nach Osteuropa genannt – im Sinne Rußlands zu beeinflussen.

Zu den Besonderheiten der Arbeitsweise russischer Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gehört die Pflege und Aktivierung von Verbindungen, die noch zur Zeit der DDR geknüpft wurden.

Die beschriebenen Ziele treffen – quantitativ aber in beschränktem Maße – auch für die Nachrichtendienste der anderen Mitgliedsstaaten der GUS zu.

Andere östliche Nachrichtendienste

Die Demokratisierungsprozesse in den ehemaligen Satellitenstaaten haben auch die dortigen Nachrichtendienste stark beeinflußt und in ihrer Aufgabenrichtung verändert.

Dies hat zu einem weiteren Rückgang der hier bekannt gewordenen

SWR

GRU

FAPSI

*Pflege und
Aktivierung von
Verbindungen
aus der DDR*

Aufklärungsaktivitäten geführt. Die Mehrzahl der östlichen Staaten hat zudem öffentlich erklärt, von einer nachrichtendienstlichen Aufklärung Deutschlands abzusehen, zumal man sich politisch, wirtschaftlich und militärisch mehr und mehr dem Westen zuwende.

Für das Land Brandenburg sind im Berichtszeitraum keine bemerkenswerten Spionageaktivitäten dieser Staaten festgestellt worden; dies gilt auch für Polen.

Ob dies auf Dauer so bleibt, muß allerdings abgewartet werden.

Nachrichtendienste des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens

Schwerpunkt dieser Nachrichtendienste ist die Beobachtung von in Deutschland lebenden Regimegegnern. Daneben steht insbesondere die Wirtschaftsspionage; mit der fortschreitenden Ansiedlung von innovativen Unternehmen im Großraum Berlin-Brandenburg ist mit einer Zunahme der Spionageaktivitäten zu rechnen.

*Beobachtung
von in Deutschland
lebenden
Regimegegnern*

Ausblick

Spionage ist alles andere als ein Kavaliersdelikt. Sie ist in hohem Maße sozialschädlich. Wirtschaftsspionage hat nicht nur Auftragsverluste zur Folge; wenn andere Staaten durch Spionage Entwicklungskosten sparen und so zu billigeren Angeboten in der Lage sind, bedeutet das immer auch einen Verlust an Arbeitsplätzen.

Nicht zuletzt durch den bevorstehenden Umzug der Bundesregierung, aber auch der Botschaften, Verbände und Interessenvertretungen nach Berlin werden die Spionagetätigkeiten fremder Nachrichtendienste auch in Brandenburg zunehmen.

Spionage läßt sich wirksam nur im engen Zusammenwirken von Verfassungsschutz und Polizei sowie unter Mithilfe der Betroffenen, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, bekämpfen.

*Zunahme der
Aktivitäten*

Auch für denjenigen, der sich in Spionage verstrickt hat, lohnt der Kontakt mit dem Verfassungsschutz: Freiwillige Offenbarung ist immer der beste Weg. Dann kommt sogar ein gänzlich absehen von Bestrafung in Betracht.

Die Spionageabwehr versteht sich sowohl für den Schutz gegen Spionage als auch im Falle der Verstrickung als Ansprechpartner und bietet dazu das (vertrauliche) Gespräch unter der Telefonnummer (0331) 866 2582 an.

	“Anti-Antifa”	20, 60
AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation	83, 92
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD	106
AIZ	Antiimperialistische Zelle	87, 101
AIW	Antiimperialistischer Widerstand	87
ANO	Abu-Nidal-Organisation	116
BAT	Bundesweite Antifa Treffen	83, 92
BBA	Bajuwarische Befreiungsarmee	24
BBS	Bulletin Board System	48
BBZ	Berlin-Brandenburger Zeitung	24, 32, 57, 59, 74
BKP	Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.	27
	“Blood & Honour“-Bewegung	17, 36f.
CL	ComLink	88
	Cottbuser Anzeiger	73
DA	Deutsche Alternative	20, 51
	Der weiße Wolf	32, 51
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front	115, 117
	Die Nationalen e. V.	21, 32 f., 52 ff., 74, 79, 80
DK	Deutsches Kolleg	27
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	105, 106, 112
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat	24 f., 33 f., 68, 80
DNZ	Deutsche National-Zeitung	66, 67
DPK-I	Demokratische Partei Kurdistan-Iran	116
DVU	Deutsche Volksunion	24, 33, 66 ff., 69, 80
DWZ/DA	Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger	66, 67
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistan	117

FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei	48, 54, 75
FAPSI	Bundesagentur für staatliches Nachrichten- und Informationswesen Rußlands	124
	FAIRSTÄNDNIS-Kampagne	14
	“Fanzines”	17, 18, 37 f., 78
FAU-IAA	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union	108
FMJ	Förderwerk Mitteldeutsche Jugend	39
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen	90, 108
GFP	Gesellschaft für freie Publizistik	27
GIA	Groupe Islamique Armé	116
GRU	Militärischer Auslandsnachrichtendienst Rußlands	124
HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung	116
	“Hammerskins”	17, 32, 36
HJ	Hitlerjugend	53
HNG	Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.	20, 49, 50 f., 75, 80
HvFBW	Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V.	27
IHV	Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.	50, 51, 80
JF	Kürzel für Direkte Aktion/Mitteldeutschland, bedeutet wahrscheinlich: Jugendfront	32, 39, 46 ff., 74, 77
JN	Junge Nationaldemokraten	20 ff., 28, 33 f., 38, 61 f., 63 ff., 74, 75, 79, 80
JNA	Jungnationale (Nachfolger des JNS)	33, 52, 54, 80
JNS	Junges Nationales Spektrum	33, 52 ff., 80
	Junges Franken	57
JRE	Jugend gegen Rassismus in Europa, jetzt umbenannt in: JO/JRE	88
JO/JRE	Jugendoffensive/JRE	88, 109
	Kameradschaft Oberhavel	55, 56
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	106, 112

	Mitteldeutsche Rundschau	57
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands	107, 112
MLKP	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei	115, 116
	Nation Europa Verlag	26
	Neue Thüringer Zeitung	57
NIT	Nationales Info-Telefon	22, 24, 28, 34, 74
	Nationales Info-Telefon für Berlin und Brandenburg	34, 65, 74
NKI	Neue Kommunistische Internationale	106
NL	Nationale Liste	59
N.P.A.	Nationales Pressearchiv	59 f., 97
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	21 ff., 34, 61 ff., 79, 80
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation	23, 76
PIRA	Provisional Irish Republican Army	116
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans	83, 85, 114, 117, 118
RAF	Rote Armee Fraktion	87, 88, 101, 102
REP	Die Republikaner	22 ff., 33, 71 ff., 80
RepBB	Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten	73
RBF	Republikanischer Bund der Frauen	73
RJ	Arbeitskreise Republikanischer Jugend	73
RK	Revolutionäre Kommunisten	109
	“Runde Tische”	25, 27, 62, 65
RZ	Revolutionäre Zellen bzw. Rote Zora	82, 104
SAV	Sozialistische Alternative VORAN	88, 109
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend	105, 106
SN	SpinnenNetz	88
SoZ	Sozialistische Zeitung	109

SpAD	Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands	109
	Süddeutsche Allgemeine Zeitung	57
SWR	Ziviler Auslandsnachrichtendienst Rußlands	124
THKP-C-		
Devrimci Sol	Türkische Befreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke	117
	Thule.Netz	23, 48, 54, 56, 57, 74
TKP/M-L	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten- Leninisten	115
UZ	Unsere Zeit	105
VSP	Vereinigung für sozialistische Politik	109, 112
	Wehrsportgruppen	46
	Westdeutsche Volkszeitung	57
WSDV	Wir sind das Volk	52
WWW	World Wide Web	23

Anarchisten

Die Anhänger anarchistischer Theorien erhoffen eine "herrschaftsfreie" Gesellschaft (anarchia [griech.]: herrschaftsloser Zustand) ohne den Zwang gesellschaftlicher Normen. In Deutschland gibt es eine Anzahl anarchistischer Kleinparteien und -gruppen, die sich zum Teil auf klassische Theoretiker wie Bakunin berufen, oft aber auch je eigene Vorstellungen entwickeln. Sie haben jedoch im Gesamtspektrum des Linksextremismus nur eine periphere Bedeutung.

Die → Autonomen sind als Anarchisten im weiteren Sinne anzusehen, da auch sie ein "herrschaftsfreies" Leben anstreben. Sie lehnen jedoch die festen Organisationsformen der "klassischen" Anarchisten ab.

"Anti-Antifa"

Die "Anti-Antifa" ist eine überwiegend von Neonazis (→ Neonazismus) betriebene "Kampagne", deren Intention es ist, dem sog. "nationalen Lager" unter Zurückstellung interner Differenzen eine neue organisationsübergreifende Plattform zu verschaffen. Als geistiger Urheber dieses Konzepts kann der Neonazi Christian Worch angesehen werden.

Unmittelbarer Zweck der "Anti-Antifa"-Arbeit ist die "Feindaufklärung", also die Ermittlung und Verbreitung von Daten zu politischen Gegnern, als welche sowohl "Linke" als auch Angehörige der Sicherheitsbehörden gelten. Rechtsextremisten kopieren damit gewissermaßen spiegelbildlich die "Antifa"-Arbeit militanter Linksextremisten (→ "Antifa", autonome).

Den bisherigen Höhepunkt der "Anti-Antifa"-Kampagne bildete 1993 die Veröffentlichung des "Einblick", einer Sammlung von Personenadressen aus der gesamten Bundesrepublik. Danach waren die Aktivitäten der "Anti-Antifa" – die nur in wenigen Fällen als Vorbereitung von Gewalttaten dienten – merklich zurückgegangen; erst in jüngster Zeit sind sie wieder aufgelebt. Sie beschränken sich weiterhin auf lokale oder regionale Aktionen von Personen, die in der Regel zugleich in weiteren neonazistischen Gruppierungen zusammengeschlossen sind.

“Antifa”, autonome

Ein Hauptagitationsfeld der → Autonomen ist der “antifaschistische Kampf”. Denn die Autonomen behaupten, daß der kapitalistische Staat um seiner Selbsterhaltung willen den Faschismus begünstige, zumindest aber toleriere: “Gerade die Grundpfeiler der bürgerlichen Herrschaft – ökonomische Ausbeutung, Rassismus und Patriarchat – müssen als Ursachen des Faschismus bekämpft werden” (aus: “Kampf der FAP”, Broschüre der AA/BO, Oktober 1994). Deshalb ist es aus Sicht der Autonomen geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen. Im Rahmen der sogenannten “antifaschistischen Selbsthilfe” richten sich militante Aktionen in erster Linie gegen den politischen Gegner, also tatsächliche oder vermeintliche “Nazis”. Diese Auseinandersetzungen werden unter dem Motto “Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!” gesucht und oft mit großer Brutalität ausgetragen. In autonomen Publikationen werden häufig Adressen und “Steckbriefe” des politischen Gegners veröffentlicht, nicht selten mit der Aufforderung verbunden, die bezeichneten Personen anzugreifen.

“Antifa”-Gruppen, die sich extremistischer Betätigungen enthalten und mit den legitimen Mitteln politischer Auseinandersetzung den Rechtsextremismus bekämpfen, gehören nicht zum Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt als eine spezielle Form des → Rassismus auf und ist als solcher ideologischer Bestandteil zahlreicher Ausprägungen des → Rechtsextremismus. Als ressentimentgeladenes Vorurteil gegen die Juden schreibt er ihnen stereotyp verschiedenerelei negative Wesensmerkmale und Charaktereigenschaften zu und behauptet von ihnen, daß sie weltweit Politik und Wirtschaft zu dominieren suchten und schließlich eine zionistische Weltherrschaft anstrebten.

Das NS-Regime hat sich beim Genozid an den europäischen Juden (Holocaust) auf solche antisemitischen Klischees berufen. Heute liefert der Antisemitismus auch, in Form revisionistischer Geschichtsverfälschung (→ Revisionismus), Rechtfertigungsstrategien für diesen Völkermord (Leugnung, Verharmlosung, Aufrechnung, Schuldverschiebung). Außerdem zeigt er sich vor allem in Beleidigungen und verbalen Attacken gegen jüdische oder

vermeintlich jüdische Bürger Deutschlands und anderer Länder, insbesondere auch gegen Repräsentanten des Staates Israel, in Schmieraktionen vornehmlich an Gedenkstätten und Synagogen, in Schändungen jüdischer Grabstätten u. ä..

Ausländerextremismus

Extremisten ausländischer Herkunft verfechten in Deutschland Anliegen, die ihren Ursprung in den politischen und religiösen Konflikten der jeweiligen Herkunftsländer haben, und gehen mit aggressiv-kämpferischer Propaganda und auch unter Anwendung von Gewalt gegen ihre Gegner vor. Nicht alle Organisationen ausländischer Extremisten in Deutschland sind hier neu gegründet worden. Vielfach agieren sie als Vertreter von extremistischen Vereinigungen und Parteien ihrer Heimatländer, die dort zum Teil verboten sind.

(→ Ausländerorganisationen, extremistische)

Ausländerorganisationen, extremistische

Organisationen ausländischer Extremisten in Deutschland lassen sich grob wie folgt klassifizieren:

- linksextremistische Organisationen, die die bestehende soziale und politische Ordnung in ihren Heimatländern gewaltsam beseitigen und durch einen sozialistischen Staat marxistischer Prägung ersetzen wollen
- extrem-nationalistische Vereinigungen, die Macht- bzw. Gebietszuwachs für die eigene Nation und die Abschaffung oder Nichtgewährung von Minderheitenrechten aggressiv propagieren
- islamistische Gruppierungen, die die Trennung von Religion und Staat zugunsten eines autoritären theokratischen Systems aufheben wollen
- Gruppierungen, die in Verbindung mit Regierungsstellen ihrer Länder gegen Landsleute im Ausland, insbesondere Regimegegner, repressiv oder sogar terroristisch vorgehen.

Autonome

Die Ursprünge der Autonomen reichen bis in die Anfänge der studentischen Protestbewegung der 60er Jahre zurück. Die Bezeichnung "Autonome" (autonomos [griech.]: nach eigenen Gesetzen

lebend) ist zugleich Programm, denn kennzeichnend für Autonome sind folgende Einstellungsmuster:

- Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Zwänge
- Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen
- gewalttätiger Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen.

Autonome besitzen in der Regel kein einheitliches, verbindliches Weltbild, sondern folgen oft verschwommenen anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen und spontanen aktionistischen Antrieben. Sie gehen darauf aus, das demokratisch verfaßte Gemeinwesen zu bekämpfen und, wenn möglich, zu zerschlagen, da der Staat und sein "Repressionsapparat" sie an der Verwirklichung ihrer (oben genannten) Absichten hindere. Autonome werden als Extremisten vom Verfassungsschutz beobachtet, weil und insoweit sie gewalttätig agieren, gewaltbereit sind oder Gewalt befürworten.

(→ auch: Jugendszene, linksextremistisch orientierte)

Entrismus

Entrismus ist eine von Anhängern des → Trotzismus praktizierte Methode, andere Parteien und Vereinigungen gezielt zu unterwandern, um in ihnen zu Einfluß zu gelangen, die eigene Ideologie zu verbreiten und schließlich die betroffene Organisation für eigene Zwecke zu instrumentalisieren.

Entristischen Bestrebungen ausgesetzt sind sowohl nicht-trotzkistisch geprägte linksextremistische als auch demokratische, dem linken Spektrum zugehörige Parteien und Vereinigungen.

Etatismus

Die Anhänger des Etatismus überhöhen den Staat (frz.: état) in seiner Funktion als Ordnungsmacht und Zwangsinstitut und befürworten deshalb eine Ausweitung zentralstaatlicher Gewalt gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft und gegebenenfalls einem föderativ verfaßten Gemeinwesen. Sie stellen die Staatsraison über die individuellen Freiheitsrechte.

Der Etatismus ist Bestandteil bestimmter ideologischer Spielarten des → Rechtsextremismus. Propagiert wird er insbesondere von einzelnen Vertretern der → "Neuen Rechten".

Extremismus

Als extremistisch bezeichnen die Verfassungsschutzbehörden solche Bestrebungen, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte, seiner Normen und Regeln artikulieren und die darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen und durch eine nach den jeweiligen Vorstellungen der extremistischen Minderheit formierte Ordnung zu ersetzen. Gewalt wird dabei häufig als ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele gutgeheißen, propagiert oder sogar praktiziert.

Extremisten wenden sich damit unmittelbar oder mittelbar gegen:

die im Grundgesetz konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte wie insbesondere die

- freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit
- Meinungs- und Pressefreiheit
- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit;

das Rechtsstaatsprinzip, beruhend auf der

- Gewaltenteilung
- Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz
- Unabhängigkeit der Gerichte;

weitere grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie

- die Volkssouveränität, ausgeübt durch die parlamentarische Demokratie
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- das Mehrparteienprinzip
- das Recht auf die Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden terminologisch zwischen dem Begriff "Extremismus" und dem Begriff "Radikalismus", obwohl beide anderweitig oft synonym gebraucht werden. Radikal ist eine Bestrebung, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits "von der Wurzel (lat. radix) her" anpacken will, nicht jedoch den demokratischen Verfassungsstaat ganz oder teilweise zu beseitigen beabsichtigt.

(→ auch: Ausländerextremismus; Linksextremismus; Rechtsextremismus; Terrorismus)

Fremdenfeindlichkeit

Dieser Begriff bezeichnet ein Ressentiment, das sich – oft unterschiedslos – gegen alle Menschen richtet, die in Deutschland “fremd” sind oder, wegen ihrer Nationalität, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft usw., “fremd” wirken: also gegen Ausländer, die sich als Touristen, geschäftlich, mit Arbeitserlaubnis oder auch illegal in Deutschland aufhalten, gegen Asylbewerber, gegen deutsche Staatsbürger ausländischer Herkunft, gegen Aussiedler u. a.. Den “Fremden” wird nämlich unterstellt, daß überwiegend gerade sie an zahlreichen gesellschaftlichen und sozialen Problemen in Deutschland (Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsrate, Belastung der Sozialsysteme, kulturelle Desintegration usw.) schuld seien.

Solange Fremdenfeindlichkeit “nur” als dumpfe Stimmung oder als verbal bekundete Einstellung in Erscheinung tritt, bietet sie zwar einen Ansatzpunkt und einen Nährboden für den → Rechtsextremismus, ist aber noch nicht unbedingt als Kundgabe einer eigentlichen rechtsextremistischen Bestrebung zu betrachten. Sobald Fremdenfeindlichkeit sich jedoch in Straftaten, erst recht Gewaltdelikten, manifestiert, wird erkennbar, daß die Täter ihren Opfern allein wegen ihres “Fremdseins” die Menschenwürde und die Menschenrechte streitig machen und sie hierin verletzen wollen. Damit verhalten sie sich rechtsextremistisch.

(→ auch: Rassismus)

Jugendszene, linksextremistisch orientierte

Die Ablösung Jugendlicher vom Elternhaus geht bisweilen einher mit der Ablehnung des “bürgerlichen” Milieus und gesellschaftlicher Konventionen überhaupt. Auf der Suche nach “alternativen” Lebensformen lassen sich manche Jugendliche von linksextremistischen Ideologien und den aus ihnen abgeleiteten Verhaltensmustern beeinflussen. Das Wohnen in besetzten Häusern in der Gemeinschaft Gleichgesinnter, das Ausleben eigener Vorstellungen von Kunst und Kultur, die Teilnahme an “Demos” oder sonstige Bekundungen – nicht in jedem Falle von vornherein unberechtigten – öffentlichen Protestes gegen vorgegebene Verhältnisse werden oftmals untersetzt von unreflektierten linksextremistischen Parolen. Mit tatsächlichen oder vermeintlichen “politischen” Gegnern, in der Regel rechtsextremistisch orientierten Jugendcliquen, wird die Konfrontation gesucht.

Aus der Szene heraus kommt es durch erwerbslose Mitglieder auch zu Eigentumsdelikten. Sie werden zuweilen ideologisch gerechtfertigt.

tigt. Auch der Gebrauch von Drogen ist in der Szene keine Seltenheit. Einige Angehörige dieser Szene treten auch als Punker oder → Skinheads unübersehbar in Erscheinung.

Eine verfestigte linksextremistische Einstellung, die sich auch und vor allem in entsprechender Gewaltbereitschaft niederschlägt, findet sich bei jenen Angehörigen der linksextremistisch orientierten Jugendszene, die wegen ihrer Militanz als → Autonome einzustufen sind. Viele Szeneangehörige fassen den Begriff "Autonome" allerdings weiter und wenden ihn auf sich selbst an, auch wenn sie nicht militant auftreten, während die Verfassungsschutzbehörden nur gewaltgeneigte Personen aus dieser Szene als Autonome bezeichnen.

Jugendszene, rechtsextremistisch orientierte

Unter Jugendlichen ist das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe verbreitet. Die meisten Gruppen oder Cliques suchen ihre Identität in einer bestimmten Musik-, "Lifestyle"- oder Moderrichtung, die sie untereinander verbindet und gegen andere Gruppen abgrenzt. Ein kleiner Teil der Jugendlichen verwendet aber bereits politische Schlagworte, um sich von anderen Jugendlichen oder von ihrem Elternhaus abzusetzen. Rechtsextremistische, vor allem neonazistische (→ Neonazismus), Symbole haben für Jugendliche den Nimbus des Tabubruchs. Außerdem liefert ihnen der Rechtsextremismus mit seinen klaren Feindbildern eine "einfache" Orientierungshilfe.

In vielen Städten Deutschlands existieren Jugendcliques, die in dieser Weise rechtsextremistische Verhaltensmuster aufgreifen. Die meisten dieser Jugendlichen bekennen sich zu einer von ihnen oft unreflektierten "rechten" Gesinnung, die sie selbst, über ein paar Schlagworte hinaus, nicht zu artikulieren vermögen.

Auffällig werden die Mitglieder dieser Cliques vor allem durch die von ihnen in provozierender Absicht verwendeten nazistischen Kennzeichen und durch Gewalttaten, denen nicht selten übermäßiger Alkoholgenuss ("Kampftrinken") vorangeht. Opfer dieser Gewaltausbrüche sind häufig Ausländer oder von Ausländern besuchte Einrichtungen, aber auch andere Gruppen und Personen, die in das rechtsextremistisch geprägte Feindbild dieses Personenkreises passen (z. B. "Linke", Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose).

Bisweilen sind die Grenzen dieser Subkultur zu rein kriminellen Banden und zum Rotlicht-Milieu fließend. Viele Mitglieder rechtsextremistisch orientierter Jugendcliques sind → Skinheads.

Kommunikationstechnik, von Extremisten genutzte moderne

Die neuesten Errungenschaften der Kommunikationstechnik werden auch von Extremisten genutzt. Mailboxen, Mobiltelefone, Faxgeräte und "Infotelefone" gehören mittlerweile zum Handwerkszeug. Während "Infotelefone" lediglich über öffentlich erreichbare Anrufbeantworter Informationen für die Szene jederzeit abrufbar bereithalten, bieten per Modem vernetzte Mailboxen mit Verschlüsselungssoftware Extremisten die Möglichkeit, schnell, preiswert und teilweise von den Sicherheitsbehörden unbehelligt zu kommunizieren und Aktionen zu planen. Auch das weltumspannende "Internet", der derzeit größte Datenverbund, wird mehr und mehr von Extremisten zur internationalen Vernetzung verwendet. Mobiltelefone kommen als flexibles Kommunikationsmittel vor allem während der Durchführung von konspirativ geplanten Aktionen zum Einsatz.

Linksextremisten, vor allem → Autonome, haben in der Nutzung dieser Techniken schon einen bemerkenswerten Standard erreicht. Rechtsextremisten, vor allem Neonazis (→ Neonazismus), eifern ihnen darin immer stärker nach.

Linksextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Parteien, Vereinigungen und Einzelpersonen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als "wissenschaftlicher" Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao Zedong, Bakunin und andere
- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugter oder, je nach den konkreten Bedingungen, taktisch einzusetzender Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten; in Parteien oder anderen festgefügtten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten.
- Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre; in losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben unter Ablehnung jeglicher gesellschaftlicher Normen an.

(→ auch: Anarchisten; Autonome; "Antifa", autonome; Parteien, linksextremistische)

Neonazismus

Neonazis bekennen sich offen zur Ideologie und Weltanschauung des deutschen Nationalsozialismus. Sie erstreben einen nach dem "Führerprinzip" formierten totalitären Staat und eine "rassereine Volksgemeinschaft". Die Verbrechen, die vom NS-Regime begangen worden sind, werden – je nach Charakter der Gruppierung – verharmlost, geleugnet oder gar verherrlicht.

Innerhalb des neonazistischen Spektrums bestehen Kontroversen über den "richtigen" Nationalsozialismus. Während die Mehrheit Adolf Hitler als die prägende Identifikationsfigur anerkennt, orientieren sich bestimmte neonazistische Gruppen am nationalrevolutionären Sozialismus der "linken" Nationalsozialisten, also an den Anschauungen etwa der Gebrüder Otto und Gregor Strasser oder des SA-Stabschefs Ernst Röhm. Kleine Teile des neonazistischen Spektrums knüpfen an die Ideologie des "Nationalbolschewismus" an und suchen deshalb zum Teil den Schulterschluss mit linksextremistischen Gruppierungen.

Unabhängig von diesen Richtungsstreitigkeiten wird Rudolf Heß, dem "Stellvertreter des Führers", eine überragende Rolle im Neonazismus zuerkannt. Heß wird wegen seiner langen Haftzeit und der von Teilen der rechtsextremistischen Presse als mysteriös beschriebenen Umstände seines Todes als Märtyrer verehrt. Bei "Rudolf-Heß-Gedenkwochen" (die aber in den letzten Jahren beinahe vollständig von den Sicherheitsbehörden unterbunden werden konnten) findet das neonazistische Spektrum alljährlich zu gemeinsamen Aktionen zusammen.

Einige Neonazis versuchen jetzt, sich von der starren Fixierung auf das NS-Regime zu lösen, und stellen gegenwartsbezogene Themen in den Mittelpunkt ihrer völkischen und rassistischen Agitation.

“Neue Rechte”

Der Begriff “Neue Rechte” – über dessen Umfang kein allgemeiner Konsens besteht und der deshalb mit unterschiedlichen Bedeutungen verwendet wird – bezieht sich, wenn man ihn weit faßt, auf verschiedenartige Varianten rechter Theoriebildung. Den meisten von ihnen gemeinsam ist ein unmittelbarer oder auch nur vermittelter Bezug auf die Tradition der “Konservativen Revolution” (Sammelbegriff für eine antilibérale Richtung in den geistigen Auseinandersetzungen vornehmlich der 20er Jahre) und/oder die seit den 60er Jahren in Frankreich publizistisch hervortretende “Nouvelle Droite” (“Neue Rechte”) mit ihrem Wortführer de Benoist.

Zu den intellektuellen Zirkeln und Publikationen, auf die heute der Begriff “Neue Rechte” angewandt wird, zählen sowohl solche, die dem nationalkonservativen oder dem rechtsradikalen (also dem nichtextremistischen) Spektrum zuzurechnen sind, als auch eindeutig rechtsextremistisch (→ Rechtsextremismus) geprägte, als auch schließlich manche, die sich dazwischen in einer “Grauzone” bewegen.

Einige Ideologen der “Neuen Rechten” sind etatistisch (→ Etatismus) auf den “starken Nationalstaat” fixiert. Andere betonen die “Volksgemeinschaft”, die sie für biologisch determiniert halten und zu einem Wert an sich verklären. Die “nationalrevolutionären” Theoretiker propagieren einen antiimperialistischen und antikapitalistischen “Befreiungsnationalismus” und suchen für den revolutionären Kampf Verbündete auch unter den Linksextremisten.

Maßgebliche Vordenker der “Neuen Rechten” verfolgen die Strategie, vor der politischen die kulturelle Hegemonie zu erringen. Deshalb streben sie danach, im weltanschaulichen und politischen Diskurs der Gegenwart nach und nach die Meinungsführerschaft zu gewinnen. Der tatsächliche Einfluß der “Neuen Rechten” ist aber bis heute nicht sehr erheblich, zumal sie über keinen organisatorischen Bezugsrahmen verfügt.

Parteien, linksextremistische

Linksextremistische Parteien bezeichnen sich in der Regel selbst als marxistisch nach ihrem Theorieansatz und als kommunistisch oder sozialistisch von ihrer Zielstellung her. Je nach Ausrichtung der jeweiligen Partei werden auch Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao Zedong als ideologische Leitfiguren anerkannt. Alle treten mehr oder weniger offen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf.

Eine innerparteiliche Demokratie ist bei ihnen bestenfalls formal gewährleistet, vielmehr herrschen festgefügte zentralistische, auf Disziplinierung durch die Führungskader beruhende Strukturen vor. Eine Ausnahme hiervon bilden allenfalls die anarchistisch geprägten Parteien.

Da jede der linksextremistischen Parteien von sich behauptet, die einzig wahre Lehre zu vertreten, kommen Bündnisse zwischen ihnen nur schwer zustande und beruhen oft nur auf pragmatischen, z. B. wahltaktischen, Erwägungen. Häufig hingegen bilden sich in diesen Parteien miteinander verfeindete Fraktionen, oder es spalten sich von ihnen Splittergruppen ab, die sich dann häufig zusammen mit anderen Kleingruppen wiederum neu formieren.

Parteien, rechtsextremistische

Rechtsextremistische Parteien, die sich als “nationaldemokratisch” oder “nationalfreiheitlich” oder ähnlich bezeichnen, betrachten das nationalsozialistische Regime nicht als ihr Leitbild und grenzen sich so inhaltlich von neonazistischen Gruppierungen ab. Ideologisch orientieren sich diese Parteien vornehmlich an völkisch-kollektivistischen Vorstellungen und fordern im Sinne ihres übertriebenen → Etatismus einen “starken Staat”. Obwohl sie nicht selten Lippenbekenntnisse zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung abliefern, stellen sie durch ihre Forderungen wesentliche Grundprinzipien der Demokratie in Frage. Ideologische Differenzen zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Parteien und persönliche Animositäten ihrer Führungspersonen standen bisher einer auf Dauer angelegten Kooperation entgegen.

Radikalismus

→ Extremismus

Rassismus

Zahlreiche Ausprägungen des → Rechtsextremismus enthalten als ein ideologisches Element den Rassismus. Nach rassistischer “Lehre” bestehen biologisch begründete, also unabänderliche, Wesens- und Qualitätsunterschiede zwischen den Menschenrassen. Die Zugehörigkeit zu einer von ihnen entscheide also von vornherein über den höheren oder minderen Wert sowohl des Individuums als auch eines Volkes. Gewöhnlich wird von Rassisten der “weißen” oder “nordischen” oder “germanischen” Rasse eine naturgegebene Überlegenheit gegenüber allen anderen Rassen zugeschrieben und aus ihr ein “natürlicher” Herrschaftsanspruch dieser Rasse hergeleitet.

Der Rassismus wird als eine scheinrationale Begründung für
→ Fremdenfeindlichkeit benutzt. Eine spezielle Form des Rassismus
ist der → Antisemitismus.

Rechtsextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Parteien, Gruppierungen, Cliques und Einzelpersonen bezeichnet, deren Anschauungen – bei zahlreichen Unterschieden im einzelnen – durch folgende Einstellungen bestimmt sind:

- Ablehnung der für die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamentalen Gleichheit aller Menschen
- Verachtung des auf dem Prinzip gleicher Rechte beruhenden demokratischen Verfassungsstaates
- übersteigter, oft aggressiver Nationalismus, verbunden mit einer Feindschaft gegen Fremde oder fremd Aussehende, gegen Minderheiten, fremde Völker und Staaten
- Verschweigen, Verharmlosung oder Leugnung der Verbrechen, die von Deutschen unter nationalsozialistischer Herrschaft verübt worden sind (als Kampagne namentlich zur Bestreitung des Holocausts unter dem Stichwort → “Revisionismus” bekannt), Betonung angeblich positiver Leistungen des “Dritten Reiches“.

In unterschiedlicher Gewichtung und Ausprägung lassen sich in den einzelnen rechtsextremistischen Strömungen noch folgende ideologische Bestandteile ausmachen:

- → Rassismus, ausgedrückt etwa in der Warnung vor einer “Rassenmischung” als Gefährdung des “Deutschtums” und in der biologistisch begründeten Forderung nach mehr “Lebensraum” für die Deutschen
- → Antisemitismus, einschließlich der Behauptung, daß Juden dem deutschen Staatsvolk weder national noch kulturell zugehören könnten
- völkischer Kollektivismus, also pauschale Überbewertung einer meist rassistisch definierten “Volksgemeinschaft” zu Lasten der Rechte und Interessen des Individuums
- Militarismus samt dem Bestreben, auch zivile Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nach hierarchischen Prinzipien (“Führer” und “Gefolgschaft”) zu ordnen, verbunden mit der Propagierung einer autoritären oder diktatorischen staatlichen Ordnung

- → Etatismus
 - übersteigertes Sendungsbewußtsein, aus dem heraus das Recht der eigenen Gruppe absolut gesetzt wird und Andersdenkende und vor allem auch die Repräsentanten der Demokratie verleumdet und verächtlich gemacht werden.
- (→ auch: “Anti-Antifa”; Fremdenfeindlichkeit; Neonazismus; Parteien, rechtsextremistische; Revisionismus; Skinheads; Wehrsport)

Revisionismus

Als Revisionismus bezeichnet man den politisch motivierten Versuch, die deutschen Verbrechen unter nationalsozialistischer Herrschaft zu relativieren oder zu leugnen. Insbesondere im Rahmen einer gezielten “Revisionismus-Kampagne” versuchen Rechts-extremisten aus aller Welt seit Jahren, den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu bestreiten oder zumindest die Zahl der Opfer zu verkleinern. Zu diesem Zweck berufen sich Revisionisten in ihren Publikationen auf – häufig von ihnen selbst in Auftrag gegebene – “Gutachten” (“Leuchter-Report”, “Rudolf-Gutachten”), in denen mit pseudowissenschaftlichen Methoden versucht wird, die Massenvernichtung in den Konzentrationslagern als technisch unmöglich darzustellen.

Als Revisionisten sind in den letzten Jahren besonders der in Kanada lebende Deutsche Ernst Zündel (“Germania-Rundbrief”), die aus dem europäischen Ausland heraus agierenden Altnazis Otto-Ernst Remer (“Deutschland-Report”, früher auch “Remer-Depesche”) und der 1997 verstorbene Thies Christophersen (“Die Bauernschaft”) sowie der britische Schriftsteller David Irving hervorgetreten.

Skinheads

Die Wurzeln der Skinheadbewegung liegen im Großbritannien der 60er Jahre. Sie war ursprünglich eher unpolitischer Natur. Auch heute interessiert sich ein großer Teil der Skinheadszene nicht für politische Themen, sondern fühlt sich lediglich einer von einschlägiger Musik und Mode geprägten Subkultur zugehörig.

Die Öffentlichkeit nimmt allerdings von der vielschichtigen Skinheadszene hauptsächlich den rechtsextremistischen Flügel (“Boneheads”, “White-Power-Skins”, “Fascho-Skins” und Teile der überwiegend unpolitischen “Oi-Skins”) wahr, der sich nicht nur über eine bestimmte Mode und Musik definiert, sondern auch über eine von neonazistischen Ideologieelementen durchsetzte Weltan-

schauung. Diese wird aber nicht in argumentativer Auseinandersetzung angeeignet und verbreitet; sie bekundet sich vielmehr in gewalttätigen Aktionen gegen als feindlich eingestufte Personengruppen, darunter vor allem Ausländer und "Linke".

Wichtige Bindeglieder der international verbreiteten rechtsextremistischen Skinheadszenen sind die Skinhead-Musik, die auf Tonträgern und bei Konzerten mit oft aggressiven, z.T. neonazistischen Texten verbreitet wird, das Outfit, für das Modeartikel von zahlreichen Vertriebsdiensten im Versandhandel angeboten werden, und die Vielzahl internationaler und lokaler Skin-Magazine (Fanzines), die regelmäßig über Neuigkeiten in der Szene informieren, dabei aber auch rechtsextremistisches Gedankengut verbreiten.

Eine Minderheit in der Skinheadszenen ist dem "linken" Spektrum zuzuordnen. "Red Skins", "SHARPs" ("Skinheads Against Racial Prejudice") oder "R.A.S.H.s" ("Red and Anarchist Skinheads") definieren sich über ihre Gegnerschaft zu "Faschos" und grenzen sich energisch gegen "Nazis und Rassismus" ab. Ein kleiner Teil dieses Personenkreises vertritt linksextremistische Vorstellungen. Linksextremistische Skinheads finden sich auch in der autonomen Szene (→ Autonome) und engagieren sich zum Teil in der autonomen → "Antifa".

Staatsterrorismus

Dieser Begriff bezeichnet terroristische Aktionen (→ Terrorismus), die im Auftrag von Regierungsorganen eines Staates im In- oder Ausland unternommen werden. Solche Aktionen dienen dazu, ein bestimmtes Regime nach innen oder außen mit illegitimen Gewaltmitteln – z. B. Einschüchterung und Bedrohung bis hin zu Bombenanschlägen, Flugzeugentführungen, Morden – abzusichern. Sie richten sich vor allem gegen Oppositionelle, aber auch gegen andere Staaten und deren Einrichtungen. Dabei bedient sich der terroristisch agierende Staat eigener Geheimdienste oder von ihm abhängiger Terrorgruppen. Gegenüber der Öffentlichkeit pflegt er aber die Anwendung terroristischer Mittel zu leugnen.

Terrorismus

Terrorismus (terror [lat.]: Schrecken) ist das ideologisch-strategisch begründete, planmäßige Bestreben, mit zielgerichteter Gewalt die freiheitliche demokratische Grundordnung zu destabilisieren und schließlich zugunsten einer anderen Gesellschaftsordnung oder eines anarchischen Zustandes zu beseitigen. Zu diesem Zweck

verüben Terroristen Anschläge auf Leib und Leben anderer Menschen sowie gemeingefährliche Straftaten. Terroristischer Methoden bedienen sich einzelne Gruppen sowohl von Links- und Rechtsextremisten als auch von ausländischen Extremisten.

Trotzkismus

Der Trotzkismus ist eine politisch-ideologische Richtung, die auf Leo Trotzki, einen der Hauptakteure der russischen Oktoberrevolution 1917, zurückgeht. Der Trotzkismus unterscheidet sich von anderen marxistisch-leninistischen Richtungen, insbesondere auch vom Stalinismus, dadurch, daß er einen konsequenten Internationalismus, das Prinzip der "permanenten Revolution" – also den unablässigen Kampf für eine alle Länder ergreifende Weltrevolution – und eine "Arbeiterdemokratie" vertritt. Die trotzkistischen Parteien stehen wegen dieser grundlegenden Differenzen abseits von den übrigen kommunistischen Parteien. Um dennoch über ihre engen Zirkel hinaus Einfluß zu gewinnen, bedienen sie sich der Methode des → Entrismus.

Verbote extremistischer Organisationen

Das Vereinsrecht eröffnet den Innenministern des Bundes und der Länder das Mittel des Verbots, wenn sich eine Vereinigung, die keine politische Partei oder Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft ist, nachweislich "gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet" (§ 3 Vereinsgesetz). Von dieser Möglichkeit der rechtsstaatlichen Abwehr extremistischer Bestrebungen ist in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland mehrfach Gebrauch gemacht worden.

Zum Beispiel sind seit 1992 zwölf rechtsextremistische Vereinigungen verboten worden. Zu den bekanntesten unter ihnen gehören die "Deutsche Alternative" (DA, verboten 1992) und die "Wiking-Jugend" (WJ, verboten 1994).

Vereinsverbote können bei den Verwaltungsgerichten angefochten werden.

Das Verbot einer Partei kann allein das Bundesverfassungsgericht auf Antrag dazu befugter Verfassungsorgane aussprechen (Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz; §§ 13 Nr. 2, 43 Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Ein solches Verbot ist unanfechtbar. Voraussetzung dafür ist, daß eine Partei darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den

Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden und diese Ziele auf aktiv kämpferische, aggressive Weise verfolgt.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind bislang lediglich zwei Parteien verboten worden („Sozialistische Reichspartei“ [SRP], 1952; „Kommunistische Partei Deutschland“ [KPD], 1956).

Mit einem rechtskräftigen Verbot ist festgestellt, daß die betreffende extremistische Organisation „verfassungswidrig“ ist und deshalb ihre Tätigkeit einstellen muß.

Als „verfassungsfeindlich“ stufen die Verfassungsschutzbehörden solche Organisationen ein, die erkennbar extremistische Bestrebungen verfolgen (→ Extremismus). Solange „verfassungsfeindliche“ Organisationen (noch) nicht verboten sind, können sie sich im Rahmen der geltenden Gesetze frei betätigen.

Wehrsport

Unter „Wehrsport“ versteht man Aktivitäten, die der paramilitärischen Ausbildung in „Wehrsportgruppen“ dienen sollen. Bei solchen „Wehrsportübungen“ befassen sich mehrere Personen im Gelände – Übungsorte sind meist Waldgebiete, Steinbrüche oder ehemalige Truppenübungsplätze – mit militärischen Übungsinhalten wie Formalausbildung, Marschformationen, Häuser- und Nahkampf oder Schießausbildung; dazugehören können auch ein „Überlebenstraining“ (Orientierung, Ernährung und längerer Aufenthalt in der Natur) und Tarnübungen oder das Erlernen von Kampfsportarten sowie die Ausbildung im Umgang mit Sprengstoff.

In vielen Fällen befriedigen jüngere Männer mit solchen Aktivitäten vornehmlich militaristische Neigungen, vor allem dann, wenn von solchen Gruppen keine politischen Bestrebungen ausgehen. Wehrsportübungen können jedoch auch als Vorbereitung zu rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten dienen. Diese Gefahr besteht insbesondere dann, wenn die Wehrsportaktivitäten im Rahmen einer rechtsextremistischen Organisation unternommen werden.

Fotonachweis: Hirsch (S. 3), ZB/Hiekel (S. 18), ZB/Kasper (S. 21), Sengpiehl (S. 30), ZB/Kluge (S. 39), ADN/ZB (S. 40), Ross (S. 41), ZB/Weisflog (S. 44), ZB (S. 60), ZB/Heiland (S. 64), Innenministerium Brandenburg (S. 82), ZB/Mittenzwei (S. 86), Innenministerium Brandenburg (S. 94), dpa/Hesse (S. 95), ZB/Grimm (S. 111), dpa/Mahnke (S. 115)